

Heinrich Hagemeyer

**ZUR PROBLEMATIK DER PERSONENIDENTITÄT
BEI STRAFVERFOLGUNGSMASSNAHMEN
UND DER
VERURTEILUNG UNTER FALSCHEM NAMEN**

1979



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555418_0011

ZUR PROBLEMATIK DER PERSONENIDENTITÄT
BEI STRAFVERFOLGUNGSMASSNAHMEN
UND DER
VERURTEILUNG UNTER FALSCHEN NAMEN

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Rechte
durch den Fachbereich Rechtswissenschaft
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von	Heinrich Hagemeier
aus	Rinkerode
Jahr	1979



Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Wessels
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Stree
Dekan: Prof. Dr. Battes
Tag der mündlichen Prüfung: 5.7.1979

Inhaltsverzeichnis

Seite:

EINLEITUNG	1
TEIL I DIE EINFÜHRUNG FALSCHER NAMEN IN DEN STRAFPROZESS	9
1. Kapitel: Die in Betracht kommenden Ursachen	9
A. Erste Fallgruppe: Vor oder zu Beginn des Ermittlungsverfahrens gesetzte Ursachen	9
I. Die durch Täuschung veranlaßte Einführung falscher Namen in das Strafverfahren	10
1. Der Täter handelt unter falschem Namen	10
a. Verwendung einer Bezeichnung, die auf keine andere Person hinweist	10
b. Mißbrauch des Namens eines existierenden Dritten	12
2. Ein Dritter (Strohmann) handelt unter falschem Namen	16
II. Weitere Fehlerquellen	18
B. Zweite Fallgruppe: Bei Abschluß des Ermittlungsverfahrens gesetzte Ursachen	18
I. Aufnahme eines falschen Namens in die Anklageschrift	19
II. Die Anklageschrift wird einer anderen Person zugestellt	19
C. Dritte Fallgruppe: Im Zwischenverfahren gesetzte Ursachen	20

D. Vierte Fallgruppe: Im Hauptverfahren gesetzte Ursachen	20
E. Zusammenfassende Darstellung	22
2. Kapitel: Möglichkeiten der Aufdeckung und Gründe für den Fortbestand des Irrtums über den Namen oder die Identität eines Beschuldigten im Verlaufe des Prozesses	24
A. Möglichkeiten der Aufdeckung des Sachverhaltes	25
B. Gründe für die Nichtaufklärung des Sachverhaltes	28
C. Praktische Folgerungen	30
TEIL II ZU DEN FOLGEN DER EINFÜHRUNG FALSCHER NAMEN IN DEN PROZESS INNERHALB SEINER EINZELNEN ABSCHNITTE	31
1. Kapitel: Das Vorverfahren	31
A. Die Festlegung der Untersuchungen auf eine bestimmte Person im Ermittlungsverfahren	31
I. Zur Begründung der Beschuldigteneigenschaft im geregelt ablaufenden Verfahren	32
II. Anwendung der gewonnenen Kriterien zur Bestimmung des Beschuldigten bei unter falschem Namen durchgeführten Ermittlungen	42
1. Die Täuschungsfälle	42
a. Der Täter handelt unter falschem Namen	42
b. Ein Dritter handelt unter falschem Namen	47

2. Die anderen Fehlerquellen	50
III. Zusammenfassung	51
B. Anhang: Bestimmung der erforderlichen Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes im Ver- lauf des Ermittlungsverfahrens	52
2. Kapitel: Die Anklageerhebung	54
A. Die Bestimmung des Angeschuldigten in den Fällen der bereits unter falschem Namen durchgeführten Ermittlungen	57
I. Der Täter handelt unter falschem Namen	57
II. Ein Dritter handelt unter falschem Namen	62
III. Die anderen Fehlerquellen	64
B. Die Bestimmung des Angeschuldigten bei erstma- liger Verwendung falscher Namen im Stadium der Anklageerhebung und bei Zustellung der Klage- schrift an eine andere Person	64
C. Zusammenfassung	66
D. Anhang: Bestimmung der erforderlichen Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes nach Anklageerhebung	69
3. Kapitel: Die Eröffnung des Hauptverfahrens	73
A. Die Bestimmung der Person des Angeklagten	73
B. Anhang: Bestimmung der erforderlichen Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes nach Erlaß des Eröffnungsbeschlusses	74

4. Kapitel: Die Hauptverhandlung	77
A. Prozessuale Fragen bei Aufrechterhaltung des Irrtums über den Namen oder die Identität des in der Hauptverhandlung in der Rolle des Angeklagten Erschienenen	82
I. Erster Problemkreis: Zur Ausrichtung von mündlicher Verhandlung und Urteil	82
1. Auftreten eines bis auf seinen Namen zutreffend individualisierten Angeklagten	82
2. Auftreten einer bislang prozeßfremden Person unter dem Namen des Angeklagten in der Hauptverhandlung	83
a. Die gegensätzlichen Standpunkte in Schrifttum und Rechtsprechung	84
b. Stellungnahme	87
aa. Der Wille des Gerichts	88
bb. Die objektive Bedeutung der Prozeßhandlungen	91
3. Die übrigen Fallgestaltungen	95
a. Auftreten eines nicht angeklagten Täters in der Hauptverhandlung	96
b. Auftreten eines bereits vor der Hauptverhandlung in das Verfahren verstrickten Strohmannes	97
c. Der in der Hauptverhandlung Erschienene wurde gegen seinen Willen in das Verfahren verstrickt	99
aa. Namensmißbrauch und Irrtum	100
bb. Zustellungsfehler	101
4. Zusammenfassende Darstellung: Die Zielrichtung des Verfahrens innerhalb seiner einzelnen Abschnitte	104

II. Zweiter Problemkreis: Die Wirkungen des Urteils	105
1. Zur Frage der Nichtigkeit von Strafurteilen	106
a. Darstellung der in Literatur und Rechtsprechung vertretenen Auffassungen	106
aa. Standpunkte in der Literatur	106
bb. Die Haltung der Rechtsprechung	111
b. Stellungnahme	113
2. Überprüfung der in den einzelnen Fallgestaltungen ergangenen Urteile auf ihre Wirksamkeit hin	123
a. Verurteilung eines falsch bezeichneten, i.ü. aber zutreffend individualisierten Angeklagten	124
aa. Einzelfragen zur Wirksamkeit des Urteils	124
bb. Korrektur des fehlerhaften Urteils	128
cc. Entscheidung bei Zweifeln über einen behaupteten Namensmißbrauch	138
(1) Ungewißheit über das Vorliegen der Vollstreckungsvoraussetzungen	139
(2) Zweifel an der Identität eines früher Verurteilten mit dem Angeklagten eines anderen Strafverfahrens	142
b. Verurteilung eines erstmals in der Hauptverhandlung auftretenden Strohmannes	143
aa. Einzelfragen zur Wirksamkeit des Urteils	143
bb. Zur "Beseitigung" des nichtigen Strafurteils	150

cc. Entscheidung bei Zweifeln über das behauptete Vorschieben eines Strohmannes in der Hauptverhandlung	155
c. Verurteilung einer mit dem Täter nicht identischen Person aufgrund früherer Fehlorientierungen des Verfahrens	157
aa. Verurteilung eines bereits vor der Hauptverhandlung in das Verfahren eingetretenen Strohmannes	157
bb. Verurteilung eines gegen seinen Willen in das Verfahren verstrickten (sonstigen) Dritten	163
3. Zusammenfassung	165
B. Anhang: Prozessuale Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes in der Hauptverhandlung	168
I. Fälle der Falschbezeichnung	168
II. Fälle des erstmaligen Auftretens eines Strohmannes in der Hauptverhandlung	170
III. Fälle des Auftretens eines bereits vor der Hauptverhandlung in den Prozeß verstrickten Strohmannes oder sonstigen Dritten	173
SCHLUSSWORT	176

LITERATURVERZEICHNIS

- | | |
|--|--|
| ARTZT, Heinz | Begründung der Beschuldigten -
Eigenschaft. In: Kriminalistik
1970, 379 - 384. |
| BALIGAND v. | Zur Lehre von der absoluten
Urteilsnichtigkeit.
In: GS 72 (1908), 171 - 248. |
| BAUMBACH -
LAUTERBACH -
ALBERS -
HARTMANN | Zivilprozeßordnung. Kommentar.
37.Aufl. München 1979. Begrün-
det von Baumbach, fortgeführt
von Lauterbach, nunmehr bear-
beitet von Albers und Hart-
mann. |
| BELING | Deutsches Reichsstrafprozeß-
recht. Berlin, Leipzig 1928.

Besprechung von: Hein, Iden-
tität der Partei, 1918. In:
ZStW 40 (1919), 677 - 682
(Literaturbericht Nr.8). |
| BENNECKE -
BELING | Lehrbuch des Reichs - Straf-
prozeßrechts. 2.Aufl. Berlin
1900. |
| DEVLIN | The Criminal Prosecution in
England. London 1960. |
| DOHNA, GRAF ZU | Das Strafprozeßrecht. 3.Aufl.
Berlin 1929. |

ERMAN

Handkommentar zum Bürgerlichen
Gesetzbuch. 1.Band, 5.Aufl.
Münster 1972. Herausgegeben
von Erman und H.P.Westermann
unter Mitwirkung von K.Küchen-
hoff. Bearbeitet von Arndt,
Bartholomeyczik, Battes, Drees,
Erman, Hauß, Hefermehl, Hense,
Klingsporn, K.Küchenhoff,
Marquard, Ronke, Schopp, Schul-
ze-Wenck, Seiler, Sirp, Wagner,
Weitnauer, H.P.Westermann,
H.Westermann.
(zitiert: Erman - Bearbeiter)

ESER

Das rechtliche Gehör im Straf-
befehls- und Strafverfügungs-
verfahren. In: JZ 1966, 660 -
669.

FINCKE

Verwertbarkeit von Aussagen
des nicht belehrten Beschul-
digten. In: NJW 1969, 1014 -
1016.

FRAEB

Unrichtige Parteibezeichnung
und Prozessieren unter fal-
schem Namen. In: GS 96 (1928),
436 - 479 und GS 97 (1928),
235 - 356.

FRÄNKEL

Namens-, Personen- und Partei-
verwechslung im Prozeß.
In: DJZ 1906, Sp.294 - 296.

- KOHLMANN Steuerstraß- und Steuerordnungswidrigkeitenrecht einschließlich Verfahrensrecht (§§ 369 - 412 AO). 2.Aufl. Köln 1978.
- KRIES v. Lehrbuch des Deutschen Strafprozeßrechts. Freiburg/Brsg. 1892.
- KROSCHER Die sogenannte absolute Nichtigkeit der Strafurteile. In: GS 69 (1906), 137 - 167.
- LIPPMANN Prozessieren unter falschem Namen. In: DJZ 1906, Sp.422 - 423.
- LÖWE - Die Strafprozeßordnung und ROSENBERG das Gerichtsverfassungsgesetz. Großkommentar. 23.Aufl. Berlin New York 1976. Bearbeitet von Dünnebier, Gollwitzer, Meyer, Meyer-Goßner, Schäfer, Wendisch.
(Hinweise auf frühere Auflagen sind jeweils besonders vermerkt; zitiert: L-R-Bearbeiter)
- LUCAS - Anleitung zur strafrechtlichen DÜRR Praxis. 1.Teil: Das formelle Strafrecht. 5.Aufl. Berlin 1931.
- LUKOWSKI Prozessieren unter falschem Namen. Dissertation Hamburg 1939.

- | | |
|-----------------|--|
| LUTHER | Zur Nichtigkeit von Strafurteilen, insbesondere im Jugendrecht. In: ZStW 70 (1958), 87 - 104. |
| LÜTTGER | Der "genügende Anlaß" zur Erhebung der öffentlichen Klage. In: GA 105 (1957), 193 - 218. |
| MEVES | Das Urteil im deutschen Strafverfahren. In: GA 36 (1888), 102 - 147. |
| MEYER - GOSSNER | Die Zulässigkeit richterlicher Beweiserhebungen im Strafprozeß nach Zulassung der Anklage. In: NJW 1970, 415 - 416. |
| MÜLLER - SAX | Kommentar zur Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz und Ordnungswidrigkeitengesetz. Begründet von Kleinknecht, Müller, Reitberger. Herausgegeben von Müller - Sax. Band 1: Strafprozeßordnung. 6. Aufl. Darmstadt 1966. (zitiert: KMR - Bearbeiter) |
| OEHLER | Besprechung von: Petters - Preisendanz, Praktische Strafprozeßfälle mit Lösungen, 7. Aufl. Berlin, München 1961. In: JR 1962, 277. |

OERTMANN

Namensverwechslung und Personenverwechslung im Zivilprozeß. In: DJZ 1906, Sp. 735 - 740.

PETERS

Strafprozeß. Ein Lehrbuch.
2.Aufl. Karlsruhe 1966.

PETTERS -
PREISENDANZ

Praktische Strafprozeßfälle mit Lösungen. Lehrbuch.
7.Aufl. Berlin, München 1961.
8.Aufl. Berlin 1966.
(Zitate ohne weitere Angaben beziehen sich auf die 8.Aufl. Berlin 1966.)

PFIZER

Verurtheilung unter falschem Namen. In: GS 56 (1899), 65 - 70.

REBMANN -
ROTH -
HERRMANN

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten. Kommentar. Loseblattsammlung. 9.Lieferung Stuttgart 1978.

ROEDER

Die Begriffsmerkmale des Urteils im Strafverfahren. Ein Beitrag zur Lehre von der sog. absoluten Urteilsnichtigkeit. In: ZStW 79 (1967), 250 - 303.

ROGALL

Der Beschuldigte als Beweismittel gegen sich selbst. Ein Beitrag zur Geltung des Satzes "Nemo tenetur seipsum prodere" im Strafprozeß. Dissertation Bonn 1976.

- ROSENBERG -
SCHWAB Zivilprozeßrecht. Lehrbuch.
11.Aufl. München 1974.
- ROSENFELD Deutsches Strafprozeßrecht.
Band I: Gegenstand und Personen
des Strafprozesses. Berlin,
Leipzig 1926.
- ROXIN Strafverfahrensrecht. Ein
Studienbuch. 15.Aufl. München
1979. Begründet von Kern, fort-
geführt von Roxin.
- SARSTEDT Anmerkung zu KG JR 1955, 350 -
351. In: JR 1955, 351 - 352.
- SAX Das unrichtige Sachurteil als
Zentralproblem der allgemeinen
Prozeßrechtslehre. In: ZZP 67
(1954), 21 - 54.
- SCHMIDT, Eberhard Lehrkommentar zur Strafprozeß-
ordnung und zum Gerichtsver-
fassungsgesetz.
Teil I: Die rechtstheoretischen
und die rechtspolitischen
Grundlagen des Strafverfahrens-
rechts. 2.Aufl. Göttingen 1964.
- Teil II: Erläuterungen zur
Strafprozeßordnung und zum
Einführungsgesetz zur Straf-
prozeßordnung. 1.Aufl. Göttingen
1957.
- Nachträge und Ergänzungen zu
Teil II. 1.Lieferung 1966; 2.
Lieferung 1970.

- SCHMIDT, Eberhard Anmerkung zu OLG Bremen JR 1958,
189 - 191. In: JR 1958, 191.
- SCHMIDT, Robert Strafrechtsklausur: Der fal-
sche Angeklagte. In: JuS 1966,
410 - 412.
- SCHNEIDER, Egon Sind nichtige Gerichtsentschei-
dungen möglich? In: MDR 1965,
465 - 466.
- SCHÖNKE -
SCHRÖDER Strafgesetzbuch. Kommentar.
19.Aufl. München 1978.
Bearbeitet von Cramer, Eser,
Lenckner, Stree.
(zitiert: Sch-Sch-Bearbeiter)
- SPENDEL Anmerkung zu OLG Bremen JZ
1958, 546. In: JZ 1958, 547 -
549.
- Materiellrechtliche Straffrage
und strafprozessuale Teil-
rechtskraft. In: ZStW 67 (1955),
556 - 561.
- STAMMANN Anklage und Verurteilung unter
falschem Namen im Strafprozeß.
Dissertation Jena 1934.
- STIEVE Verurteilung unter falschem
Namen. In: DJZ 1906, Sp.1315 -
1316.
- STREE In dubio pro reo. Tübinger
Rechtswissenschaftliche Ab-
handlungen, Band 5, 1962.

- | | |
|---------|---|
| SULANKE | Die Entscheidung bei Zweifeln über das Vorhandensein von Prozeßvoraussetzungen und Prozeßhindernissen im Strafverfahren. Berlin 1974. |
| WALDER | Die Vernehmung des Beschuldigten. Hamburg 1965. |
| WESSELS | Strafrecht. Besonderer Teil-1. 3.Aufl. Heidelberg, Karlsruhe 1978. |
| WURZER | Verurteilung unter falschem Namen. In: AcP 120 (1922), 409 - 428. |
| ZIPF | Strafprozeßrecht. Lehrbuch. 1.Aufl. Berlin, New York 1972. 2.Aufl. Berlin, New York 1977. |

Vornamen der Verfasser sind nur dort angegeben, wo dies zur Klarstellung geboten erscheint.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die zivilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
Bd.	Band
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BT	Besonderer Teil
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungs- gerichts
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
Diss.	Dissertation
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
Einl.	Einleitung
Erl.	Erläuterung
Fußn.	Fußnote
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GS	Der Gerichtssaal
Hinw.	Hinweis
h.M.	herrschende Meinung
i.e.	im einzelnen
i.ü.	im übrigen

JMB1NRW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
L-R-	Löwe-Rosenberg, Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz (-Bearbeiter)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MilRegG	Militärregierungsgesetz
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Rdnr.	Randnummer
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
Rspr.	Rechtsprechung
Sch-Sch-	Schönke-Schröder, Strafgesetzbuch (-Bearbeiter)
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
Vorb.	Vorbemerkung
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozeßordnung

ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechts-
	wissenschaft
zust.	zustimmend
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

EINLEITUNG

Der Name ist ein besonders wichtiges Identitätsmerkmal jeder Person. Ihre Kennzeichnung und Unterscheidung von anderen ist freilich auf vielerlei Weise möglich und kann vor allem im Strafverfahren durch weitaus sicherere Mittel erfolgen.¹⁾ Zumeist stellt der Name aber auch hier den ersten und entscheidenden Anhaltspunkt zur Identifizierung dar und wird fortan ohne weitere Nachprüfung als Ausdruck der Individualität des so Bezeichneten anerkannt. Handelt nun jemand unter einem falschen, d.h. unter einem anderen als dem in den Personenstandsbüchern eingetragenen und damit für seine Kennzeichnung im Rechtsverkehr allein maßgebenden Namen, oder wird ihm auch ohne eigene Veranlassung (z.B. irrtumsbedingt) ein falscher Name zugeordnet, so kann dies u.U. erhebliche Gefahren für den geordneten Ablauf des Strafverfahrens mit sich bringen. Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind die aus der Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen und der Verurteilung unter falschem Namen resultierenden **p r o z e s s u a l e n** Problemstellungen. Fragen des materiellen Strafrechts und des Ordnungswidrigkeitenrechts²⁾ werden weitgehend ausgeklammert und nur dort kurz gestreift, wo dies im jeweiligen Zusammenhang und der Vollständigkeit halber geboten erscheint.

1) Vgl. RGSt 41,202

2) Verwendet jemand zum Zwecke der Täuschung einen falschen Namen, so geht es hier vor allem um die §§ 267ff., 281, 164, 145d, 258 StGB und § 111 OWiG (§ 360 Abs.1, Nr.8 StGB a.F.)

Eine weitere Begrenzung der Untersuchung ist bereits durch das Thema selbst vorgegeben und betrifft den in die Erörterung einzubeziehenden Personenkreis. Denn wenn auch die große Anzahl verschiedener Prozeßrollen einen entsprechend großen Kreis falsch bezeichneter Personen theoretisch als vorstellbar erscheinen lassen könnte, kommen doch nur einige wenige der Verfahrensbeteiligten tatsächlich für eine Zuordnung falscher Namen in Betracht:

So können beispielsweise die staatlichen Organe von vornherein ausgeschlossen werden; eine bewußt veranlaßte oder durch irgendeinen sonstigen Umstand bedingte und nicht alsbald aufgeklärte Verwendung unrichtiger Bezeichnungen ist bei ihnen schon praktisch gar nicht denkbar. Eher vorstellbar ist dies hingegen bei den am Verfahren teilnehmenden Privatpersonen. Doch können die meisten von ihnen bereits deshalb unberücksichtigt bleiben, weil ihre Falschbezeichnung kaum jemals Einfluß auf das Prozeßgeschehen ausüben dürfte. Diese Feststellung kann in Bezug auf Personen getroffen werden, die eine Strafanzeige erstatten oder einen Strafantrag stellen; sie trifft aber ebenso auf jene zu, die im Verfahren als Zeugen oder Sachverständige auftreten. Bei anderen wiederum - so etwa dem Privat- oder Nebenkläger in den (ohnehin seltenen) Verfahren nach §§ 374ff., 395ff. StPO¹⁾ ist die praktische Bedeutung einer Verwendung falscher Namen derart gering einzuschätzen, daß sich ein näheres Eingehen hierauf erübrigt.

1) Im folgenden beziehen sich §§ ohne nähere Bezeichnung auf die StPO

Ganz anders ist demgegenüber die mögliche Falschbezeichnung eines Beschuldigten zu sehen. Dieser wird oftmals nach Wegensuchen, dem Verfahren insgesamt auszuweichen oder - falls dies als aussichtslos erscheinen sollte - zumindest bestimmte, ihm ungünstige Tatsachen im verborgenen zu halten.¹⁾ Das Auftreten unter falschem Namen (ggf. das Ausnutzen einer von anderen versehentlich veranlaßten Falschbezeichnung) ist zwar nur eine unter vielen, doch - wie sich in dieser Untersuchung zeigen wird - eine praktisch bedeutsame und durchaus erfolgversprechende Möglichkeit zur Erreichung eines solchen Zieles. Da zudem der gesamte Prozeß auf die Person des Beschuldigten hin ausgerichtet ist,²⁾ kann im Falle seiner unrichtigen Kennzeichnung auch eher als bei anderen mit nachteiligen Folgen für den Verfahrensablauf gerechnet werden.

Die Praxis ist mit dieser Problematik, die eine Vielzahl noch klärungsbedürftiger Einzelfragen umfaßt, seit jeher konfrontiert worden, und manche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, daß sie keineswegs an Aktualität verloren hat. Umso erstaunlicher ist es daher, daß sie heute

-
- 1) Zu denken ist hier etwa an eventuell vorhandene Vorstrafen.
 - 2) Dies kommt deutlich in dem Begriff "Bezugs-subjekt" zum Ausdruck, der z.B. von Robert Schmidt (JuS 1966, 411) verwendet wird. Eb.Schmidt (I, Rdnr.293) gebraucht stattdessen den Terminus "Beziehungsgegenstand", der aber im Falle einer Bezugnahme auf Personen weniger angebracht sein dürfte.

kaum noch Gegenstand der Diskussion ist. In der Rechtsprechung bleibt sie nahezu unerwähnt; das neuere Schrifttum beläßt es in der Regel bei einigen wenigen Hinweisen. Breiteren Raum nimmt allein die Erörterung jenes als Schulbeispiel bekannten Falles ein, in dem ein Strohmann anstelle des wirklichen Angeklagten in der Hauptverhandlung erscheint und diese daraufhin ohne Aufdeckung der Täuschung durchgeführt und mit einem Urteil beendet wird. Diese Fallgestaltung wirft zweifellos interessante prozessuale Fragen auf, denen auch im Rahmen dieser Untersuchung i.e. nachzugehen sein wird. Es muß jedoch bereits an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß es sich hierbei nur um eine der zahlreichen, praktisch vorstellbaren Fallgestaltungen handelt, die zudem keinesfalls als besonders charakteristisch für den gesamten Problemkreis bezeichnet werden kann und auch sicher nicht die bedeutende Rolle in der Praxis spielt, die man aufgrund ihrer vorzugsweisen Erwähnung in der Literatur vielleicht vermuten könnte. Das stete Zurückgreifen auf dieses Beispiel ist eher geeignet, grundsätzliche Zweifel an der praktischen Relevanz des hier behandelten Fragenkreises aufkommen zu lassen - bzw. die vorhandenen entsprechend zu verstärken.

Daß derartige - auch im Schrifttum vereinzelt geäußerte¹⁾ - Zweifel unbegründet sind, das Verwenden falscher Namen im Strafprozeß im Gegenteil von größerer praktischer Bedeutung ist als weitgehend angenommen, soll im ersten Teil der vor-

1) Vgl. Stammann im Schlußwort zu seiner Dissertation "Anklage und Verurteilung unter falschem Namen im Strafprozeß", S.67.

liegenden Arbeit dargelegt werden. Zu diesem Zweck erfolgt eine Zusammenstellung verschiedener Fälle, die zum größten Teil in der Praxis vorgekommen sind und belegt werden können. Soweit das nicht möglich ist - dies betrifft all jene Fallgestaltungen, die als praktisch vorstellbare Beispiele in der Literatur genannt werden oder vom Verfasser gebildet wurden - bedarf es zum Nachweis ihres praktischen Bezuges einer eingehenden Überprüfung im Hinblick darauf, welche Aussichten für eine Aufdeckung des Sachverhaltes und damit für die Einleitung korrigierender prozessualer Maßnahmen bestehen und woran andererseits eine Aufklärung des Sachverhaltes scheitern und die Abweichung vom ordnungsgemäßen Prozeßverlauf deshalb u.U. für dauernd verborgen bleiben kann.

Die aus diesen Fallgestaltungen resultierenden prozessualen Probleme werden sodann im zweiten Teil der Arbeit i.e. erörtert. Der Versuch ihrer möglichst vollständigen Erfassung setzt voraus, daß die vielfach ineinander übergehenden Fragen nicht jeweils gesondert überprüft, sondern zusammenhängend erfaßt und beantwortet werden. Dann aber ist nicht, wie es üblicherweise in der Literatur geschieht, von vornherein allein die Hauptverhandlung in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen: Der notwendige Rückblick auf den Verlauf des vorangegangenen Verfahrens, der den Gang der Hauptverhandlung in vielen Fällen entscheidend mitbeeinflußt, bliebe im Zweifel unvollständig. Sollten aber tatsächlich alle Einzelumstände erfaßt werden, so ist die gleichfalls gebotene Übersichtlichkeit der Darstellung kaum zu verwirklichen. Deshalb wird im folgenden jeweils an den Zeitpunkt der erstmaligen Verwendung falscher Namen im Prozeß angeknüpft, um sodann die einzelnen Fallgestaltungen

gen im Rahmen einer am Verfahrensablauf ausgerichteten Untersuchung in ihrer jeweiligen Entwicklung zu verfolgen.

Im ersten Abschnitt - dem Vorverfahren - stellt sich die Frage, auf welche Person die Untersuchungen festgelegt werden, wenn bereits in diesem frühen Stadium ein falscher Name in den Prozeß eingeführt wird. Ihr kommt besondere Bedeutung in all jenen Fällen zu, in denen der Täter¹⁾ nicht nur irrtümlich falschbezeichnet wird oder unter irgendeiner, auf niemand anderen hindeutenden (Fantasie-) Bezeichnung auftritt, sondern den Namen eines existierenden "Dritten"²⁾ mißbraucht oder auch schon frühzeitig einen Strohhmann vorschiebt. Hierdurch wird die Gefahr begründet, daß die behördliche Ermittlungstätigkeit von Anfang an auf eine falsche Spur gelenkt oder von einer vielleicht bereits eingeschlagenen Richtung ab- und in eine andere hingelenkt wird.

Daran anschließend wird überprüft, an welcher Person das Verfahren sich in der Folge orientiert, wenn eine bereits eingeleitete Fehlentwicklung nicht beendet wurde und welche Konsequenzen die erst in späteren Stadien erfolgende Verwendung falscher Bezeichnungen nach sich zieht. Im Vordergrund steht zunächst die Anklageerhebung, wo eine Bestimmung der Person des "Angeschuldigten" vor allem dann problematisch sein kann, wenn ein bereits

1) Es wird im folgenden davon ausgegangen, daß es sich bei dem so Bezeichneten um den wirklichen Täter handelt.

2) Dieser Begriff ist an sich ungenau, wird aber ganz allgemein zur Kennzeichnung eines "Unbeteiligten" gebraucht und soll in diesem Sinne auch hier Verwendung finden.

zuvor in das Verfahren eingeführter falscher Name nunmehr auch in die Anklageschrift übernommen wird oder der Strafverfolgungsbehörde bei Erhebung der öffentlichen Klage selbst ein Fehler unterläuft, der eine andere Person als den im Verlaufe der Ermittlungen (zu Recht oder zu Unrecht) Beschuldigten aus ihr als den vom Anklagevorwurf Betroffenen hervorgehen läßt.

Die Entwicklung des Prozesses wird daraufhin im Stadium der Eröffnung des Hauptverfahrens weiterverfolgt, wo sich im Eröffnungsbeschluß die schon in der Anklageschrift enthaltenen Fehler wiederholen oder auch durch einen erstmals hier festzustellenden Gebrauch falscher Namen neue Fehler hinzukommen können.

Den Schwerpunkt innerhalb der gesamten Untersuchung nimmt sodann die Frage ein, welchen Fortgang das infolge der Einführung falscher Bezeichnungen bereits beeinflusste (möglicherweise sogar in die Irre gegangene) Verfahren in der Hauptverhandlung nimmt, bzw. welche prozessualen Fragestellungen sich bei einer erstmals hier erfolgenden Verwendung unrichtiger Namen ergeben. Insbesondere beim Auftreten einer anderen als der tatsächlich angeklagten Person stellt sich das Problem, auf wen die mündliche Verhandlung bezogen ist und gegen wen das auf ihr beruhende und sie abschließende Urteil¹⁾ ergeht, falls keine Aufklärung des Sachverhaltes erfolgt. Des weiteren erhebt sich die Frage nach den Wirkungen eines unter Beibehaltung der Fehlvorstellung über den Namen oder die Identität des vor Gericht Erschienenen ergangenen Erkenntnisses. Hier bedarf es u.a. einer eingehenden

1) Es soll angenommen werden, daß eine Verurteilung erfolgt.

Erörterung der Frage, ob die in den verschiedenen Fallgestaltungen ergangenen Urteile unbeschadet ihrer jeweiligen Fehlerhaftigkeit als beachtliche richterliche Entscheidungen zu werten sind und wie sie dann korrigiert werden könnten - oder ob sie im Einzelfall als unwirksam beurteilt werden müssen und wie sie dann ggf. zu beseitigen wären.

Die Frage, welche Maßnahmen in den einzelnen Abschnitten des Verfahrens zu treffen sind, falls eine **A u f k l ä r u n g** des Sachverhaltes erfolgt, wird jeweils im Anschluß an die dort für den Fall der Nichtaufdeckung getroffenen Feststellungen gesondert in einem Anhang erörtert.

TEIL I

Die Einführung falscher Namen in den Strafprozeß

Die Darstellung der verschiedenen Möglichkeiten einer Verwendung falscher Namen im Strafprozeß erfolgt der Übersicht halber in Fallgruppen, deren Bildung im Rahmen dieser am Verfahrensablauf ausgerichteten Untersuchung durch die einzelnen Verfahrensabschnitte vorgegeben ist.

1. Kapitel

Die in Betracht kommenden Ursachen

A. Erste Fallgruppe: Vor oder zu Beginn des Ermittlungsverfahrens gesetzte Ursachen

Wird bereits zu Beginn der Ermittlungen ein falscher Name in den Prozeß eingeführt, so kann dies die Ausgangssituation für eine möglicherweise das gesamte weitere Verfahren bis hin zum Urteil bestimmende Abweichung vom ordnungsgemäßen Prozeßgang sein. In einer Vielzahl von Fällen wird die Zuordnung eines falschen Namens auf bewußt unwahren Erklärungen gegenüber den Strafverfolgungsorganen beruhen: Der an einer Tat Beteiligte kann einmal selbst unter einer falschen Bezeichnung in Erscheinung treten; möglich ist aber auch, daß er einen Dritten vorschleibt, der bereit ist, von Beginn des Verfahrens

an die Rolle eines Strohmannes zu übernehmen.

I. Die durch Täuschung veranlaßte Einführung falscher Namen in das Strafverfahren

1. Der Täter handelt unter falschem Namen

Beim Verwenden einer vom richtigen Namen abweichenden Bezeichnung durch den Täter selbst kommen mehrere Fallgestaltungen in Betracht, in denen die unterschiedlichsten Motive für dieses Verhalten bestimmend sein können:

a. Verwendung einer Bezeichnung, die auf keine andere Person hinweist

Oftmals wird es so sein, daß der Betreffende ständig unter einem anderen Namen lebt, sei es, daß er sich die Bezeichnung aus beruflichen Gründen (Künstlername, Schriftstellernamen usw.) zugelegt oder zum Zwecke des Untertauchens einen Decknamen angenommen hat und diesen nunmehr führt. Das Verwenden eines Pseudonyms, durch das auf keine andere Person hingewiesen wird, stellt nun zwar ein Handeln unter falschem Namen dar; denn allein entscheidend ist, daß ein anderer als der in den Personenstandsbüchern eingetragene (für den Rechtsverkehr maßgebende und rechtmäßige) Name gebraucht wird. Dem wird aber auch - und vielleicht gerade - bei seinem konsequenten Beibehalten kaum jemals der Wille zugrunde liegen, dem Verfahren auszuweichen, sondern vielmehr, sich diesem unter der falschen Bezeich-

nung zur Verfügung zu stellen. Sollte der richtige Name nicht festgestellt werden, was insbesondere dann in Betracht kommen kann, wenn ein Deckname zum Zwecke des Untertauchens angenommen wurde, so kann damit allerdings die Gefahr des Verborgengebliebens eventuell vorhandener (rückfallbegründender) Vorstrafen hervorgerufen werden.

Eine ganz andere Situation ergibt sich dann, wenn der Täter sein Pseudonym aufgibt und der Strafverfolgungsbehörde mit seinem ursprünglichen, in den Personenstandsbüchern eingetragenen und damit rechtmäßigen, in seinem neuen Lebenskreis aber nicht (bzw. nicht mehr) bekannten Namen gegenübertritt. Dieser Name ist zwar "richtig", mit seiner Verwendung wird aber in der konkreten Situation über die Identität des Namensträgers getäuscht. Mit einem solchen Vorgehen könnte bezweckt sein, die Aufdeckung eventueller (unter dem Pseudonym begangener) Straftaten zu verhindern; möglich ist aber auch, daß der Betreffende dem Verfahren insgesamt ausweichen und dieses schließlich im Sande verlaufen lassen will.

Von den Fällen der Verwendung eines allgemein bekannten Pseudonyms oder der Wiederverwendung des zwar richtigen, der Allgemeinheit aber unbekannten Namens sind jene - in der Praxis wohl bedeutsameren - Fallgestaltungen abzugrenzen, in denen der Täter sich irgendeine frei erfundene Bezeichnung zulegt, um die Strafverfolgungsbehörde über seine wahre Identität im unklaren zu lassen.¹⁾ Zu erwähnen sind hier - neben der spontanen Angabe irgendeines Fantasienamens - insbesondere die Fälle der Anfertigung

1) Vgl.dazu RGSt 11,188; 11,314 und 41,201:
Die Täter hatten sich falsche Namen zugelegt, wurden unter diesen angeklagt und verurteilt und verbüßten unter ihnen auch die verhängten Freiheitsstrafen.

falscher Personalpapiere durch Täter, die unter ihrem richtigen Namen gesucht werden. In Betracht kommen aber auch solche Personen, die sich vorsorglich mit falschen Papieren versorgen, um diese in einer bestimmten Situation entsprechend verwenden zu können. Motiv wird auch hier in der Regel sein, dem Verfahren auszuweichen oder, falls dies nicht gelingen sollte, es zumindest nicht unter dem richtigen Namen durchführen zu lassen. Im letzteren Fall ergäbe sich dann immerhin noch die "Chance", einer Bestrafung unter dem eigenen Namen vorzubeugen oder auch den vielleicht schon früher unter richtigem Namen erfolgten Verurteilungen infolge unrichtiger Einordnung dieser Mitteilungen in das Strafregister keine neuen (möglicherweise rückfall-schärfenden) hinzuzufügen.

b. Mißbrauch des Namens eines existierenden Dritten

In einen anderen Bereich sind jene Fälle einzuordnen, in denen der Täter den Namen eines existierenden Dritten verwendet und damit für diesen die Gefahr begründet, in ein Strafverfahren hineingezogen zu werden. Ob der Täter eine solche Möglichkeit in Rechnung stellt, ist aber keineswegs sicher. Aus der falschen Namensangabe allein kann jedenfalls noch nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß seine Vorstellungen bezüglich des folgenden Geschehens in diese Richtung gehen. Dies wird besonders deutlich in einer Entscheidung des BGH¹⁾,

1) BGHSt 18, 204 ff.

wo der folgende Sachverhalt zugrunde lag:

Der Angeklagte wurde auf der Autobahn Köln - Frankfurt festgenommen, die er mit einem Motorrad befahren hatte. Er hatte weder Führerschein noch Fahrzeugpapiere bei sich. Gegenüber dem Polizeibeamten gab er sich als "B.I." aus und überreichte ihm zur Bestätigung einen Gesellenbrief und einen Reisepaß, die beide auf diesen Namen ausgestellt waren. Auch bei seiner Vernehmung am nächsten Tag, die sich nicht nur auf eine Verkehrsübertretung, sondern nunmehr auch auf einen möglichen Diebstahl des Motorrades erstreckte, behauptete er weiterhin, mit dem in den Papieren Bezeichneten identisch zu sein. Hierbei blieb er selbst dann noch, als er bei einer Gegenüberstellung mit seinem Vater von diesem identifiziert wurde.

Der BGH führt (im Rahmen der Prüfung des § 164 StGB) aus, daß der Verdächtige zwar sicherlich seinen richtigen Namen habe verschweigen wollen, es aber kaum wahrscheinlich sei, daß er an eine Verstrickung des wirklichen Namensträgers in ein Strafverfahren gedacht habe. Vielmehr habe es näher gelegen, daß er hoffte, der Polizeibeamte werde ihn nach Vorzeigen der Papiere verwarnen, womit die Angelegenheit dann erledigt gewesen wäre. Schließlich könne auch nicht ausgeschlossen werden, daß er bei seinen fortgesetzten Bemühungen, die Polizeibeamten über seine Identität zu täuschen, angenommen habe, er werde, weil sein wirklicher Name und damit seine Vorstrafen unbekannt blieben, als "I" verurteilt werden.

Daß der Gedanke an eine solche Möglichkeit gar nicht so fern liegt, läßt sich anhand mehrerer Beispiele belegen:

Ein Franzose namens Franz Berard bewarb sich im Jahre 1896 um eine Anstellung bei einer französischen Verwaltungsbehörde. Er wurde daraufhin aufgefordert, ein Leumundszeugnis vor-

zulegen und wandte sich deshalb an seine Heimatbehörde in Neuville sur Ain. Er erhielt das verlangte Zeugnis, ersah aber daraus zu seiner nicht geringen Überraschung, daß er durch Urteil des Genfer Strafgerichts vom 28. November 1883 wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Nachforschungen ergaben, daß an diesem Tage wirklich von dem Genfer Gericht ein "Franz Berard, geb. in Neuville sur Ain am 27. Juni 1860" wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und die Strafe sofort vollstreckt worden war. Der Verurteilte hatte sich durch einen auf den Namen Fr. Berard lautenden Heimatschein ausgewiesen, der selbst das exakte Geburtsdatum des wirklichen Namensträgers wiedergab. 1)

Ein ähnlicher Fall ereignete sich in der jüngsten Vergangenheit in Hannover:

Ein Unbekannter hatte Papiere eines Dritten an sich gebracht. Im Verlaufe von 5 Jahren wurden gegen ihn, der sich regelmäßig mit diesen Papieren auswies, eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren durchgeführt. Er wurde insgesamt 14 mal wegen Diebstahls, Verkehrsvergehen und weiterer Straftaten unter falschem Namen angeklagt, mehrfach verurteilt und verbüßte auch die verhängten Freiheitsstrafen. Neben den Vermerken im Bundeszentralregister wurden überdies noch 17 Eintragungen im Verkehrszentralregister auf den Namen des Dritten vorgenommen. Erst anlässlich einer Verkehrskontrolle im Jahre 1976 erfuhr der wirkliche Namensträger von diesen Geschehnissen. 2)

Manchmal wird der den Namen eines Dritten Mißbrauchende sich allerdings von der Vorstellung leiten lassen, damit das zu erwartende Strafverfahren

-
- 1) Dieser Fall wird in der Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht (11. Jahrgang, Heft 1 und 2) berichtet und ist mitgeteilt von Pfizer GS 56 (1899), 65
 - 2) Der Fall ist durch Presseveröffentlichung (Meldung vom 29.9.1976, abgedruckt z.B. in den "Westfälischen Nachrichten" vom 29.9.1976) weit- hin bekannt geworden.

von sich auf den anderen hin abzulenken. Beispielsfälle, in denen eine solche Feststellung getroffen werden konnte, finden sich in Entscheidungen des RG:¹⁾

Eingeständnis eines Sittlichkeitsverbrechens unter dem Namen eines existierenden Dritten;
BayObLG:²⁾

Angabe des Namens einer anderen Frau durch die Täterin einer Sachbeschädigung
und OLG Hamm:³⁾

Verwendung der Personalien einer Bekannten durch die auf frischer Tat betroffene Täterin eines "Kaufhaus-Diebstahls".

Der Täter wird in der Regel annehmen, daß die Nichtidentität des Dritten sich alsbald erweist und das Verfahren daraufhin eingestellt wird. Vorstellbar ist aber auch, daß er nach den konkreten Umständen, z.B. gewisse äußere Ähnlichkeit mit dem Namensträger ("Doppelgänger") und Wissen darum, daß dieser für die Tatzeit kein Alibi hat, davon ausgeht, der Dritte werde schließlich angeklagt und u.U. sogar verurteilt werden.

Möglich ist ferner, daß der Name eines Dritten in der Erwartung angegeben wird, dieser werde sich mit dem Vorgehen einverstanden erklären und als Strohhalm des Täters in dessen Rolle eintreten.

1) RGSt 69,173 (Hierauf nimmt die zuvor - S.13 - mitgeteilte Entscheidung des BGH Bezug, wo entsprechende Feststellungen nicht getroffen werden konnten.

2) BayObLGSt 1960,192

3) OLG Hamm JMB1 NRW 1964,129

2. Ein Dritter (Strohmann) handelt unter falschem Namen

Bekanntes Schulbeispiel ist das Vorschieben eines Strohmannes in der Hauptverhandlung, der dort unter dem Namen des Angeklagten auftritt. Es sind aber auch Fälle denkbar, in denen ein Dritter diese Rolle bereits viel früher übernimmt:

Eine solche Situation kann sich beispielsweise im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen, insbesondere Trunkenheitsfahrten usw. ergeben. Dies soll an einem zwar nicht aus der Praxis zu belegenden, praktisch aber durchaus vorstellbaren Fall verdeutlicht werden:

A fährt einen Fußgänger an, der unachtsam die Fahrbahn überquert hat und verletzt diesen schwer. Der Unfall war zwar unvermeidbar, A hatte jedoch zuvor Alkohol getrunken und fürchtet nunmehr um seinen Führerschein, auf den er beruflich dringend angewiesen ist. Deshalb bittet er seinen ihm sehr ähnlich sehenden, völlig nüchternen Bruder B, sich der Polizei gegenüber als Fahrer auszugeben. B ist einverstanden und nimmt, da er selbst nicht im Besitz einer Fahrerlaubnis ist, die Papiere des A an sich. Den kurz darauf eintreffenden Polizeibeamten gegenüber weist B sich mit den Papieren des A aus und erklärt, den Wagen gefahren zu haben.

Der Dritte kann aber auch noch während der bereits aufgenommenen Ermittlungen in die Rolle des Täters "einsteigen", ohne daß dies bemerkt werden müßte.

Dazu ein weiterer praktisch denkbarer Fall: A hat einen Bankseinbruch verübt und am Tatort Spuren hinterlassen (z.B. Einbruchswerkzeuge vergessen, Ausweispapiere verloren), die auf seine Person hindeuten. Er hat für die nächste Zeit eine Reihe weiterer Einbrüche geplant und befürchtet nun, sie nicht mehr ausführen zu können. Deshalb bittet er seinen ihm sehr ähnlich sehenden Freund F, mit dem er die Wohnung teilt, sich bei dem bald zu erwartenden Eintreffen der Polizei dieser gegenüber als "A" auszugeben und diese Rolle auch im Verfahren zu spielen. B zögert zunächst, erklärt sich aber einverstanden, nachdem A gedroht hat, ihn wegen verschiedener, bislang unaufgeklärt gebliebener Straftaten zu "verpfeifen".

Dem Zusammenwirken zwischen Täter und Strohmann können - neben den in den Beispielsfällen genannten - noch eine Vielzahl anderer Motive zugrundeliegen. In Betracht kommt z.B. das Vorschieben eines "gerichts-erfahrenen" Strohmannes, von dessen geschicktem Vorgehen und "Redegewandtheit"¹⁾ der Täter sich einen günstigeren Ausgang des Verfahrens verspricht. Möglich ist auch, daß er den mit einem Prozeß verbundenen Zeitaufwand aus persönlichen Gründen oder geschäftlichen Interessen scheut.²⁾

Der Dritte (Strohmann) wird sich von seinem Verhalten zumeist irgendwelche Vorteile versprechen. Diese können in einem "angemessenen" Entgelt, der Gewährung irgendwelcher Geschenke³⁾ oder vielleicht auch nur in der Aussicht auf ein sicheres Unterkommen während der kalten Jahreszeit bestehen.⁴⁾ Andererseits ist es durchaus möglich, daß der Dritte altruistisch handelt und die Rolle eines Strohmannes als "Freundschaftsdienst" übernimmt.⁵⁾ In diesen Fällen ist neben dem Auftreten unter dem Namen des Täters auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß der Dritte den Ermittlungsbeamten von vornherein unter seinem eigenen Namen gegenübertritt.

1) Beispiel nach Peters, S.390

2) Vgl. RGSt 8,366 : Die geplante Hochzeitsreise hätte verschoben werden müssen - und OLG Hamm NJW 1956,602 : Der Betreffende wollte in seinem Geschäftsbetrieb weiterarbeiten. In beiden Fällen sollte der Strohmann zwar für den bereits unter richtigem Namen verurteilten Täter eine Freiheitsstrafe absitzen. Dieselben Erwägungen, die für das Vorschieben eines Dritten nach Abschluß des Verfahrens maßgebend waren, können aber auch durchaus schon zu Beginn des Ermittlungsverfahrens getroffen werden, sofern sich eine entsprechende Gelegenheit bietet, die Zeitersparnis wäre immerhin noch größer.

3) RGSt 4,60 (vgl. auch hierzu Fußn.2)

4) Beispiel nach Stammann, Diss.S.9. Ein ähnlicher Beispielsfall findet sich bei Lucas-Dürr, S.242

5) Beispiel nach Lucas-Dürr aaO.

II. Weitere Fehlerquellen

Der frühzeitigen Einführung eines falschen Namens in das Verfahren muß nicht immer ein täuschendes Verhalten zugrundeliegen. Ursache kann auch ein Versehen auf Seiten der Strafverfolgungsbehörde sein. So ist es leicht möglich, daß der Name einer Person infolge eines Hörfehlers im Hinblick auf ähnlich klingende Namen (Schulz - Scholz) oder verschiedene Schreibweisen (Schmidt - Schmitt) in fehlerhafter Weise in die Akten gelangt¹⁾ und dieses Versehen im weiteren Verlaufe des gesamten Prozesses unentdeckt bleibt. In solchen Fällen besteht immerhin die Gefahr, daß infolge der unkorrekten Wiedergabe des Namens Anfragen an Registerbehörden falsch beantwortet werden und im Falle der Verurteilung dort eine unrichtige Einordnung erfolgt.

B. Zweite Fallgruppe: Bei Abschluß des Ermittlungsverfahrens gesetzte Ursachen

Zu den bisher behandelten - bereits vor oder zu Beginn des Ermittlungsverfahrens gesetzten und von diesem Zeitpunkt an möglicherweise den gesamten weiteren Prozeßverlauf beeinflussenden - Ursachen treten jene Fehlerquellen, die erst in späteren Stadien eine Abweichung vom bis dahin ordnungsgemäßen Prozeßverlauf bewirken. Zu erwähnen ist hier zunächst die im Zusammenhang mit der A n k l a g e e r h e b u n g erfolgende Einführung eines falschen Namens

1) Beispiele nach Eb.Schmidt I, Fußn.515 zu Rdnr.290

in das Verfahren.

I. Aufnahme eines falschen Namens in die Anklageschrift

Für die Aufnahme eines falschen Namens in die Anklageschrift kommen im wesentlichen zwei Ursachen in Betracht:

Einmal kann es sich - wie bei den zuletzt genannten Fällen der ersten Gruppe - um bloße Schreibfehler handeln. Zum anderen kann die Angabe falscher Personalien aber auch auf einem **I r r t u m** des die Schrift Abfassenden beruhen. Denkbar ist z.B., daß bei gleichzeitiger Bearbeitung mehrerer Akten Schriftstücke durcheinandergeraten und die Anklageschrift später eine ganz andere Person bezeichnet als jene, die angeschuldigt werden sollte.

II. Die Anklageschrift wird einer anderen Person zugestellt

Schließlich kann es geschehen, daß die Klageschrift versehentlich nicht dem Beschuldigten, sondern einer anderen Person gleichen Namens zugestellt wird. Auch ein derartiger Zustellungsfehler könnte bewirken, daß eine völlig unbeteiligte Person - unbeschadet ihrer diesbezüglichen Einlassungen - in das Verfahren hineingezogen wird.¹⁾

1) Diese Fälle werden von Lucas-Dürr (S.243), Petters-Preisendanz (S.219,224) und Eb.Schmidt (I, Rdnr.292) angeführt.

C. Dritte Fallgruppe: Im Zwischenverfahren gesetzte Ursachen

Im Zwischenverfahren, in dem das Gericht über die Eröffnung des Hauptverfahrens beschließt, können dieselben Ursachen wie beim Abschluß der Ermittlungen maßgebend sein. Auch der Eröffnungsbeschluß kann mithin aufgrund eines Schreibfehlers oder auch eines Irrtums auf einen anderen (falschen) Namen lauten.

Ebenso kann ein Zustellungsfehler zugrundeliegen und künftige Fehlentwicklungen einleiten.

D. Vierte Fallgruppe: Im Hauptverfahren gesetzte Ursachen

Besonders zu erwähnen sind jene Fälle, in denen ein Dritter anstelle des Angeklagten in der Hauptverhandlung erscheint.

Ein immer wieder aufgegriffenes Beispiel hierfür ist der bereits mehrfach erwähnte Fall des Vorschiebens eines Strohmannes durch den Angeklagten. Es ist aber auch vorgekommen, daß ohne vorherige Verabredung und ohne Kenntnis des Angeklagten ein Dritter unter dessen Namen vor Gericht auftrat:

So hatte ein junger Mann namens Peter K. an einen mit seinem Vater Johann K. verfeindeten Einwohner desselben Dorfes einen beleidigenden Brief geschrieben und diesen mit dem Namen des Vaters unterzeichnet. Gegen den Vater wurde Privatklage erhoben und das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnet. In der Hauptverhandlung erschien der Sohn Peter K. Der Privatkläger machte das Gericht auf die Verschiedenheit der Personen nicht aufmerksam, und dieses

führte die Befragung über die persönlichen Verhältnisse in derart unzureichender Weise durch, daß es den (um 30 Jahre jüngeren) Peter K. für den Angeklagten hielt. Dieser gestand zu, den Brief geschrieben zu haben, und das Gericht fällte ein auf "Johann K." lautendes Urteil. 1)

Ein weiteres Beispiel stellt der folgende, im Schrifttum ebenfalls häufig genannte Fall dar, über den das Landgericht Lüneburg²⁾ zu entscheiden hatte:

Ein Amtsgericht verhandelte im Jahre 1947 in einer Strafsache gegen H. W a l l e r und verkündete ein Urteil, durch das dieser zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Der erkennende Richter war derselbe, der den geständigen Angeklagten Waller ursprünglich vernommen und gegen ihn Haftbefehl erlassen hatte. Nach der Verhandlung stellte sich heraus, daß zur Hauptverhandlung nicht Waller, sondern der gleichfalls im Gerichtsgebäude einsitzende W a l l e r vorgeführt worden war und sich zur Sache eingelassen hatte, ohne daß jemand das Versehen bemerkt hätte. Das Urteil wurde Waller zugestellt, der dem Amtsrichter mündlich erklärte, es anzunehmen.

In der Literatur wird eine Vielzahl weiterer "Beispielsfälle" genannt:

Auftreten einer Person, die infolge eines Hörfehlers oder Verwechseln des Verhandlungszimmers vor dem falschen Gericht erscheint. 3)

Auftreten sonstiger Personen, denen es allein um ein Unterkommen im Gefängnis geht. 4)

1) Dieser Fall ist mitgeteilt von Stieve in DJZ 1906, Sp.1315

2) MDR 1949, 767f.

3) Eb.Schmidt I, Rdnr.293; KMR-Sax § 230,1d

4) Aufgeführt werden Personen, die "genug auf dem Kerbholz haben" oder sich "aus Not oder Verkommenheit" verurteilen lassen. (Lucas-Dürr, S.242, mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, solche Fälle mehrfach erlebt zu haben. Diese werden allerdings nicht belegt.)

E. Zusammenfassende Darstellung

I. Erste Fallgruppe:

Vor oder zu Beginn des Ermittlungsverfahrens gesetzte Ursachen

1. Täuschung der Ermittlungsbehörde

- a. Der Täter handelt unter falschem Namen
 - aa. Verwendung eines (allgemein bekannten) Pseudonyms
 - bb. Aufgabe eines bislang benutzten Pseudonyms und Wiederverwendung des "richtigen", in der Allgemeinheit aber nicht oder nicht mehr bekannten Namens
 - cc. Verwendung eines Decknamens oder einer sonstigen (Fantasie-) Bezeichnung, die auf keine andere Persönlichkeit hinweist
 - dd. Mißbrauch des Namens eines existierenden Dritten
- b. Ein Dritter (Strohmann) handelt für den Täter unter dessen oder unter seinem eigenen Namen

2. Weitere Fehlerquellen:

Fehlerhafte Schreibweise bei ähnlich klingenden Namen oder verschiedenen Schreibweisen

II. Zweite Fallgruppe:

Bei Abschluß des Ermittlungsverfahrens gesetzte Ursachen

- 1. Die Anklageschrift leitet auf einen falschen Namen
 - a. Schreibfehler
 - b. Irrtum
- 2. Die Anklageschrift wird einer anderen Person gleichen Namens zugestellt

III. Dritte Fallgruppe:

Im Zwischenverfahren gesetzte Ursachen

1. Der Eröffnungsbeschluß lautet auf einen falschen Namen
 - a. Schreibfehler
 - b. Irrtum
2. Der Eröffnungsbeschluß wird einer anderen Person gleichen Namens zugestellt

IV. Vierte Fallgruppe:

Im Hauptverfahren gesetzte Ursachen

1. Die Ladung zur Hauptverhandlung wird einer anderen Person gleichen Namens zugestellt
2. Auftreten eines Dritten unter dem Namen des Angeklagten in der Hauptverhandlung
 - a. Vorschieben eines Strohmannes durch den Angeklagten
 - b. Auftreten eines Dritten ohne Wissen des Angeklagten
 - aa. Irrtümliche Vorführung einer Person mit gleichem oder ähnlichem Namen
 - bb. Weitere Fälle: Verhören beim Aufruf zur Sache, Verwechseln des Verhandlungszimmers usw.

2. Kapitel

Möglichkeiten der Aufdeckung und Gründe für den Fortbestand des Irrtums über den Namen oder die Identität eines Beschuldigten im Verlaufe des Prozesses

Die im vorigen Kapitel angeführten Beispiele haben eine Vielzahl möglicher Ursachen für die Einführung falscher Namen in das Strafverfahren aufgezeigt. Eine ganz andere Frage ist jedoch, wie es weiterhin dazu kommen kann, daß ein solcher Umstand im Verlaufe des gesamten Verfahrens verborgen bleibt. Daß dies überhaupt geschehen kann, haben die aus der Praxis entnommenen Beispielsfälle bewiesen, in denen auch bereits einige der Gründe hierfür erkennbar wurden. Es fragt sich aber, ob auch die übrigen (nicht entsprechend zu belegenden) Fallgestaltungen tatsächlich in der Praxis vorkommen könnten und nicht nur allenfalls theoretisch vorstellbar sind, so daß ihre weitere Erörterung dem Einwand begegnen müßte, ohne jeden praktischen Bezug zu sein und damit eine vielleicht interessante, letztlich aber gegenstandslose prozessuale "Problematik" zu betreffen. Es soll daher noch überprüft werden, welche Aussichten insgesamt für eine Aufdeckung und damit für korrigierende prozessuale Maßnahmen bestehen und woran andererseits diese Aufklärung tatsächlich scheitern könnte und damit eine Abweichung vom ordnungsgemäßen Prozeßverlauf nicht nur vorübergehend, sondern für dauernd verborgen bleiben kann und somit in letzter Konsequenz zur Fehlerhaftigkeit eines Urteils führen muß.

A. Möglichkeiten der Aufdeckung des Sachverhaltes

Bereits das Ermittlungsverfahren bietet vielerlei Möglichkeiten zur Aufklärung des Sachverhaltes: Zur Überprüfung der Personalien routinemäßig durchgeführte Rückfragen bei der Meldebehörde¹⁾, Anfragen beim Straßenverkehrsamt (betr. die Frage, ob jemand im Besitz einer Fahrerlaubnis oder wer Halter eines Kraftfahrzeuges ist), Abrufen von Daten aus den Computern der Polizei sowie anderer Behörden und eventuell durchgeführte weitere erkennungsdienstliche Maßnahmen werden oftmals die Verwendung eines falschen Namens erweisen.

Im Falle des Auftretens unter einem allgemein bekannten Pseudonym wie einem Schriftsteller- oder Künstlernamen wird dies regelmäßig der Fall sein. Davon ist ebenfalls auszugehen, wenn ein solcher Name (vorübergehend) aufgegeben wird und der Betreffende den Ermittlungsbehörden wieder unter seinem richtigen - in den Personenstandsbüchern eingetragenen - Namen gegenübertritt. Diese Fallgestaltungen werden daher aus den späteren Untersuchungen ausgeklammert.

Darüberhinaus können sorgfältig durchgeführte Vernehmungen hinreichend Gelegenheit zur Klarstellung bieten, wie auch die Einholung von Auskünften aus dem Bundes- oder Verkehrszentralregister nicht selten zumindest eine fehlerhafte Schreibweise des Namens aufdecken wird.

Bei M i B b r a u c h des Namens eines existierenden Dritten kommt zu den bereits erwähnten Möglich-

1) Zur Nachtzeit: Das Aufsuchen der angegebenen Wohnung zwecks Überprüfung der Personalien.

keiten noch diejenige hinzu, daß die Ermittlungsbehörden durch diesen selbst auf die Irreführung aufmerksam gemacht werden: Der wirkliche Namens-träger kann zu Vernehmungen geladen werden, denen er im Zweifel Folge leisten wird - zumindest dann, wenn die Ladung durch die Staatsanwaltschaft erfolgt, die ihn ohnehin zum Erscheinen verpflichtet (§ 163a Abs.1, S.1). Spätestens aber wird er sich dann um eine Klärung des Sachverhaltes bemühen, wenn Zwangsmaßnahmen gegen ihn ergriffen werden sollten, ihm eine Anklageschrift, ein Eröffnungsbeschuß oder die Ladung zur Hauptverhandlung zugestellt wird oder ein Strafbefehl auf seinen Namen ergeht.

In diesem Zusammenhang sind die Fälle zu erwähnen, in welchen der Täter den Namen eines Dritten in der Erwartung angibt, dieser werde sich mit seinem Vorgehen einverstanden erklären und fortan seine Rolle übernehmen. Sie mögen zwar theoretisch vorstellbar sein, praktisch aber sind sie kaum von Bedeutung; sie sollen deshalb im folgenden außer Betracht bleiben.

Wurde ein S t r o h m a n n vorgeschoben, so können diesem selbst oder seinem Hintermann im Verlaufe des Verfahrens wenn nicht Skrupel, so doch Bedenken bezüglich der Erfolgsaussichten ihres Vorhabens kommen, die sie zur Aufgabe ihres Planes veranlassen. Beim erstmaligen Auftreten eines Strohmannes in der Hauptverhandlung besteht des weiteren die Möglichkeit, daß er dort mit Personen konfrontiert wird, die den wirklichen Angeklagten aus vorangegangenen Abschnitten des Verfahrens her kennen und das Gericht auf die Täuschung aufmerksam machen. Schließlich können einem Strohmänn, der anstelle des anderen auch die zu erwartende Freiheitsstrafe

"absitzen" sollte, die damit verbundenen Unannehmlichkeiten als nicht hinnehmbar erscheinen, so daß er es vorzieht, sich dem Gericht oder der Vollstreckungsbehörde gegenüber zu offenbaren.

Die Situation, daß einer Person mit gleichem Namen Anklageschrift und / oder Eröffnungsbeschluß zugestellt werden und diese daraufhin in der Hauptverhandlung erscheint, dürfte - sofern überhaupt - wohl nur äußerst selten vorkommen. Kaum vorstellbar ist es jedoch, daß auch hier eine Aufklärung des Sachverhaltes spätestens bei einer korrekt durchgeführten Vernehmung des vermeintlichen Angeklagten zur Person unterbleiben könnte. 1) Dennoch sollen diese Fälle nicht aus den folgenden Untersuchungen ausgeschlossen werden, da sie teilweise Gegenstand der Auseinandersetzung in der Literatur sind und manche der dort aufgeworfenen Fragen auch im Rahmen dieser Untersuchung nicht unerwähnt bleiben können.

Es dürfte des weiteren ziemlich unwahrscheinlich sein, daß die Nichtidentität einer infolge Verwechslens des Verhandlungszimmers oder eines Hörfehlers vor dem Gericht erschienenen Person mit dem wirklichen Angeklagten nicht alsbald aufgedeckt wird. Dasselbe gilt für jene Fälle, in denen jemand auf der Suche nach einem "sicheren Unterkommen im Gefängnis" als vermeintlicher Angeklagter auftritt. Statt dieser Fallgestaltungen wird im folgenden die in etwa vergleichbare und durch ein Beispiel aus der Praxis zu belegende Situation der Vorführung des "falschen" Angeklagten aus der Untersuchungshaft zugrundegelegt. 2)

-
- 1) Lucas-Dürr (S.243) nennen ein "unglückliches Zusammentreffen von Umständen", Petters-Preisendanz (S.219,224) verweisen auf einen "nicht näher interessierenden Irrtum", und Eb.Schmidt (I, Rdnr. 292), der diesen Fall ebenfalls aufgreift, ohne Bedenken bezüglich seines praktischen Bezuges geltend zu machen, schweigt sich zu den Ursachen überhaupt aus.
 - 2) Vgl. den Fall des LG Lüneburg (MDR 1949,767f.), der oben auf S.21 mitgeteilt ist.

B. Gründe für die Nichtaufklärung des Sachverhaltes

Nach alledem stellt sich die Frage, aufgrund welcher Umstände die Einführung eines falschen Namens in das Verfahren dennoch für dauernd verborgen bleiben kann.

Hier ist zunächst die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß jemand Personalpapiere vorzeigt, die auf einen falschen Namen lauten, an deren Echtheit aber nicht gezweifelt wird, und die daher auch keinen Anlaß zu weiteren Überprüfungen geben.

Wird der Name eines Dritten mißbraucht, so bietet ein solches Vorgehen sicherlich dann zunächst gewisse Erfolgsaussichten, wenn der Betreffende sich mit den Personalpapieren des wirklichen Namensträgers ausweist, der ihm äußerlich ähnlich sieht und dessen übrige in den Papieren angegebene Merkmale ebenfalls zutreffen könnten. Bei Vorliegen der letzteren Voraussetzung könnte auch bereits die bloße Angabe der Personalien ausreichend sein: Kann der den falschen Namen Verwendende sich nicht ausweisen, wird eine Nachfrage bei der Meldebehörde die "Richtigkeit" seiner Angaben bestätigen.¹⁾

Alles weitere hängt nun davon ab, ob es gelingt, an den Dritten gerichtete Schreiben abzufangen.

Wurde der Name eines Familienmitgliedes, eines in die Hausgemeinschaft aufgenommenen Bekannten oder Untermieters angegeben, wird dies nur wenig Schwierigkeiten bereiten.

1) Zur Nachtzeit ist dies nicht möglich. In solchen Fällen kontrollieren Polizeibeamte in der Regel durch Aufsuchen der angegebenen Adresse, ob eine Person dieses Namens dort wohnt. Hier besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit der Nichtaufdeckung, wenn eine Anschrift in einem anderen Ort angegeben und auf diese Weise verhindert wird, daß die Polizeibeamten den Betreffenden (wie üblich) zu "seiner" Wohnung begleiten.

Die Wahrscheinlichkeit, daß das Verwenden des falschen Namens nicht aufgedeckt wird, ist in diesen Fällen natürlich besonders groß, wenn der Betreffende in Haft genommen wird und so ein Fehlen von Schriftstücken von vornherein ausgeschlossen ist.

Diese Aussichten kann allerdings auch das Vorschreiben eines Strohmannes bieten, der unter dem Namen des Täters auftritt. Übernimmt er die Rolle bereits, bevor noch der wirkliche Namensträger der Ermittlungsbehörde gegenüber in Erscheinung getreten ist, dann sind (wiederum äußere Ähnlichkeit und ein gewisses Übereinstimmen anderer Identitätsmerkmale vorausgesetzt) die Chancen einer Aufklärung eher als gering einzustufen. Die an ihn gerichteten Schreiben kann er persönlich entgegennehmen und braucht sie lediglich an den Strohmann weiterzuleiten. Handelt der Strohmann hingegen unter seinem eigenen Namen, so ist bei konsequenter Durchführung des Planes eine Aufdeckung des Sachverhaltes praktisch ausgeschlossen. Aber auch dann, wenn der Strohmann aufgrund einer entsprechenden Verabredung mit dem wirklichen Angeklagten erstmals in der Hauptverhandlung selbst in das Verfahren eintritt, muß dies keineswegs immer entdeckt werden. Denn oftmals kennen Richter und Staatsanwalt den Angeklagten nur aus den vorliegenden Akten, haben ihn also noch nie persönlich gesehen. Überdies kann einer eventuellen Konfrontation mit Zeugen durch ein frühzeitig abgelegtes Geständnis vorgebeugt werden, womit eine weitere Möglichkeit des Verborgenseins der Täuschung gegeben ist.

C. Praktische Folgerungen

Im Ergebnis wird man zwar sagen müssen, daß die Wahrscheinlichkeit einer Aufklärung und damit der Einleitung oder Fortführung des Verfahrens gegen die richtige Person unter ihrem richtigen Namen höher einzuschätzen ist als die Möglichkeit, daß die Einführung der falschen Bezeichnung in den Prozeß für längere Zeit oder für dauernd verborgen bleibt.

Andererseits ist erkennbar geworden, daß eine Aufdeckung auch in weiteren als den in der Praxis tatsächlich bereits vorgekommenen bzw. bekannten Fällen durchaus unterbleiben kann und es sich dabei keineswegs um extrem seltene oder gar praktisch undenkbbare Ausnahmesituationen handeln muß. Selbst der Gedanke an eine hohe Dunkelziffer anderer, niemals ans Tageslicht gekommener Fälle der Verwendung falscher Namen ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

TEIL II

Zu den Folgen der Einführung falscher Namen in den Prozeß innerhalb seiner einzelnen Abschnitte

1. Kapitel

Das Vorverfahren

A. Die Festlegung der Untersuchungen auf eine bestimmte Person im Ermittlungsverfahren

Durch die frühzeitige Einführung eines falschen Namens in den Prozeß kann, wie bereits angedeutet, die behördliche Ermittlungstätigkeit in eine falsche Richtung gelenkt und damit die Gefahr einer sich kontinuierlich fortsetzenden Fehlentwicklung des gesamten Verfahrens begründet werden. Ob diese Folgen tatsächlich eintreten, ist ganz davon abhängig, auf welche Person die Untersuchungen zu Beginn des Verfahrens festgelegt werden, wer also im Einzelfalle die Beschuldigteneigenschaft erlangt.

Bevor dies im Hinblick auf die b e s o n d e r e n, in den einzelnen Fallgruppen zusammengefaßten Situationen überprüft wird, soll zunächst der noch wenig geklärten Frage nachgegangen wer-

den, zu welchem Zeitpunkt und durch welche Kriterien die Beschuldigteneigenschaft im Normalfall des geregelt ablaufenden Verfahrens begründet wird.

I. Zur Begründung der Beschuldigteneigenschaft im geregelt ablaufenden Verfahren

Die Strafprozeßordnung enthält zwar keine Definition des Beschuldigtenbegriffs, bedient sich aber in § 157 für bestimmte Verfahrensabschnitte (Erhebung der öffentlichen Klage und Eröffnung des Hauptverfahrens) zur Bezeichnung des Beschuldigten einer besonderen Kennzeichnung¹⁾ und läßt damit erkennen, daß es sich hier um einen Oberbegriff handelt, der - unabhängig vom jeweiligen Stadium des Verfahrens - für all jene Personen verwendet wird, gegen die ein Strafprozeß stattfindet.²⁾

Beim Versuch einer genaueren Fixierung dieses Begriffs bietet sich als erstes Kriterium der auf einer Person ruhende **V e r d a c h t** an. Er ist notwendige Voraussetzung und Grundlage jeder Be-

-
- 1) Mit Erhebung der öffentlichen Klage wird der Beschuldigte zum "Angeschuldigten", mit der Eröffnung des Hauptverfahrens zum "Angeklagten".
 - 2) Kleinknecht, § 157 Rdnr.4; Roxin, S.22; Artzt Kriminalistik 1970, 379; Peters, S.172ff.; Rogall, Diss. S.21 (mit einzelnen Beispielen zur uneinheitlichen Terminologie des Gesetzes in anderen prozessualen Situationen).

schuldigung. Anknüpfungspunkt kann hierbei allerdings nicht irgendein (u.U. noch recht vager) Verdacht sein, der den Kreis möglicher Beschuldigter gänzlich unübersehbar machen würde.¹⁾ Andererseits kann es sich aber auch nicht um den "hinreichenden Tatverdacht" i.S. des § 203 handeln, der die Wahrscheinlichkeit einer späteren Verurteilung voraussehen läßt oder gar um einen "dringenden Tatverdacht" (§§ 111a, 112), der in seiner Intensität noch über den hinreichenden hinausgeht.²⁾ Wird jemand aufgrund eines solchen Verdachts angeklagt oder verhaftet, dann ergeben sich ohnehin keine Bedenken gegen seine Eigenschaft als "Beschuldigter". Bei dem hier in Frage stehenden Verdacht kann es sich daher nur um den sog. "Anfangsverdacht"³⁾ oder "einfachen Tatverdacht"⁴⁾ handeln, der durch das Vorliegen "zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte" bestimmt wird (§§ 152 Abs. 2, 160 Abs. 1), also schon konkrete Formen angenommen haben muß⁵⁾, aber in seiner Intensität den letztgenannten noch nicht gleichkommt. Ob dem so bestimmten Verdacht jedoch eine über seine Funktion als erstem Anhaltspunkt hinausgehende weitere Bedeutung zukommt, insbesondere, ob er das letztlich alleinentscheidende Kriterium zur Bestimmung eines in den Stand des Beschuldigten Versetzten ist, erscheint zweifelhaft. Schon vom allgemeinen Sprachgebrauch her besteht

1) Rogall Diss., S. 23

2) Vgl. dazu Artzt Kriminalistik 1970, 379; Lüttger GA 105 (1957), 139ff.

3) Kleinknecht, § 153 Rdnr. 2

4) Geerds GA 1965, 327

5) Vgl. dazu Artzt aaO., S. 380; Kohlhaas NJW 1965, 1255; Rogall Diss., S. 23

ein Unterschied zwischen "verdächtigen" und "beschuldigen". Der Verdächtige mag zwar betroffen sein, in das Verfahren verstrickt ist er damit aber noch nicht ohne weiteres.¹⁾ Zudem ergäben sich, wollte man diesen Verdacht als das maßgebliche Kriterium werten, wenig sachgerechte praktische Konsequenzen: Die Polizei müßte dem Verdächtigen, an den sie sich lediglich zur Einholung näherer Auskünfte wendet, zunächst einmal eröffnen, daß ihm eine bestimmte Tat zur Last gelegt werde, und ihn des weiteren auf seine Rechte hinweisen, §§ 163a Abs.4, 136 Abs.1, S.2-4; die Staatsanwaltschaft wäre verpflichtet, gegen jeden als Verdächtigen Befragten das Verfahren förmlich einzustellen, § 170 Abs.1, S.2²⁾. Entscheidend gegen die Wertung des Verdachts als das die Beschuldigteneigenschaft bestimmende Merkmal spricht aber die aus dem Gesetz selbst zu entnehmende "qualitative Differenz"³⁾ zwischen diesen beiden Begriffen: Nach § 60 Nr.2 dürfen Personen, welche der den Gegenstand der Untersuchung bildenden Tat verdächtig sind, nicht verurteilt werden; gem. § 55 steht dem Zeugen ein Auskunftsverweigerungsrecht bzgl. solcher Fragen zu, deren Beantwortung ihn selbst (bzw. einen Angehörigen) der Gefahr der Strafverfolgung aussetzen würde. Damit können zum Kreise der Verdächtigen also auch Zeugen gehören, deren Rolle aber mit der eines Beschuldigten gänzlich unvereinbar ist; kein Beschuldigter kann Zeuge in eigener Sache sein.⁴⁾ So mag der Tatverdacht zwar den "Begriffskern"⁵⁾ der Be-

1) Jung, S.74

2) Vgl. dazu v.Gerlach NJW 1969,776

3) Jung, S.74 Fußn.117

4) Vgl. Artzt Kriminalistik 1970,379ff.; Rogall Diss., S.21ff.; Roxin, S.133; Eb.Schmidt II, vor § 48 Erl.3; Walder, S.54; RGSt 6,280; BGHSt 10,10 m.w.Nachw.

5) Vgl. Rogall aaO., S.22 m.w.Nachw.

schuldigteneigenschaft bilden; darüberhinaus stellt er jedenfalls für sich allein kein geeignetes Kriterium zur näheren Fixierung dar. Es muß also eine weitere Voraussetzung hinzukommen, die den Betreffenden aus dem Kreise der sonst Verdächtigen heraushebt und ihm dadurch die mit der Rolle eines Zeugen unverträgliche Stellung des Beschuldigten verleiht.¹⁾ Diese ist dann zu bejahen, wenn aufgrund des bestehenden Tatverdachts die Ermittlungen sich von vornherein oder - im Falle zunächst gegen Unbekannt durchgeführter Untersuchungen - in ihrem weiteren Verlaufe auf eine bestimmte Person hin konzentrieren. Dieses täterbezogene, d.h. wegen einer ganz bestimmten Tat gegen eine individuell bestimmte Person gerichtete Vorgehen²⁾, von dem der Verfolgte allerdings keine Kenntnis zu haben braucht, leitet das Verfahren "vom erforschenden in das anschuldigende Stadium"³⁾ über. Der Betreffende wird zum Objekt staatlicher Strafverfolgung⁴⁾ und damit in die Rolle eines Sich-Verteidigenden gedrängt.⁵⁾ Erst diese auf ihn als den mutmaßlichen Täter sich konzentrierenden Ermittlungen begründen seine Beschuldigteneigenschaft. Daraus folgt zugleich, daß es

1) v.Gerlach NJW 1969,777; BGHSt 10,10

2) Peters, S.172; BGH GA 1961,239

3) v.Gerlach aaO., S.780 m.w.Nachw.

4) v.Gerlach aaO., S.777; Rogall Diss., S.22; Walder, S.53; Henkel, S.169; Zipf, S.56

5) Devlin (S.31) spricht in diesem Zusammenhang von einer "Kriegserklärung", durch die zu erkennen gegeben werde, daß der Betroffene nicht mehr als neutraler Staatsbürger, sondern von nun an als Gegner zu gelten habe. Diese Formulierung mag für das angelsächsische Strafverfahren zutreffen. Im deutschen Strafprozeß hingegen, der alle am Verfahren beteiligten staatlichen Organe zur Erforschung der materiellen Wahrheit und damit auch die Staatsanwaltschaft zur Unparteilichkeit und Objektivität verpflichtet - diese hat z.B. nach § 160 Abs.2 neben den belastenden auch die ent-

bei den rein tatbezogenen, gegen Unbekannt gerichteten Ermittlungen (noch) an einem Beschuldigten fehlt.¹⁾

Bedeutend schwieriger als die Bestimmung der die Beschuldigteneigenschaft kennzeichnenden Kriterien ist die Feststellung ihrer zeitlichen Grenzen. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Anfangszeitpunkt, dem schon ganz allgemein eine herausragende Bedeutung zukommt, weil er darüber entscheidet, ab wann jemand in die Rechts- und Pflichtenstellung eines Beschuldigten mit allen daraus folgenden Konsequenzen einrückt.²⁾ Im Rahmen dieser Untersuchung ist seine Fixierung im besonderen für die Behandlung jener Fallgestaltungen unentbehrlich, in denen z.B. infolge eines Namensmißbrauchs oder des Vorschiebens eines Strohmannes die Ermittlungen von der bisher eingeschlagenen Richtung abgelenkt und in eine andere hingelenkt werden.

Für die Situation, daß gesetzliche Anhaltspunkte überhaupt fehlen,³⁾ ist die Bestimmung des Anfangs-

lastenden Umstände zu ermitteln - ist sie fehl am Platz und sollte deshalb nicht übernommen werden. (Zum Prinzip der materiellen Wahrheit vgl.i.e. Eb.Schmidt I, Rdnr.363ff.)

1) Rogall Diss., S.23/24 m.w.Nachw.; a.A. Eb.Schmidt II, § 97, Erl.8 und § 99 Erl.2 (mit Hinw. auf RGSt 50,241).

2) Vgl. dazu Rogall Diss., S.25

3) Die Beschuldigteneigenschaft beginnt jedenfalls dann, wenn ein Beschuldigter als solcher zur Vernehmung geladen wird (§§ 133ff., 161, 163a - nach Nr.35 RiStBV soll die Ladung erkennen lassen, daß er als Beschuldigter vernommen werden soll). Diese Feststellung läßt sich gleichfalls treffen, wenn gegen einen Verdächtigen Maßnahmen nach den §§ 81 ff. getroffen werden; ferner bei einigen Zwangsmaßnahmen wie der Vorläufigen Festnahme (§ 127) und der Verhaftung (§§ 112ff.). Durch eine Beschlagnahme (§§ 94ff.), die auch gegenüber Zeugen zulässig ist oder eine Durchsuchung nach § 102, die bei allen im weitesten Sinne Verdächtigen vorgenommen werden kann, wird die Beschuldigteneigenschaft hingegen nicht ohne weiteres begründet. Vgl. dazu v.Gerlach NJW 1969,779 (Fußn.

zeitpunktes Gegenstand verschiedener, i.e. umstrittener Lösungsversuche geworden:¹⁾

Ausgehend davon, daß die Staatsanwaltschaft "Herrin" des Vorverfahrens ist und somit allein darüber entscheidet, welche Person zu welchem Zeitpunkt als einer strafbaren Handlung Verdächtiger verfolgt und in die Stellung des Beschuldigten versetzt werden soll, wird zum Teil ihrer Willensentscheidung ganz erhebliches Gewicht beigemessen.²⁾

Diese Willensentschließung kann aber nicht das alleinentscheidende Kriterium sein. Denn dann würde, worauf v.Gerlach³⁾ zutreffend hinweist, die Beschuldigteneigenschaft letztlich davon abhängen, ob der jeweilige Beamte seinen aus dem Legalitätsprinzip folgenden Verpflichtungen auch tatsächlich nachkommt. Es könnte also jemand, den der Beamte - unter Überschreitung des ihm eingeräumten Spielraums der Selektion - zum Beschuldigten zu machen willkürlich unterläßt,⁴⁾ schon allein deshalb nicht zum Beschuldigten werden.⁵⁾ Zuzustimmen ist auch Rogall,⁶⁾ der eine weitere Schwäche

1) Eingehend zu diesem Problemkreis: Artzt Kriminalistik 1970, 379ff.; v.Gerlach NJW 1969, 779; Rogall Diss., S.20ff.; Kohlhaas NJW 1965, 1254ff.

2) Kleinknecht Einl., Rdnr.75ff.; Artzt Kriminalistik 1970, 380; Jung, S.74; Walder, S.53; Zipf, S.107; BGHSt 10,8.

3) aaO.

4) Zur Vornahme dieser Maßnahme sind die Ermittlungsbeamten nach pflichtgemäßem Ermessen gehalten, sobald "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte" (§ 152 Abs.2) den Verdacht einer strafbaren Handlung ergeben. Jung (S.74) nennt deshalb den gesamten Vorgang der Begründung der Beschuldigteneigenschaft das "Produkt eines Zuschreibungsprozesses".

5) v.Gerlach aaO.

6) Diss., S.26

dieser Theorie darin sieht, daß - da der Anfangszeitpunkt der Rechts- und Pflichtenstellung des Beschuldigten allein dem subjektiven Empfinden des Ermittlungsbeamten anheimgestellt wird - dies eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich bringt, da nicht jede ungleichmäßige Verfolgungspraxis zu einem durch § 258 StGB sanktionierten Verstoß gegen das Legalitätsprinzip führt.

Es ist deshalb versucht worden, die Bestimmung des Anfangszeitpunktes der Beschuldigteneigenschaft anhand objektiver Kriterien zu treffen. Einen Ansatzpunkt könnte die Lage des Verfahrens bieten, wie sie sich nach außen hin darstellt. Dieser Gedanke liegt den Ausführungen v.Gerlachs¹⁾ zugrunde. Seiner Ansicht nach muß aus der Sicht eines "objektiven Beobachters" darüber entschieden werden, ob die Konkretisierung des Verdachts einen solchen Grad erreicht hat, daß der Verdächtige vernünftigerweise als der wahrscheinliche Täter angesehen werden muß. Sei dies der Fall, so rückt er **a u t o m a t i s c h** in die Beschuldigtenstellung ein.

Dem ist zunächst entgegenzuhalten, daß nicht ersichtlich wird, wie die Lage des Verfahrens beschaffen sein muß, um die Feststellung der eingetretenen Beschuldigteneigenschaft treffen zu können.²⁾ Völlig unklar aber ist und bleibt die Figur des "objektiven Beobachters". Sicherlich wäre es wünschenswert, würde eine solche Person existieren; tatsächlich aber handelt es sich wohl um ein Fantasiegebilde, und Artzt³⁾ fragt daher zu Recht, wo und wer denn dieser Betreffende sei, wenn etwa "Staatsanwalt

1) NJW 1969,779; vgl. auch Geerds GA 1965, 321ff.

2) Rogall Diss., S.27

3) Kriminalistik 1970,381

und Richter verschiedener Meinung sind - jeder vernünftigerweise und objektiv natürlich." Auch dieser Lösungsversuch führt mithin im Ergebnis nur wenig weiter, und das gerade im Stadium des Übergehens von den tat- zu den täterbezogenen Ermittlungen gegebene "Dilemma" der Abgrenzung¹⁾ bleibt unverändert bestehen.

Einen Weg zu seiner Überwindung könnte aber die Vorschrift des § 397 Abs.1 AO (1977) weisen. Der darin enthaltene Rechtsgedanke ist bereits Gegenstand verschiedener Ansätze zur Lösung des vorliegenden Problems gewesen²⁾ und in neuerer Zeit von Rogall³⁾ wieder aufgegriffen und weiterverfolgt worden. Nach dieser steuerrechtlichen Bestimmung ist "das Strafverfahren eingeleitet, sobald die Finanzbehörde, die Polizei, die Staatsanwaltschaft, einer ihrer Hilfsbeamten oder der Strafrichter eine Maßnahme trifft, die erkennbar darauf abzielt, gegen jemanden wegen einer Steuerstraftat strafrechtlich vorzugehen." Hier wird zunächst deutlich ausgesprochen, daß - unabhängig von der jeweiligen Lage des Verfahrens oder dem Stand der Ermittlungen - erster Anhaltspunkt für die Begründung der Beschuldigteneigenschaft eine **M a ß n a h m e** der Behörde sein muß. Daraus ist zu entnehmen, daß eine reine Sachverhaltserforschung wie auch die Ermittlungen gegen Unbekannt nicht ausreichend sein können.⁴⁾ Durch das Erfordernis der **E r k e n n b a r k e i t** wird darauf hingewiesen, daß die Maßnahme **o b j e k t i v** auf

1) Vgl. Artzt Kriminalistik 1970,380,381; Fincke NJW 1969,1014; v.Gerlach NJW 1969,781

2) Vgl. dazu Zipf (1.Aufl.), S.108.(In der 2.Aufl. wird dieser Gedanke nicht wieder aufgegriffen.) Zum Ordnungswidrigkeitenverfahren vgl. Göhler, vor § 59 Anm.3.

3) Diss., S.27ff.

4) Rogall aaO.

eine Strafverfolgung abzielen muß,¹⁾ und es mithin nicht allein auf die Willensentschließung der Strafverfolgungsorgane ankommen kann.²⁾ Im Gegensatz zu dem zuvor erörterten Lösungsversuch bezieht sich diese objektiv zu bestimmende Erkennbarkeit hier aber weder auf die momentane Lage des Verfahrens, noch setzt sie einen "objektiven Beobachter" voraus, der über sie zu entscheiden hätte. Sie bezieht sich vielmehr auf eine k o n k r e t e Strafverfolgungsmaßnahme, die äußerlich erkennbar (eindeutig) darauf abzielt, ein Strafverfahren gegen den Verdächtigen herbeizuführen.³⁾

Es kann nicht geleugnet werden, daß auch die Anwendung des in § 397 Abs.1 AO enthaltenen Rechtsgedankens im Ergebnis zu keiner restlosen Klärung und befriedigenden Lösung führt. Solange aber der Gesetzgeber den Zeitpunkt, zu dem jemand zum Beschuldigten wird, nicht durch einen formellen Akt ähnlich der Anklageerhebung geregelt hat - das wäre die rechtspolitisch sinnvollste Möglichkeit einer Klärung⁴⁾ - erscheint der aufgezeigte Weg noch als der am ehesten gangbare.⁵⁾ Es bestehen auch keine

1) Kohlmann, § 397 AO Rdnr.14

2) Rogall Diss., S.28 m.w.Nachw.

3) Rogall Diss., S.29 m.w.Nachw.; Kohlmann § 397 AO, Rdnr.13ff.

4) Vgl. Jung, S.74, der allerdings - ohne auf den Rechtsgedanken des § 397 Abs.1 AO einzugehen - der "subjektiven", auf die Willensentschließung der Staatsanwaltschaft abstellenden Betrachtungsweise folgt.

5) Geregelt ist ein solches Verfahren z.B. in der StPO der DDR von 1968 (§ 98). Sie verlangt für die Begründung der Beschuldigteneigenschaft eine schriftliche, begründete Verfügung über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens.

Bedenken gegen seine Übernahme in das allgemeine Strafverfahren, da § 397 Abs.1 AO mit der Regelung des Beginns der Beschuldigteneigenschaft neben spezifisch steuerrechtlichen Fragen auch ein Problem allgemeiner Natur zu bewältigen sucht.¹⁾ Danach bleibt festzuhalten, daß Beschuldigter derjenige ist, gegen den wegen eines auf k o n k r e t e Tatsachen gestützten Verdachts die Strafverfolgung als V e r a n t w o r t l i c h e n betrieben wird. Die Beschuldigteneigenschaft beginnt, wenn gegen eine Person M a ß n a h m e n getroffen werden, die e r k e n n b a r darauf abzielen, gegen sie strafrechtlich vorzugehen (§ 397 Abs.1 AO).

Weniger Probleme als die Festlegung des Beginns der Beschuldigteneigenschaft wirft ihre bisher noch unerwähnt gebliebene Beendigung auf. Diese ist jedenfalls dann anzunehmen, wenn die Beschuldigung sich "erledigt". 2) Eine solche Erledigung kann einmal durch Einstellung des Verfahrens seitens der Staatsanwaltschaft (§ 170 Abs.2) eintreten, auch wenn dieser Maßnahme keine Rechtskraft zukommt. 3) Zum anderen endet die Beschuldigteneigenschaft mit dem rechtskräftigen Abschluß des Erkenntnisverfahrens, da mit ihm das Ziel der Strafverfolgungsmaßnahmen gegen den Betroffenen erreicht ist. 4)

1) Dazu i.e. mit ausführlicher Begründung Rogall Diss., S.29ff.

2) Jung, S.74

3) Vgl. dazu i.e. Jung aaO.

4) Rogall Diss., S.24; v.Gerlach NJW 1969,778;
OLG Hamm NJW 1974,915

II. Anwendung der gewonnenen Kriterien zur Bestimmung des Beschuldigten bei unter falschem Namen durchgeführten Ermittlungen

1. Die Täuschungsfälle

a. Der Täter handelt unter falschem Namen

Im Vordergrund stehen zunächst jene Fälle, in denen der Täter einen zwar falschen, aber auf keine andere Person hinweisenden Namen verwendet und mit diesem Vorgehen auch nicht bezweckt, sich dem Verfahren zu entziehen.

Sofern - z.B. bei einem Betreffen auf frischer Tat - spontan irgendein frei erfundener Name angegeben wird oder der Täter sich mit gefälschten Personalpapieren ausweist, die nur zur Verwendung in bestimmten Situationen dienen sollen, liegt neben der Namenstäuschung sicherlich zugleich eine Täuschung über die Identität des Betreffenden vor. Beim Gebrauch eines zum Zwecke des Untertauchens angenommenen und seither stets benutzten Decknamens läßt sich zwar ebenfalls eine Namenstäuschung feststellen; ob dieses Verhalten aber gleichfalls als Identitätstäuschung zu werten ist, könnte Zweifeln unterliegen, da der Name durch ständigen Gebrauch zu einem Identitätsmerkmal dieser Person in ihrem neuen Lebensbereich geworden ist. In diesem Zusammenhang muß aber auch berücksichtigt werden, daß - abgesehen von den hier allerdings nicht interessierenden Fällen, in denen eine Einstellung des Verfahrens ohnehin zu erwarten ist - die Ermittlungen sich über die Sachverhaltserforschung

hinaus auch auf solche Umstände erstrecken werden, die "für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat von Bedeutung sind" (§ 160 Abs.3). Diese Rechtsfolgeumstände betreffen die Täterpersönlichkeit und die Umstände, die zur Tat geführt haben.¹⁾

So kann es erforderlich sein, u.a. Nachforschungen über das Vorleben dieser Person anzustellen (vgl. § 46 Abs.2 StGB) und hierbei auch zu prüfen, ob sie sich eventuell gegebene frühere Verurteilungen "nicht hat zur Warnung dienen lassen"

(§ 48 Abs.1 StGB). Zu diesem Zweck bedarf es z.B. der Feststellung von Eintragungen im Bundeszentralregister. Durch den Gebrauch eines Decknamens kann die Ermittlung solcher in der Vergangenheit liegender, für das weitere Verfahren jedoch bedeutsamer Umstände verhindert werden.

Greifen die Ermittlungsbehörden aber im Rahmen ihrer Nachforschungen auch nur t e i l w e i s e ins Leere, so kann das Vorliegen einer Identitätstäuschung im Ergebnis auch hier nicht verneint werden.²⁾

Dennoch besteht in all diesen Fällen zumindest nicht die Gefahr, daß die Untersuchungen auf ein

1) Vgl. dazu Kleinknecht, § 160 Rdnr.17ff.

2) Die gleiche Problematik taucht u.a. im Bereich des materiellen Strafrechts bei der Urkundenfälschung (§ 267 StGB) auf. Dort erfordert die Modalität des "Herstellens einer unechten Urkunde", daß über die I d e n t i t ä t des Ausstellers und nicht nur über seinen Namen getäuscht wird. Eine bloße Namenstäuschung ist gegeben, wenn jemand z.B. einen Decknamen angenommen hat,

falsches Bezugssubjekt festgelegt und damit eine Fehlorientierung des gesamten weiteren Verfahrens eingeleitet wird. Der unter falschem Namen Auftretende wird, sobald eine gegen ihn gerichtete strafrechtliche Verfolgung einsetzt, zum Beschuldigten - mag er auch seinen Angaben entsprechend falsch bezeichnet sein.¹⁾

Eine ganz andere Situation kann sich dann ergeben, wenn der Name eines existierenden **D r i t t e n** in das Verfahren eingeführt wird. Da die vom Täter gewählte Bezeichnung auf eine von ihm verschiedene Persönlichkeit hinweist, besteht hier erstmals die Möglichkeit, daß die Ermittlungen von der richtigen Person abgelenkt und auf eine andere Person hingelenkt werden. Diese näheren Umstände des Ermittlungsverfahrens können weitgehend vom Täter mitbeeinflusst werden. Hier sollen zunächst jene Fallgestaltungen überprüft werden, in denen er mit seinem Vorgehen nicht bezweckt, den wirklichen Namensträger in ein Strafverfahren zu verstricken,

unter dem er in seinem gegenwärtigen Lebensbereich identifiziert wird und unter dem er a l l e Geschäfte abwickelt; ferner, wenn das Auftreten unter falschem Namen ausschließlich der Wahrung des Inkognitos dient und nicht die Gefahr begründet, daß der Vertragspartner in einer konkreten Beweissituation ins Leere greift. Eine Identitätstäuschung ist hingegen dann anzunehmen, wenn der Gebrauch einer falschen Bezeichnung die Möglichkeit offenhalten soll, sich der Inanspruchnahme aus der urkundlich geschlossenen vertraglichen Verpflichtung durch den Einwand zu entziehen, mit dem Unterzeichner nicht identisch zu sein. Vgl.dazu i.e. Wessels BT-1, § 18 III 1a; Sch-Sch-Cramer § 267, Rdnr.50.

- 1) Mit Rücksicht auf die mögliche Außerachtlassung rechtsfolgenrelevanter Tatsachen soll in diesen Fällen der Satz "falsa demonstratio n o n n o - cet" nicht übernommen werden.

sondern sich diesem - wenn auch unter falschem Namen - selbst zur Verfügung zu halten.

In diesen Fällen ist einmal zu berücksichtigen, daß die Person des Täters in die Untersuchungen einbezogen wird. Andererseits könnte dem Umstand Bedeutung zukommen, daß die Ermittlungen unter dem Namen des Dritten durchgeführt werden: Registerauskünfte werden unter seinem Namen angefordert, möglicherweise ergehende Ladungen zu Vernehmungen lauten auf ihn. Auch wenn es dem Täter gelingt - und dies ist notwendige Vorbedingung für eine erfolgreiche Durchführung seines Vorhabens - Ladungen abzufangen, Vernehmungen unter dem Namen des Dritten über sich ergehen oder sich eventuell sogar unter dessen Namen verhaften zu lassen, so wird der wirkliche Namensträger doch ebenfalls "betroffen". Es erscheint allerdings fraglich, ob er damit auch in das Verfahren "verstrickt" ist. Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es der Klärung, wann das Verfahren hier seine entscheidende Richtung genommen und ob es diese in der Folge beibehalten hat. Dabei ist zu differenzieren: Bei einem Betreffen auf frischer Tat wird die Strafverfolgung von vornherein gegen den festgestellten Täter als Verantwortlichen betrieben und dieser hierdurch in die Rolle des Beschuldigten gedrängt. Die Angabe eines falschen Namens ist insoweit unerheblich, denn nicht der Name, sondern die Person wird hier beschuldigt. Entsprechend kann gesagt werden, daß die bloße namentliche Einbeziehung eines Dritten in das bereits auf eine bestimmte Person fixierte Verfahren ohne weitere Bedeutung sein muß. Werden die Ermittlungen zunächst gegen Unbekannt (=tatbezogen) geführt, so nimmt das Verfahren dann

seine entscheidende Richtung, wenn gegen eine bestimmte Person Maßnahmen getroffen werden, die äußerlich erkennbar in der Absicht erfolgen, gegen sie strafrechtlich vorzugehen. War von ihr (als bis dahin nur Verdächtigem bzw. verdächtigem oder unverdächtigem Zeugen) ein falscher Name angegeben und Einsicht in das Strafregister des wirklichen Namensträgers genommen worden, so tritt diese namentliche Einbeziehung des Dritten gegenüber der späteren Festlegung des Verfahrens auf die Person des wirklichen Täters in den Hintergrund. Werden erst danach Auskünfte eingeholt bzw. Maßnahmen unter dem Namen des Dritten getroffen, so berührt dies wiederum nicht die bereits zuvor erkennbar gewordene Beschuldigung der richtigen Person.

Die Gefahr einer Fehlorientierung des Verfahrens ist erheblich größer, wenn der Täter sich diesem durch die falsche Namensangabe entziehen und es darüberhinaus auf einen Dritten hinlenken will. Hier sind verschiedene Möglichkeiten in Betracht zu ziehen:

Gibt der Täter als bislang nur Verdächtiger oder als Zeuge den Ermittlungsbeamten gegenüber einen falschen Namen an und entzieht er sich daraufhin den weiteren Untersuchungen, so wird er selbst niemals zum Beschuldigten. In diese Rolle kann nun aber der wirkliche Namensträger geraten, wenn die Untersuchungen einen konkreten Tatverdacht ergeben und die Behörden infolge des Mißbrauchs seines Namens auf ihn zugreifen. Weist er eine äußere Ähnlichkeit mit dem wirklichen Täter auf ("Doppelgänger"), und kann er nicht alsbald ein zweifelsfreies Alibi nachweisen, wird es ihm kaum gelingen, den Sachverhalt klarzustellen. Werden daraufhin Maßnahmen

getroffen, die ihn in die Rolle des Beschuldigten gelangen lassen, dann ist das Verfahren von vornherein auf eine falsche Person festgelegt, und es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß es sich auch in der Folge an ihr orientieren wird.

Des weiteren kann der Fall gegeben sein, daß ein Täter sich dem Verfahren entzieht, nachdem er bereits (unter dem Namen eines Dritten) beschuldigt wurde. Hält die Ermittlungsbehörde weitere Untersuchungen für erforderlich, so besteht nunmehr die Gefahr, daß bei ihrer Durchführung gegen den bis auf die bloße namentliche Einbeziehung bislang unbeteiligten Dritten vorgegangen wird und diesem eine Klärung des wahren Sachverhaltes nicht gelingt. Zwar endet damit keineswegs die Beschuldigtenstellung des Täters;¹⁾ werden aber (weitere) Strafverfolgungsmaßnahmen gegen den D r i t t e n betrieben, so begründet dies seine Beschuldigteneigenschaft und führt damit zu dem Ergebnis, daß nunmehr - ohne daß die Ermittlungsbehörde sich dessen bewußt ist - zu dem ursprünglich beschuldigten Täter ein weiterer Beschuldigter hinzugekommen ist. Mit der Festlegung auf dieses "Bezugssubjekt" ist auch hier eine Fehlentwicklung des gesamten weiteren Prozesses eingeleitet.

b. Ein Dritter handelt unter falschem Namen

Übernimmt ein Strohmann bereits frühzeitig die Rolle des Täters, um diesen während des gesamten Verfahrens zu "vertreten", so kann auch ein solches Vorgehen

1) Zur Beendigung der Beschuldigteneigenschaft
s.o. S.41

zu unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich der Ausrichtung des Verfahrens führen:

Erfolgt der Rollentausch bereits zu einem Zeitpunkt, da die Ermittlungen noch gar nicht eingeleitet sind,¹⁾ wird das Verfahren von vornherein ausschließlich auf den Strohmann festgelegt. Handelt er unter dem Namen des Täters, so ist dessen bloße namentliche Einbeziehung in diesen Fällen ebenso unerheblich wie die eines unbeteiligten Dritten, dessen Name mißbraucht, der aber i.ü. nicht persönlich irgendwelchen Strafverfolgungsmaßnahmen ausgesetzt wird.

Dieselbe Folge tritt ein, wenn der Täter sich im Verlaufe noch gegen Unbekannt geführter Ermittlungen eines Strohmannes versichert und dieser dann im Stadium des Übergangs von den tat- zu den täterbezogenen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörde gegenüber unter dem Namen des Täters auftritt.

Übernimmt der Strohmann seine Rolle hingegen erst nach bereits erfolgter Beschuldigung des T ä t e r s, so kann er, falls weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen ihn als die vermeintlich mit dem zuvor bereits Verfolgten identische Person getroffen werden, n e b e n diesem zum Beschuldigten werden.

Problematisch kann die Bestimmung des Beschuldigten dann sein, wenn der Täter zwar nicht auf frischer Tat betroffen wird, andererseits aber Spuren hinterläßt, die auf seine Person hindeuten - z.B. am Tatort irgendwelche Papiere verliert - und den auf diese Weise an seinen Namen gekommenen Ermittlungsbeamten später ein Strohmann nach entsprechender Vereinbarung mit dem Täter als der in

1) Vgl.dazu das auf S.16 gebildete Beispiel (Rollentausch nach einem Verkehrsunfall)

den Papieren Bezeichnete gegenübertritt. Fraglich ist, ob hier bereits das Vorfinden der Papiere oder erst das persönliche Zusammentreffen mit deren vermeintlichem Inhaber das Verfahren in die entscheidende Richtung lenkt. Das Auffinden von Papieren am Tatort kann deren Inhaber nun zwar als Täter oder Teilnehmer der begangenen Tat verdächtig erscheinen lassen. Doch abgesehen davon, daß der gegen eine Person gerichtete Verdacht allein (unabhängig von seiner jeweiligen Stärke) ohnehin nichts über ihre prozessuale Stellung aussagt,¹⁾ könnte es je nach den Umständen des Einzelfalles keineswegs immer völlig ausgeschlossen werden, daß es sich um verlorene oder sonstwie abhandengekommene Papiere eines Unbeteiligten handelt, die sich nur zufällig an dieser Stelle wiederfinden. Denkbar wäre auch, daß der Täter die Papiere eines Dritten in Besitz hatte und am Tatort verlor oder eventuell sogar in der Absicht hinterließ, die Ermittlungen in eine falsche Richtung zu lenken. Die Ermittlungsbeamten werden in jedem Falle diesen Anhaltspunkt nutzen und die in den Papieren bezeichnete Person aufsuchen. Dies muß aber noch keineswegs bedeuten, daß der Betreffende die Rechtsstellung eines Beschuldigten innehat: Selbst wenn eine Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume sowie der Person des Betreffenden (sog. "Ermittlungsdurchsuchung", § 102) zum Zwecke der Auffindung von Beweismitteln durchgeführt wird, sagt das allein noch nichts Entscheidendes aus.²⁾ Hierdurch kann nun allerdings eine Beschuldigung ermöglicht wer-

1) s.o. S.32ff.

2) Vgl. v.Gerlach NJW 1969,779 (FuBn.35); Klein-knecht § 102, Rdnr.1; Eb.Schmidt II, § 102 Erl.8; Rogall Diss.S.25

den, und sie läßt sich d a n n sicher feststellen, wenn anschließend Strafverfolgungsmaßnahmen durchgeführt werden (z.B. Vernehmungen, die sich erkennbar darauf konzentrieren, den Betroffenen zu überführen, Festnahme und / oder Ergreifen von Maßnahmen nach den §§ 81ff.)¹⁾ Wann also das Verfahren seine entscheidende Richtung nimmt, kann im Hinblick auf die Verschiedenheit der i.e. vorstellbaren Situationen nicht allgemein beantwortet werden; für die hier in Frage stehenden Fälle ergeben sich die folgenden Möglichkeiten:

War der Täter selbst noch nicht beschuldigt und tritt den Ermittlungsbeamten nunmehr ein Strohhalm unter seinem Namen entgegen, so führen gegen ihn ergriffene Strafverfolgungsmaßnahmen zur Begründung seiner Beschuldigteneigenschaft. Die Untersuchungen (wie auch alle weiteren im Verfahren getroffenen Maßnahmen) beziehen sich damit auf ein falsches Bezugssubjekt. Sollte der Täter jedoch zuvor bereits selbst zum Beschuldigten geworden sein, so wird im Falle des Ergreifens von Maßnahmen gegen den Strohhalm auch dieser in die Rolle des Beschuldigten gedrängt. Das ursprünglich an der richtigen Person orientierte Verfahren verlagert sich damit auf ein falsches Bezugssubjekt.

2. Die anderen Fehlerquellen

Gelangt infolge eines Hör- oder Schreibfehlers ein falscher Name in die Akten, so mag dies zwar im Falle der Nichtaufdeckung dazu führen, daß vielleicht vorhandene (u.U. rückfallbegründende) Vorstrafen außer Betracht bleiben. Auf die Begründung der Be-

1) Vgl. Rogall Diss., S.29

schuldigteneigenschaft dieser Person aber hat das keinerlei Auswirkungen; die Untersuchungen werden auf das richtige Bezugssubjekt festgelegt.

III. Zusammenfassung

Die in diesem Abschnitt getroffenen Feststellungen zur Bestimmung des Beschuldigten bei unter falschem Namen durchgeführten Ermittlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Verwendet der Täter einen falschen, aber auf keine andere Person hinweisenden Namen, so begründet dies zwar die Gefahr, daß Nachforschungen bezüglich anderer, über die Frage seiner Beziehung zu einem ganz bestimmten Vorwurf hinausgehender und für das weitere Verfahren vielleicht bedeutsamer Umstände ins Leere gehen; eine Fehlorientierung des gesamten Prozesses durch seine frühzeitige Festlegung auf ein falsches Bezugssubjekt aber ist in diesen Fällen ausgeschlossen: Der Täter wird zum (richtigen) Beschuldigten; seine falsche Bezeichnung ist insoweit ohne Bedeutung. Dies trifft auch dann zu, wenn ihm ohne eigene Veranlassung ein falscher Name zugeordnet und dieser Umstand nicht aufgedeckt werden sollte.

Das Verfahren wird hingegen von Anfang an auf die falsche Person festgelegt, wenn ein bislang noch nicht beschuldigter Täter unter dem Namen eines existierenden Dritten auftritt, weiteren Ermittlungen ausweicht und daraufhin der wirkliche Namensträger Strafverfolgungsmaßnahmen ausgesetzt und hierdurch in die Rolle des Beschuldigten gedrängt wird. Dieselben Folgen treten ein, wenn vor

Beschuldigung des Täters ein Strohhalm in das Verfahren eintritt und die Ermittlungsbehörde ihn als den vermeintlich Verantwortlichen beschuldigt.

Schließlich kann während des Ermittlungsverfahrens **n e b e n** dem bereits selbst beschuldigten Täter noch zusätzlich eine weitere Person die Beschuldigteneigenschaft erlangen, wenn die Ermittlungen irrtumsbedingt gegen einen mit ihm nicht identischen Dritten **f o r t g e s e t z t** werden.

B. Anhang: Bestimmung der erforderlichen Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes im Verlauf des Ermittlungsverfahrens

Wurde der Täter im Hinblick auf seine Beziehung zu einem bestimmten Vorwurf zutreffend individualisiert und lediglich falsch bezeichnet, so genügt eine Namensberichtigung; das an seiner Person orientierte Ermittlungsverfahren wird sodann unter dem richtigen Namen fortgeführt.¹⁾

Wurde ein Dritter infolge Mißbrauchs seines Namens in die Rolle des Beschuldigten gedrängt, muß das gegen ihn eingeleitete Verfahren nach Klärung des

1) Hatte der Täter einen falschen Namen angegeben und sich dabei mit gefälschten Personalpapieren ausgewiesen, wird die Ermittlungsbehörde ihre Untersuchungen auch auf das Vorliegen eines Urkundendelikts (§ 267 StGB) **erstrecken**. (Wurden keine falschen Papiere benutzt, liegt nur eine Ordnungswidrigkeit - Falsche Namensangabe gem. § 111 OWiG - vor.)

Sachverhaltes eingestellt werden.¹⁾ Dasselbe gilt in Bezug auf die Person eines Strohmannes, der unter dem Namen des Täters beschuldigt wurde.²⁾ War gegen den Täter selbst noch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet, so wird dies nunmehr unter seinem richtigen Namen geschehen. Waren die Ermittlungen bereits gegen ihn aufgenommen, werden sie gegen ihn allein f o r t g e f ü h r t.

-
- 1) Auch in diesem Fall wird gegen den Täter wegen des Vorliegens weiterer Straftaten ermittelt werden. Zu denken ist an § 164 StGB (Falsche Verdächtigung), § 145d Abs.2, Nr.1 StGB (Täuschung über den Beteiligten an einer rechtswidrigen Tat) und - falls Papiere des Dritten verwendet wurden - an § 281 StGB (Mißbrauch von Ausweispapieren). Wurde der Dritte in Haft genommen, kann noch eine Strafbarkeit gem. § 239 StGB (hier: Freiheitsberaubung in mittelbarer Täterschaft) in Betracht kommen.
- 2) Hier wird die Einleitung eines weiteren (neuen), gegen den Strohmann gerichteten Verfahrens unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Strafbarkeit nach § 145d Abs.2, Nr.1 StGB und § 258 StGB (Strafvereitelung) erwogen werden.

2. Kapitel

Die Anklageerhebung

Den folgenden Untersuchungen liegt die Annahme zugrunde, daß die Staatsanwaltschaft aufgrund der durchgeführten Ermittlungen einen hinreichenden Tatverdacht als gegeben ansieht und daraufhin die öffentliche Klage gem. § 170 Abs.1 durch Einreichung einer A n k l a g e s c h r i f t bei dem zuständigen Gericht erhebt.¹⁾

War bereits das vorangegangene Ermittlungsverfahren durch eine (unentdeckt gebliebene) Verwendung falscher Namen beeinflusst, so kann es in den verschiedenen Fallsituationen oftmals zweifelhaft sein, welche Person nunmehr durch die Anklageerhebung zum "Angeschuldigten" wird. Diesbezügliche Fragen können sich aber auch dann ergeben, wenn die Ermittlungen gegen eine zutreffend individualisierte Person unter ihrem richtigen Namen geführt wurden und erst später irrtumsbedingt eine falsche Bezeichnung in die Anklageschrift aufgenommen oder die Klage einer anderen Person gleichen Namens zugestellt wird. In der Literatur findet sich im Rahmen der Erörterung solcher und ähnlicher Fälle oftmals der Hinweis auf den von der Staatsanwaltschaft "Gemeinten".²⁾ Die zur Umschreibung dieser

1) Die anderen Formen der Erhebung der öffentlichen Klage (mündliche Anklage gem. § 212a Abs.2 im beschleunigten Verfahren nach §§ 212ff. und Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gem. §§ 407 Abs.1, 411 Abs.1) werden im folgenden nicht i.e. erörtert.

2) Lucas-Dürr, S.243; Eb.Schmidt I, Rdnr.290ff.; Peters, S.390; Kohlhaas JuS 1966, 281

Person gewählten Formulierungen sind teilweise recht mißverständlich. Vielfach bleibt unklar, um wen es sich dabei handeln soll - ob also maßgebend auf den **W i l l e n** der Staatsanwaltschaft oder auf das von ihr in der Anklageschrift **E r k l ä r t e** abzustellen ist.¹⁾ Es kann aber - und dies ist den folgenden Untersuchungen vor auszuschicken - immer nur das entscheidend sein, was nach außen hin erkennbar zum Ausdruck gebracht wird, nicht hingegen, was eigentlich zum Ausdruck gebracht werden sollte. Dieser (allgemeine) Grundsatz beansprucht umso mehr Geltung, je ausgedehnter der Kreis der Interessierten und je bedeutsamer die einzelne Handlung für den Rechtsverkehr ist.²⁾ Im Verfahrensrecht versteht sich danach die Hervorhebung **o b j e k t i v e r** Gesichtspunkte von selbst: "Alle von den Prozeßbeteiligten vorgenommenen Handlungen" sind deshalb "so zu nehmen, wie sie sich in ihrer offensichtlichen und allen anderen Beteiligten erkennbaren Gestalt geben. Soweit Prozeßhandlungen in Erklärungen bestehen, ist also das nach außen in die Erscheinung tretende Erklärte, nicht der dahinter stehende Wille maßgebend."³⁾ Der Sinn einer Erklärung kann zwar auch dann ohne weiteres klar erkennbar sein, wenn eine ungenaue oder falsche Ausdrucksweise gewählt wur-

1) Vgl. Eb.Schmidt I, Rdnr.290 ("tatsächlich gemeint"), Rdnr.293 ("in Wirklichkeit gemeint") und die mehrdeutige Formulierung in Fußn.517 zu Rdnr.293: "Wer angeklagt ist, das richtet sich danach, gegen wen die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren in **W a h r h e i t** **g e f ü h r t** und wen sie daher in der Anklage **g e m e i n t** hat."

2) Erman-H.Westermann, § 133 Anm.3 und 4 m.w. Nachw.

3) Eb.Schmidt I, Rdnr.206

de.¹⁾ Ergeben sich aber Zweifel am Sinn des Erklärten, so muß versucht werden, seinen o b j e k - t i v e n Sinn im Wege der Auslegung zu ermitteln.²⁾

Es ist demnach hier festzuhalten, daß nicht das von der Staatsanwaltschaft G e w o l l t e, sondern allein der objektive Gehalt ihrer Erklärung maßgebend ist und somit im folgenden nur darauf abgestellt werden kann, wer aus der Anklageschrift o b j e k t i v a l s g e m e i n t hervorgeht.³⁾

Zu welchen Ergebnissen dies bei der Verwendung falscher Namen führen kann, soll nunmehr anhand einzelner Beispielsfälle überprüft werden. Dabei wird zunächst an die bisher schon erörterten Fallgestaltungen angeknüpft und ihre Fortentwicklung in diesem Stadium des Verfahrens untersucht. Sodann werden die Auswirkungen der erst im Zusammenhang mit der Anklageerhebung neu hinzukommenden Fehlerquellen behandelt.

1) Vgl. dazu Eb.Schmidt I, FuBn.370 zu Rdnr.206; L-R-Schäfer Einl. Kap.10, Rdnr.18; BGHSt 7,165 und den Text des § 300, wonach z.B. ein Irrtum in der Bezeichnung des zulässigen Rechtsmittels unschädlich ist.

2) Eb.Schmidt I, Rdnr.206

3) Vgl. dazu auch Stammann, Diss. S.23ff.(30), der sich eingehend mit dieser Frage auseinandersetzt.

A. Die Bestimmung des Angeschuldigten in den Fällen
der bereits unter falschem Namen durchgeführten
Ermittlungen

Wurde bereits in das Ermittlungsverfahren ein falscher Name eingeführt, so stellt sich jetzt vor allem die Frage, ob die bisherige (an der Person des zu Recht oder zu Unrecht Beschuldigten orientierte) Ausrichtung unverändert fortbesteht oder ob die Erklärung der Staatsanwaltschaft objektiv auf eine von ihm verschiedene Person hinweist und diese damit an seiner Stelle zum Angeschuldigten werden läßt.

I. Der Täter handelt unter falschem Namen

An dieser Stelle sind zunächst jene Fallgestaltungen zu nennen, in denen der Täter unter einer ihm zwar nicht zustehenden, aber auf keine andere Person hinweisenden Bezeichnung (Deckname, Fantasiename usw.) auftritt:

So wie die Verwendung des falschen Namens bereits nicht die Gefahr einer Festlegung der Untersuchungen auf ein falsches Bezugssubjekt begründen konnte,¹⁾ ist auch die spätere Aufnahme dieser Bezeichnung in die Anklageschrift in keiner Weise geeignet, Zweifel an der Person des Angeschuldigten aufkommen zu lassen. Es ist eine bloße - fortgesetzte - Falschbezeichnung der im Hinblick auf einen bestimmten Vorwurf zutreffend individualisierten

1) s.o. S.43/44

Person festzustellen.

Problematisch kann die Bestimmung der Person des Angeschuldigten aber dann sein, wenn der Täter sich den Namen eines existierenden *D r i t t e n* zugelegt hatte. Erscheint dieser Name in der Anklageschrift, so wird damit zunächst einmal auf den wirklichen Namensträger hingewiesen. Allerdings ist hier von vornherein zu berücksichtigen, daß gerade bei der Angabe des Namens wie auch der übrigen im Anklagesatz enthaltenen Personalien am ehesten Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten auftreten können. Es muß daher auch der weitere Inhalt der Anklageschrift herangezogen werden. Besondere Bedeutung kommt dabei jenen Erklärungen zu, die tatsächliche Vorgänge wiedergeben, für die Aufnahme falscher Angaben weniger empfänglich sind und daher im Zweifel auch eher dem Willen des die Gesamterklärung Formulierenden entsprechen werden.¹⁾ Aus diesem Teil der Erklärung kann aber ein ganz anderer als der namentlich Genannte als der vom Anklagevorwurf Betroffene hervorgehen. In solchen Fällen einer möglichen Mehrdeutigkeit ist daher

1) Stammann Diss., S.23

Die falsche Angabe der Personalien muß zwar keineswegs immer wie hier vom Täter bewußt veranlaßt worden sein. War dies aber der Fall, so würde ein isoliertes Abstellen auf diese Angaben dazu führen, daß er es letztlich selbst in der Hand hätte, die Durchführung des Verfahrens zu verzögern bzw. seinen korrekten Ablauf in Frage zu stellen; vgl. Stammann Diss., S.20. (Zur Frage, inwieweit die Angabe falscher Personalien die Formgültigkeit einer Anklageschrift berührt: L-R-Meyer-Goßner § 200 Rdnr.8; Peters, S.386; Eb.Schmidt II, § 200 Erl.6 - entscheidend ist allein, daß die Identifizierung in i r - g e n d e i n e r geeigneten Weise erfolgt.)

jeweils im Wege einer Auslegung der gesamten Erklärung zu ermitteln, welches letztlich ihr objektiver Sinn ist, welche Person also bei den sich möglicherweise widersprechenden Einzelerklärungen als objektiv gemeint erkennbar wird und damit als Angeschuldigter zu gelten hat.

Es soll zunächst an die Fallgestaltungen angeknüpft werden, in denen der Täter mit der Verwendung des Namens *n i c h t* bezweckte, diesen in ein Strafverfahren zu verstricken, sondern sich dem Verfahren unter falschem Namen selbst zur Verfügung zu halten:

Im Rahmen der zur Bestimmung des Beschuldigten durchgeführten Untersuchungen hatte sich gezeigt, daß die bloße *n a m e n t l i c h e* Einbeziehung eines Dritten gegenüber dem persönlichen Zugriff auf den wirklichen Täter in den Hintergrund trat und die Ermittlungen damit auf das richtige Bezugssubjekt festgelegt wurden.¹⁾ Ob sich durch die auf den Namen des Dritten lautende Anklageschrift eine Veränderung ergeben und dieser nunmehr in das Verfahren verstrickt werden kann, hängt ganz von den Einzelumständen ab und ist jeweils anhand einer Prüfung von Fall zu Fall zu entscheiden.

Das Verfahren bleibt sicher dann an der Person des (zutreffend individualisierten) ursprünglichen Beschuldigten orientiert, wenn dieser sich nicht in Freiheit befindet. In einem solchen Fall ist der gegenwärtige Haft- oder Unterbringungsort und der Hinweis in die Anklageschrift aufzunehmen, ob er wegen dieser oder einer anderen Sache in Untersuchungshaft ist, ob er sich in Strafhaft befin -

1) s.o.S.45f.

det oder einstweilen untergebracht ist.¹⁾ Aufgrund eines derartigen Hinweises können keine Zweifel daran aufkommen, wer angeschuldigt werden soll: Entgegen den angegebenen Personalien geht allein diese bestimmte Person als objektiv gemeint aus der Erklärung hervor und ist damit als die vom Anklagevorwurf Betroffene identifiziert.

Aber auch wenn der Beschuldigte sich in Freiheit befindet, kann sich aus dem Gesamtinhalt der Anklageschrift ergeben, daß nur er - nicht der Träger des angegebenen Namens - als nunmehr Angeschuldigter in Betracht kommen kann. Solche Hinweise können sich bereits bei den Angaben zur Person finden, wenn nur der Name, nicht aber auch die übrigen Personalien (Beruf, Wohnort usw.) falsch angegeben wurden; des weiteren können die zur Klarstellung der Identität des bestimmten geschichtlichen Vorgangs im Anklagesatz enthaltene Schilderung der Tat, wie nicht zuletzt auch die Darstellung des ermittelten Tathergangs ("Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen") den bisherigen Beschuldigten als jetzigen Angeschuldigten objektiv erkennbar hervortreten lassen.²⁾ Das Verfahren richtet sich dann

1) Nr.110 Abs.4 RiStBV. Diese Angaben werden in der Praxis vielfach am Kopf der Anklageschrift an auffälliger Stelle vermerkt. Ob sie allerdings zum Anklagesatz gehören, ist umstritten, hier aber nicht weiter von Bedeutung (Für die Aufnahme dieser Tatsachen in den Anklagesatz z.B L-R-Meyer-Goßner § 200, Rdnr.6; KMR-Sax § 200, 3a (1) - a.A. etwa Kleinknecht, § 200 Rdnr.23)

2) Deuten diese Angaben nur auf den wirklichen Täter hin, so wird demgegenüber die im Falle der Verwendung a l l e r Personalien des Dritten gegebene Schilderung von d e s s e n persönlichen Verhältnissen in den Hintergrund treten. Vgl. dazu auch das Beispiel von Stammann Diss., S.21f.: "Der Kaufmann Hans Schmidt aus Gera wird wegen Betruges angeklagt, weil er in seiner Wechselstube am Holzmarkt einen Kunden ... betrogen hat." Hier geht aus der Anklageschrift eindeutig hervor, daß der I n h a b e r dieser Wechselstube angeschuldigt werden soll; die Angabe des falschen Namens ist demgegenüber ohne Bedeutung.

auch hier weiterhin an der Person des wirklichen Täters aus.

Die namentliche Einbeziehung des Dritten in die Anklageschrift kann aber dann zu anderen Ergebnissen führen, wenn der Täter auch die übrigen Personalien des Betreffenden (z.B. durch Vorlage von dessen Ausweispapieren) angegeben hatte und ihr weiterer Inhalt keine Hinweise enthält, die auf einen anderen als den so Bezeichneten hindeuten. In diesem Falle geht allein der wirkliche Namensträger aus der Klage als objektiv gemeint hervor und muß damit als Angeschuldigter angesehen werden.

Betrachtet man den bisherigen Verfahrensablauf, so ergibt sich, daß die Untersuchungen zwar auf die richtige Person festgelegt wurden, die Anklage aber nunmehr allein durch die Aufnahme der Personalien eines anderen auf diesen hin bezogen ist. Zum Angeschuldigten wird damit eine Person, gegen die bisher noch gar nicht ermittelt wurde; der im Ermittlungsverfahren Beschuldigte aber wird vom Anklagewortwurf überhaupt nicht betroffen.

Zu erörtern bleiben des weiteren die Fälle, in denen der Täter den Namen eines Dritten gerade zu dem Zweck mißbrauchte, sich selbst dem Verfahren zu entziehen und es darüberhinaus auf den Namens-träger hinzulenken.

Wurde der Täter selbst niemals zum Beschuldigten, weil die Ermittlungen von Anfang an allein gegen den Dritten als den (vermeintlich) Verantwortlichen betrieben wurden, so wird dieser nunmehr auch angeschuldigt. Nur er geht dann aus der gesamten Anklageschrift objektiv als gemeint hervor. Dieselbe Folge tritt auch dann ein, wenn zunächst

der wirkliche Täter unter falschem Namen beschuldigt wurde, weitere Ermittlungen sich sodann gegen den Dritten richteten und dieser hierdurch - weil die Ermittlungsbehörde die Personenverschiedenheit nicht bemerkte - (ebenfalls) in die Rolle des Beschuldigten gelangte.

Die im Ermittlungsverfahren sich anbahnende Fehlentwicklung wird also hier im Stadium der Anklageerhebung bestätigt; das Verfahren richtet sich (konsequent) weiter an der falschen Person aus.¹⁾

II. Ein Dritter handelt unter falschem Namen

Auch beim frühzeitigen Eintritt eines Strohmannes in das Ermittlungsverfahren sind verschiedene Entwicklungen des folgenden Prozeßverlaufs zu beobachten:

Unabhängig davon, wann der Rollentausch erfolgte und ob zu diesem Zeitpunkt der Täter selbst bereits die Stellung des Beschuldigten innehatte oder ob dies nicht der Fall war, geht jedenfalls dann der Strohmann allein aus der Anklageschrift als objektiv gemeint hervor, wenn er entweder stets unter seinem eigenen Namen auftrat oder - bei Handeln unter dem Namen des Täters - sich nicht oder nicht

1) Etwas anderes könnte sich nur dann ergeben, wenn der Plan des Täters mißlingt, weil er z.B. in Haft genommen wird. In diesem Falle wäre es allerdings unerheblich, ob zu Beginn des Verfahrens der Täter unter falschem Namen oder der Dritte selbst bzw. beide die Beschuldigteneigenschaft erlangten: Zum Angeschuldigten würde stets allein der in Haft Genommene (s.dazu oben S.59/60).

mehr in Freiheit befindet. Ist ein solcher besonderer Umstand aber nicht gegeben, wird der objektive Sinn der gesamten Erklärung kaum jemals den Strohmann als Angeschuldigten erkennen lassen: Der verwendete (richtige) Name des wirklichen Täters, die weiteren Angaben zur Person wie auch der übrige Inhalt der Anklageschrift weisen dann allein auf den Täter als die vom Anklagevorwurf betroffene Person hin.

Sollten die Ermittlungen sich von Anfang an nur gegen den unter dem Namen des Täters handelnden Strohmann gerichtet haben, so ergibt sich nunmehr, daß diese bisher verfolgte Zielrichtung durch den objektiven Erklärungsinhalt der Anklageschrift verändert und das Verfahren in diesem Stadium auf ein anderes Bezugssubjekt festgelegt wird; der wirkliche Täter wird hier erstmals in das Verfahren verstrickt.

Eine ähnliche Situation ergibt sich, wenn zunächst der Täter selbst die Beschuldigteneigenschaft erlangte, sodann noch während der laufenden Ermittlungen der Rollentausch stattfand und die weitere Untersuchungstätigkeit sich nunmehr gegen den unerkannt unter dem Namen des Täters (weiter-) handelnden Strohmann richtete.

Wurde dieser hierdurch **n e b e n** dem Täter in die Stellung des Beschuldigten versetzt, weil die weiteren Strafverfolgungsmaßnahmen sich von nun an gegen ihn richteten, so findet durch die auf den Namen des Täters lautende und ihrem gesamten übrigen Inhalt nach objektiv auf ihn hindeutende Anklage eine erneute Änderung der Ausrichtung statt, die sich nun allerdings als **R ü c k o r i e n - t i e r u n g** auf das ursprüngliche Bezugs-

subjekt des vorangegangenen Ermittlungsverfahrens darstellt.

III. Die anderen Fehlerquellen

Gelangte infolge eines Hör- oder Schreibfehlers ein falscher Name in die Akten und wurde er nicht zwischenzeitlich berichtigt, so können sich auch bei Aufnahme dieser fehlerhaften Bezeichnung in die Anklageschrift keine Zweifel bezüglich der vom Anklagevorwurf betroffenen Person ergeben:

Es liegt eine bloße (fortgesetzte) Falschbezeichnung vor; das Verfahren orientiert sich nach wie vor an derselben (richtigen) Person.

B. Die Bestimmung des Angeschuldigten bei erstmaliger Verwendung falscher Namen im Stadium der Anklageerhebung und bei Zustellung der Klageschrift an eine andere Person

Wird infolge eines Schreibfehlers ein falscher Name in die Anklageschrift aufgenommen, so werden sich auch hier - wie in den zuletzt behandelten Fällen - keine Zweifel hinsichtlich der Person des Angeschuldigten ergeben.

Anders kann es hingegen sein, wenn die Aufnahme der falschen Bezeichnung auf einem Irrtum des die Erklärung Formulierenden beruht, der Name und die eventuell ebenfalls übernommenen anderen Personalia auf einen Dritten hinweisen und auch alle übrigen in der Anklage enthaltenen Erklärungen nicht erkennen lassen, daß eine von dem im Anklage-

satz Bezeichneten verschiedene Person angeschuldigt werden soll.¹⁾ Geht aber eine bis dahin unbeteiligte Person als objektiv gemeint aus der Anklageschrift hervor, so wird sie hierdurch in das Verfahren verstrickt.

Der Beschuldigte selbst ist in diesem Falle mithin nicht zum Angeschuldigten geworden.

Von den bisher behandelten Fallgestaltungen einer im Ermittlungsverfahren oder bei Anklageerhebung erfolgenden Verwendung falscher Namen sind jene Situationen zu unterscheiden, in denen die auf den richtigen Namen lautende Anklageschrift infolge eines Zustellungsfehlers nicht an den (auf freiem Fuß befindlichen) Adressaten, sondern an einen unbeteiligten **D r i t t e n** gleichen Namens gelangt. Auf dessen Rechtsstellung kann dies allerdings keinerlei Einfluß haben; insbesondere wird er dadurch nicht etwa zum Angeschuldigten in diesem Verfahren.²⁾ Denn die den Beschuldigten zum Angeschuldigten machende Erhebung der öffentlichen Klage erfolgt bereits durch

1) Vgl. dazu das Beispiel von Stammann Diss., S.24: "Die Anklageschrift lautet: Der Arbeitslose Max Sauer aus Bürgel wird angeklagt, in Jena am 1. 5.34 vormittags aus dem Hausflur Leutrastr.5 ein Fahrrad gestohlen zu haben. Tatsächlich war der Dieb aber Ernst Bauer, den die StA. auch mit den in der Anklageschrift angegebenen Personalien zu bezeichnen glaubte."

2) Lucas-Dürr (S.243) und Petters-Preisendanz (S.224) vertreten den Standpunkt, daß der Empfänger einer fehlgegangenen Zustellung jedenfalls **d a n n** zum "richtigen Angeklagten" werde bzw. als solcher zu gelten habe, wenn er später in der Hauptverhandlung erscheine. Hierauf wird im Zusammenhang mit der Erörterung der sich im Stadium der Hauptverhandlung stellenden Fragen näher eingegangen.

E i n r e i c h e n der Anklageschrift bei dem zuständigen Gericht (§§ 170 Abs.1, 157). Die später erfolgende Mitteilung der Schrift durch den Vorsitzenden des Gerichts (§ 201)¹⁾ hat damit lediglich die Aufgabe, den bereits v o r h a n d e n e n Angeschuldigten zu f i n d e n.²⁾

Das Verfahren richtet sich damit weiterhin allein an der Person des ursprünglichen Beschuldigten aus, der bereits mit der Anklageerhebung selbst zum Angeschuldigten wurde.

C. Zusammenfassung

Da die zur Bestimmung der Person des Angeschuldigten in den verschiedenen Fallgestaltungen getrof-

-
- 1) Die F o r m dieser Mitteilung ergibt sich aus § 35. Die Anklageschrift bezieht sich auf einen Abwesenden; sie ist gem. § 35 Abs.2 förmlich zuzustellen, da der Vorsitzende gleichzeitig mit der Anklageschrift eine Frist zur Erklärung setzt (§ 35 Abs.2 S.2). Vgl. dazu Gössel, S.112; L-R-Meyer-Goßner § 201, Rdnr.3; KMR-Sax § 201, 5a; Eb.Schmidt II, §§ 36/37 Erl.11
- 2) Vgl. auch den Wortlaut des § 201 Abs.1: "Der Vorsitzende des Gerichts teilt die Anklageschrift dem A n g e s c h u l d i g t e n mit..." Für den Bereich des Zivilprozesses wird teilweise recht eingehend zu diesen Fragen Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß im Falle des Fehlgehens einer Klageschrift deren Empfänger nicht Prozeßpartei werden könne. Vgl. dazu Rosenberg-Schwab, § 41 (S.188ff.); Baumbach-Lauterbach-Albers-Hartmann § 50, Anm.2F.

fenen Feststellungen wiederum die Grundlage der folgenden Erörterungen bilden, seien sie noch einmal kurz zusammengefaßt dargestellt.

Wurde bereits in das der Anklageerhebung vorausgegangene Ermittlungsverfahren ein falscher Name eingeführt, so ergibt sich folgendes:

Weist die vom Täter verwendete Bezeichnung auf keine von ihm verschiedene Person hin, dann bleibt das Verfahren nach wie vor auf ihn hin ausgerichtet; er wird zum - lediglich falsch bezeichneten - Angeschuldigten.

Im Falle des Auftretens unter dem Namen eines existierenden Dritten kann die Anklageschrift mehrdeutig sein. Aus der gesamten Erklärung geht der (bereits beschuldigte) wirkliche Täter aber jedenfalls dann - und zwar entgegen den angegebenen Personalien - als objektiv gemeint hervor, wenn die Klageschrift einen Vermerk über gegenwärtige Untersuchung- oder Strafhaft bzw. einstweilige Unterbringung oder andere Hinweise enthält, die klar erkennbar auf seine Person hindeuten. Sind derartige Vermerke und besonderen Hinweise jedoch nicht vorhanden, kann bereits die Aufnahme der falschen Personalien in die Anklageschrift von entscheidender Bedeutung sein und den wirklichen Namensträger objektiv als den Gemeinten aus der Erklärung hervorgehen und damit zum Angeschuldigten werden lassen. Wurde der Namensträger schon in die Ermittlungen einbezogen und (allein oder auch neben dem Täter) beschuldigt, so wird er durch die Anklageerhebung auch zum Angeschuldigten. Die im Ermittlungsverfahren von vornherein oder erst in dessen weiterem Verlaufe eingetretene Fehlentwicklung setzt sich in diesem Stadium zwangsläufig fort.

Auch das frühzeitige Eintreten eines Strohmannes kann zu unterschiedlichen Konsequenzen führen: Be findet er sich nicht in Freiheit, so geht er wegen

des entsprechenden Vermerkes in der Anklageschrift aus dieser objektiv als der Gemeinte hervor. Befindet er sich hingegen auf freiem Fuß, dann wird allein der (namentlich zutreffend bezeichnete) Täter als der vom Klagevorwurf Betroffene aus der Erklärung hervorgehen. Wurde zuvor allein der Strohmann beschuldigt, dann bewirkt dies eine erstmalige Umorientierung auf ein anderes Bezugssubjekt; der wirkliche Täter wird angeschuldigt, ohne daß gegen ihn persönlich ermittelt wurde. War zunächst der Täter selbst und nach ihm der seine Rolle übernehmende Strohmann beschuldigt worden, so bewirkt die objektiv auf den Täter bezogene Anklage eine Rückorientierung auf eine Person, die zumindest zeitweise das Bezugssubjekt des Ermittlungsverfahrens war.

Die erst im Zusammenhang mit der Anklageerhebung erfolgende Einführung eines falschen Namens in das Verfahren ist nur dann von Bedeutung für das weitere Prozeßgeschehen, wenn dieser Umstand auf einem Irrtum des die Schrift Abfassenden beruht und eine bislang unbeteiligte Person aus der Klage als objektiv gemeint hervorgeht: Sie wird damit zum Angeschuldigten.

Die irrtümliche Zustellung der Anklageschrift an eine andere Person gleichen Namens bewirkt nicht deren Verstrickung in das Verfahren. Der (zutreffend individualisierte) Beschuldigte wurde bereits im Zeitpunkt der Einreichung der Anklageschrift zum Angeschuldigten.

D. Anhang: Bestimmung der erforderlichen Maßnahmen
bei Aufklärung des Sachverhaltes nach
Anklageerhebung

Stellt sich der gesamte Sachverhalt nach erfolgter Anklageerhebung, aber noch vor Eröffnung des Hauptverfahrens (§§ 203, 207) heraus, so liegt die Entscheidung über die im Einzelfalle zu treffenden Maßnahmen in den Händen der Staatsanwaltschaft. Sie hat die Dispositionsbefugnis über das Verfahren solange inne, wie das Gericht die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens noch nicht getroffen und den Eröffnungsbeschluß nicht mehr rücknehmbar erlassen hat.¹⁾ Erst wenn der Eröffnungsbeschluß vollständig abgefaßt und zur Kenntnis von Personen außerhalb des Gerichts bestimmt ist, geht die Sachherrschaft ausschließlich auf das Gericht über.²⁾ Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Staatsanwaltschaft mithin sogar, falls sie dies für erforderlich erachten sollte, die Klage zurücknehmen oder sie auch noch nach Angeschuldigten und Sachverhalt erweitern oder einengen.³⁾

1) L-R-Meyer-Goßner § 156, Rdnr.1-3; Kleinknecht § 156, Rdnr.1; KMR-Müller § 156,1; Eb.Schmidt II § 156, Erl.3

2) Eb.Schmidt § 33, Erl.12; Kleinknecht § 156, Rdnr.1 m.w.Nachw.

3) Dem würde selbst der Umstand nicht entgegenstehen, daß vom Gericht bereits einzelne Handlungen zur Vorbereitung des Eröffnungsbeschlusses vorgenommen wurden, vgl.L-R-Meyer-Goßner § 156, Rdnr.1. Eine Durchbrechung des Grundsatzes, daß die Klage nach Eröffnung des Hauptverfahrens nicht mehr rücknehmbar ist, findet sich in §§ 153c Abs.3, 4 und 153d Abs.2: Danach kann die Staatsanwaltschaft oder der Generalbundesanwalt die Klage auch noch **später** zurücknehmen. (Dazu L-R-Meyer-Goßner § 153c, Rdnr.29 und § 153d, Rdnr.5.) Zu den Besonderheiten im Strafbefehlsverfahren vgl. L-R-Meyer-Goßner § 156, Rdnr.6 u.7.

Zur Beantwortung der Frage, welche Maßnahmen in den verschiedenen Fallgestaltungen zu treffen sind, müssen die näheren Umstände des der Anklageerhebung vorangegangenen Ermittlungsverfahrens mit herangezogen werden:

Sofern der Täter unter seinem allgemein bekannten Decknamen oder einer sonstigen Fantasiebezeichnung auftrat oder schon zu Beginn der Untersuchungen ein falscher Name infolge eines Hör- oder Schreibfehlers in die Ermittlungsakten geriet und später in die Anklageschrift übernommen wurde, genügt zur Klarstellung eine nachträgliche Namensberichtigung; denn der Täter ist lediglich falsch bezeichnet, i.ü. aber zutreffend individualisiert. Nach Feststellung seines richtigen Namens können Registerauskünfte eingeholt und ggf. vorhandene Akten herbeigeschafft werden. Stellen sich rechtsfolgenrelevante Tatsachen (z.B. rückfallbegründende Vorstrafen) heraus, wird die Staatsanwaltschaft diese dem Gericht nachreichen.¹⁾ Die letzteren Maßnahmen erübrigen sich nur dann, wenn erstmals die Anklageschrift infolge eines Schreibfehlers einen falschen Namen enthält; hier genügt schon die Berichtigung der fehlerhaften Schreibweise.

Sollte die Anklageschrift einer falschen Person zugestellt worden sein, dann bedarf es lediglich

1) Falls die Ermittlungen nach § 160 Abs.3 und die Beschaffung des Registerauszugs wie der Akten längere Zeit in Anspruch nehmen, kann auch sonst Anklage erhoben werden mit der Ankündigung, daß das noch Ausstehende nachgereicht werde; Kleinknecht § 160, Rdnr.22 (In der Klageschrift gehören diese Angaben zur Bezeichnung der "Tat", nicht zu den Angaben zur Person; vgl. L-R-Meyer-Goßner § 200, Rdnr.7)

Zur Frage der Strafbarkeit des Täters bei Auftreten unter falschem Namen (Deckname oder sonstige Fantasiebezeichnung) s.o.S.52 (Fußn.1).

einer erneuten Zustellung an den richtigen Adressaten (=den bereits Angeschuldigten).

In einigen der behandelten Fallgestaltungen kann es erforderlich sein, das Ermittlungsverfahren erneut aufzurollen. Dies kommt vor allem dann in Betracht, wenn die Verwendung falscher Namen zur Festlegung der Untersuchungen auf ein falsches Bezugssubjekt geführt hat. Hier wird die Staatsanwaltschaft erwägen, die Klage zurückzunehmen. Die Rücknahme erfolgt durch Einreichen eines Schriftsatzes an das Gericht, das daraufhin die Prozeßbeteiligten verständigt und die Akten an die Staatsanwaltschaft zurückgibt.¹⁾ Das Verfahren wird damit wieder in den Stand des Ermittlungsverfahrens zurückversetzt.²⁾ Da es sich mithin wieder in dem Zustand befindet, in dem es sich vor der Anklageerhebung befunden hatte, kann die Staatsanwaltschaft nunmehr die notwendigen Maßnahmen einleiten. Sie wird das Verfahren gegen den infolge Mißbrauchs seines Namens in die Ermittlungen hineingezogenen Dritten bzw. den unter dem Namen des Täters handelnden Strohmann einstellen (§ 170 Abs.2),³⁾ die Ermittlungen gegen die richtige Person aufnehmen oder - falls dies schon geschehen war - fortführen und schließlich erneut Klage gegen sie unter ihrem

1) Eines besonderen Gerichtsbeschlusses bedarf es hierzu grundsätzlich nicht (L-R-Meyer-Goßner § 156, Rdnr.10; Eb.Schmidt II § 156, Erl.7).

2) L-R-Meyer-Goßner § 156, Rdnr.11; KMR-Müller § 156, 4

3) Nimmt die Staatsanwaltschaft die Klage zurück und stellt sie das Verfahren ein, so können der Staatskasse die dem Angeschuldigten entstandenen Kosten auferlegt werden (§ 467a). In diesem Falle ist ein förmlicher Kostenausspruch erforderlich. (An eine solche Möglichkeit ist bei Verstrickung eines Dritten in das Verfahren zu denken.)

richtigen Namen erheben.¹⁾

Fräglich könnte sein, ob eine Klagerücknahme auch dann zu erfolgen hat, wenn der wirkliche Täter zunächst zutreffend individualisiert und auch beschuldigt wurde, aus der Anklageschrift aber ein anderer als objektiv gemeint hervorgeht, sei es, daß ein früherer Namensmißbrauch sich erst jetzt in dieser Weise auswirkte oder der Name eines Dritten infolge Irrtums bei Abfassen der Anklageschrift in diese gelangte. Das muß bejaht werden, da es sich in diesen Fällen eben nicht um eine bloße Falschbezeichnung, eine sonstige Ungenauigkeit o.ä. handelt, die im Wege der Berichtigung behoben werden könnte, sondern der jeweilige Umstand gerade zur **A n s c h u l d i g u n g** einer **f a l s c h e n** Person führte. Gegen sie ist das Verfahren einzustellen; sodann erfolgt die Anschuldigung des wirklichen Beschuldigten durch Einreichen einer neuen Anklageschrift.

1) Die Staatsanwaltschaft wird zudem prüfen, ob der unter dem Namen eines Dritten aufgetretene Täter bzw. der Strohhmann, der unter dem Namen des Täters oder unter seinem eigenen Namen handelte, sich durch dieses Verhalten strafbar gemacht haben und die Einleitung eines neuen (weiteren) Verfahrens gegen den Strohhmann bzw. die Ausdehnung der Ermittlungen gegen den Täter unter diesem Gesichtspunkt erwägen. Vgl.dazu oben S.52 (Fußn.1) und S.53 (Fußn.2)

3. Kapitel

Die Eröffnung des Hauptverfahrens

A. Die Bestimmung der Person des Angeklagten

Ist eine Klärung des Sachverhaltes bislang unterblieben und erscheint nach dem Ergebnis des vorbereitenden Verfahrens der Angeschuldigte einer Straftat hinreichend verdächtig, so wird das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens beschließen (§ 203) und im Eröffnungsbeschuß die Anklage - u.U. mit bestimmten inhaltlichen Änderungen - zur Hauptverhandlung zulassen (§ 207 Abs.1,2). Mit dem Eröffnungsbeschuß wird in das Hauptverfahren übergeleitet; der bisherige Angeschuldigte wird zum "Angeklagten" (§ 157). Hier kann weitgehend auf die bereits bei der Bestimmung des Angeschuldigten getroffenen Feststellungen Bezug genommen werden. Wegen der inhaltlich-thematischen Übereinstimmung von Eröffnungsbeschuß und Anklageschrift wiederholen sich die in der Anklage enthaltenen Fehler, und damit kann in den bislang behandelten Fallgestaltungen stets allein jene Person als Angeklagter in Betracht kommen, die auch zuvor die Stellung des Angeschuldigten innehatte.

Bei erstmaliger Verwendung eines falschen Namens in diesem Stadium des Verfahrens ist die Person des Angeklagten auch hier danach zu bestimmen, wer aus dem Eröffnungsbeschuß objektiv als gemeint hervorgeht.¹⁾ Sofern es sich um einen bloßen

1) Auch hier kommt es also nicht auf den zugrundeliegenden Willen an; vgl.dazu auch Eb.Schmidt in der Anmerkung zu OLG Bremen JR 1958,191.

Schreibfehler handelt, ist dies nach dem zuvor Gesagten allein der bisher stets zutreffend individualisierte Beschuldigte. Werden hingegen infolge eines **I r r t u m s** der Name und die übrigen Personalien eines Dritten in den Eröffnungsbeschluß aufgenommen und enthält er keine sonstigen Hinweise, die objektiv auf eine andere als die bezeichnete Person hindeuten, so muß er als der Angeklagte gelten.

Das Fehlgehen des Eröffnungsbeschlusses an eine andere Person gleichen Namens ist ohne Bedeutung für die Bestimmung der Person des Angeklagten: Kam es bei der Anklageerhebung alleinentscheidend auf die Einreichung der Schrift bei dem zuständigen Gericht an,¹⁾ so ist hier maßgebend auf den "E r l a ß" des Eröffnungsbeschlusses durch das Gericht abzustellen, also auf den Zeitpunkt, in dem er nach vollständiger Abfassung zur Kenntnis von Personen außerhalb des Gerichts selbst bestimmt ist.²⁾ Seine spätere Zustellung (§ 215) soll mithin an einen bereits feststehenden Angeklagten erfolgen.³⁾

B. Anhang: Bestimmung der erforderlichen Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes nach Erlaß des Eröffnungsbeschlusses

Gegen die **B e r i c h t i g u n g** des Eröffnungsbeschlusses bestehen dann keine Bedenken, wenn ein

1) s.o.S.65f.

2) Kleinknecht vor § 33, Rdnr.6; Eb.Schmidt II § 33, Erl.12

3) Vgl. § 215 S.1: "Der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ist dem **A n g e k l a g - t e n** ... zuzustellen."

Name infolge eines Hör- oder Schreibfehlers in fehlerhafter Weise in die Prozeßakten gelangte und dieses Versehen offenkundig zutage tritt. Es können hier die zur Berichtigung von Urteilen entwickelten Grundsätze herangezogen werden, wonach eine Korrektur dann für zulässig zu erachten ist, wenn es sich um ein offenkundiges Verkündungsversehen (insbesondere einen Schreibfehler) handelt. In diesen Fällen wird die Berichtigung nicht auf der Grundlage eines neuen Denkvorganges vorgenommen, berührt die Sache als solche nicht und hat damit lediglich Formalcharakter.¹⁾

In den übrigen Fallgestaltungen ist zu differenzieren:

Wurde infolge eines Irrtums der Name eines Dritten in den Eröffnungsbeschluß aufgenommen und führte dies im Ergebnis dazu, daß er aus ihm objektiv als der Gemeinte hervorgeht und damit als Angeklagter zu gelten hat, so kann das Gericht auch außerhalb der Hauptverhandlung das Verfahren durch Beschluß einstellen, § 206a Abs.1; denn da gegen den Betroffenen überhaupt keine öffentliche Klage erhoben wurde, fehlt es ihm gegenüber an einer Pro-

1) Vgl. OLG Bremen JR 1958,190 mit zust. Anm. von Eb.Schmidt (S.191).

Eine Berichtigung dürfte auch dann zulässig sein, wenn der Täter unter einem Decknamen oder irgendeiner sonstigen Fantasiebezeichnung aufgetreten war und dieser Name später in den Eröffnungsbeschluß übernommen wurde. Diesen Fragen wird noch bei der Prüfung von Möglichkeiten zur Berichtigung eines Urteils i.e. nachgegangen, wo auch der eigentliche Schwerpunkt der (hier nur kurz angesprochenen) Problematik liegt.

zeßvoraussetzung.¹⁾

In allen anderen Fallgestaltungen scheidet eine Einstellung gem. § 206a Abs.1 aus. Denn ist einmal - wenn auch irrtumsbedingt - vom Gericht ein hinreichender Tatverdacht bejaht worden, so hat der Angeklagte ein gesetzliches Recht auf Feststellung der Schuldfrage in öffentlicher und mündlicher Verhandlung. Eine Einstellung kann mithin "selbst dann nicht erfolgen, wenn die Unschuld des Angeklagten schon vor der Hauptverhandlung - z.B. weil eine Personenverwechslung oder eine wissentlich falsche Anschuldigung vorliegt - feststeht."²⁾ Das Gericht ist damit hier an den einmal erlassenen Eröffnungsbeschluß gebunden. Es wird daher, falls dies noch nicht geschehen ist, einen Termin anberaumen und den (falschen) Angeklagten zur Hauptverhandlung laden, wo ein Sachurteil ergeht. Die Staatsanwaltschaft muß (ggf. nach Einleitung oder Fortführung der Ermittlungen gegen die richtige Person) erneut Anklage erheben.³⁾

1) Dem in § 206a Abs.1 genannten Verfahrenshindernis steht das Fehlen einer Prozeßvoraussetzung gleich (Kleinknecht Einl., Rdnr.138 und § 206a, Rdnr.1). Ob wesentliche Mängel den Eröffnungsbeschluß unwirksam machen, ist umstritten. Gegen die Unwirksamkeit sprechen sich z.B. Schäfer (in L-R Einl.Kap.10, Rdnr.13) und Eb.Schmidt (I, Rdnr.260) aus; für die Unwirksamkeit Meyer-Goßner (in L-R § 207, Rdnr.40) und Kleinknecht (§209, Rdnr.107). Der Frage der Unwirksamkeit gerichtlicher Entscheidungen wird i.e. im Rahmen der Untersuchungen zur Wirksamkeit der in den verschiedenen Fallgestaltungen ergangenen Urteile nachgegangen.

2) Meyer-Goßner NJW 1970, 416

3) Zur Prüfung einer Strafbarkeit des Täters wegen des Namensmißbrauchs oder des Strohmannes wegen seines Auftretens unter dem Namen des Täters s.o. S.53 (FuBn.1 und 2).

4. Kapitel: Die Hauptverhandlung

Einer eingehenden Untersuchung bedarf die Frage, welche Entwicklung das durch Verwendung falscher Namen bereits beeinflusste Verfahren nunmehr im Stadium der Hauptverhandlung nimmt und welche Konsequenzen sich aus einer erstmals hier festzustellenden Abweichung vom bisher ordnungsgemäßen Prozeßgang ergeben. Die hierzu abgegebenen Stellungnahmen sind oftmals unvollständig. Dies wird schon darin deutlich sichtbar, daß von der Vielzahl in Betracht kommender, praktisch relevanter Fälle nur einige wenige in zwei Grundsituationen schwerpunktmäßig abgehandelt werden.

Die erstere betrifft jene Fallsituationen, in denen eine Person zwar falsch bezeichnet wird, aber - da sie i.Ü. stets zutreffend individualisiert wurde - als tatsächlich Angeklagter in der Hauptverhandlung erscheint.

In diese Gruppe können jene bereits in früheren Stadien des Verfahrens untersuchten und nun auf ihre Fortentwicklung hin zu überprüfenden Fallgestaltungen eingeordnet werden, in denen der Täter einen Decknamen oder eine sonstige, auf keine andere Person hinweisende (Fantasie-) Bezeichnung verwendete oder zwar den Namen eines existierenden Dritten mißbrauchte, aber dennoch das alleinige Bezugs-subjekt der vorangegangenen Verfahrensabschnitte war. Hierher gehören ferner die Fälle, in denen ohne Veranlassung durch den Täter ein falscher Name in das Verfahren eingeführt wurde (Protokollfehler zu Beginn des Ermittlungsverfahrens, Schreibfehler bei Abfassen der Anklageschrift, des Eröffnungsbeschlusses usw.).

Breiteren Raum nimmt die Behandlung jener Fallgestaltungen ein, in denen erstmals in der Hauptver-

handlung eine bis dahin prozeßfremde Person in das Verfahren eintritt.

Zu erwähnen ist hier das (immer wieder aufgegriffene) Schulbeispiel des für den Angeklagten in der Hauptverhandlung auftretenden Strohmannes wie auch die in der Praxis tatsächlich vorgekommene irrtümliche Vorführung eines Dritten mit ähnlich klingendem Namen aus der Untersuchungshaft. 1) Daneben findet sich noch vielfach eine Erörterung solcher Fälle, in denen der in der Hauptverhandlung erschienenen Person versehentlich Anklageschrift, Eröffnungsbeschluß oder die Ladung zum Termin zugestellt wurden.

Die Bildung dieser zwei Fallgruppen läßt bereits erkennen, daß offenbar davon ausgegangen wird, das Verfahren habe sich in den vorangegangenen Abschnitten fortlaufend an derselben Person ausgerichtet. Daß dies als so selbstverständlich vorausgesetzt wird, ist sicher nicht zuletzt durch den Umstand bedingt, daß oftmals von vornherein die Situation der Hauptverhandlung in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt, der bisherige Verfahrensablauf aber entweder gar nicht oder jedenfalls nicht in dem seiner Bedeutung auch für die Richtungsfrage in der Hauptverhandlung entsprechenden Maße mitberücksichtigt wird. Dies führt dann zwangsläufig zur Nichterörterung all jener Fallgestaltungen, die durch die frühzeitig erfolgende Verstrickung eines Dritten in das Verfahren bestimmt sind - sei dies nun eine Person, die infolge Mißbrauchs ihres Namens oder aufgrund sonstiger Umstände frühzeitig in den Prozeß hineingezogen wurde oder auch ein Strohmann, der dies

1) Fall des LG Lüneburg MDR 1949, 767f.

im Zusammenwirken mit dem Täter selbst veranlaßt hatte.

In den folgenden Untersuchungen wird daher auch wieder an jene Fälle angeknüpft, in denen die Verwendung des Namens eines existierenden Dritten zwar nicht zur Festlegung der Untersuchungen auf seine Person führten, er aber aus Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß als der objektiv Gemeinte hervorging und damit - ohne hiervon Kenntnis haben zu müssen - vom Anklagevorwurf betroffen wurde; der später in konsequenter Verfolgung seines Planes in der Hauptverhandlung auftretende Täter ist dann wohl zu Beginn des Verfahrens "beschuldigt", bisher aber noch nicht angeklagt worden.

Eine ähnlich unklare Situation ergibt sich, falls ein in der Hauptverhandlung erschienener Strohhmann bereits im Ermittlungsverfahren (u.U. n e b e n dem Täter) in die Stellung des Beschuldigten geriet, durch den objektiven Erklärungsgehalt der auf den Namen des Täters lautenden Anklage und des entsprechenden Eröffnungsbeschlusses aber dieser nunmehr zum Angeklagten wurde.

Schließlich können auch die Fallgestaltungen nicht unerwähnt bleiben, in denen das gesamte vorangegangene Verfahren auf eine falsche Person hin ausgerichtet war - so, wenn etwa ein Dritter oder ein für den Täter handelnder Strohhmann von Anfang an das alleinige Bezugssubjekt waren oder der Prozeß sich in seinem weiteren Verlauf (z.B., weil

ein früherer Namensmißbrauch sich erst bei der Anklageerhebung entsprechend auswirkte) auf den wirklichen Namensträger hin verlagerte. Die Situation der Hauptverhandlung wird also hier durch das Auftreten eines zwar angeklagten, aber durch die irgendwann erfolgte Einführung eines falschen Namens mit der Person des wirklichen Täters n i c h t identischen Dritten bestimmt.

Erst bei Einbeziehung auch dieser, teilweise durch das Auftreten verschiedener Personen in wechselnden Rollen gekennzeichneten Fallgestaltungen wird erkennbar, daß der in der Hauptverhandlung erscheinene (wenn auch falsch bezeichnete) wirkliche Täter zwar dieselbe physische Person sein k a n n, gegen die sich alle vorausgegangenen Maßnahmen bereits ausrichteten, daß dies aber keineswegs immer zutreffen m u ß, wie dies die in der Literatur angeführten Beispielsfälle vermuten lassen könnten. Zum anderen wird deutlich, daß es sich bei einer in der mündlichen Verhandlung auftretenden, mit dem Täter nicht identischen Person wohl um einen bislang prozeßfremden Dritten handeln kann, daß dafür aber auch jemand in Betracht kommt, der zuvor bereits in das Verfahren verstrickt wurde.

Diese verschiedenartige Gestaltung des bisherigen Prozeßverlaufs, insbesondere der Umstand, daß jeder der Genannten mit der Person des zu Recht oder zu Unrecht (jedenfalls aber tatsächlich) Angeklagten identisch oder nicht identisch sein kann, führt zu einer entsprechenden Vielfalt unterschiedlicher Situationen in der Hauptverhandlung.

Sofern sie überhaupt angesprochen werden, sind die i.e. anzutreffenden Stellungnahmen oftmals unzureichend differenziert und mißverständlich. Besonders charakteristisch ist die stete Vermengung der systematisch getrennt zu erörternden Fragen, gegen welche Personen die in den behandelten Fallgestaltungen gefällten Erkenntnisse ergangen sind und ob sie trotz ihrer Fehlerhaftigkeit als beachtliche richterliche Entscheidungen gewertet werden können.¹⁾

Es soll deshalb zunächst eine grundsätzliche Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Hauptverhandlung und das auf ihr beruhende Urteil immer - also selbst in den Fällen einer Nichtidentität mit dem Angeklagten - auf den tatsächlich vor Gericht Erschienenen bezogen ist oder ob dies nur für die Person des wirklichen (vielleicht aber zu Unrecht) Angeklagten in Betracht kommen kann, auch wenn dieser gar nicht vor Gericht aufgetreten ist. Erst nach Beantwortung dieser Vorfrage kann darüber entschieden werden, welche Wirkungen die unter dem Einfluß eines nicht behobenen Irrtums über den Namen oder die Identität des Betreffenden ergangenen Urteile zeigen. Dort steht dann zunächst die Frage im Vordergrund, ob das auf einen falschen

1) Vgl. etwa die Stellungnahme von Roxin, S.277: "Danach sind als nichtig anzusehen: ...Entscheidungen, die gegen eine andere als die tatsächlich vor Gericht erschienene Person ergangen sind. ...Dieses Ergebnis ist unabhängig von der ebenfalls umstrittenen Vorfrage, gegen wen das Urteil überhaupt ergangen ist."

Namen lautende oder u.U. auch gegen eine falsche Person gerichtete Erkenntnis unwirksam sein könnte oder ob der jeweilige Fehler die Wirksamkeit nicht in Frage zu stellen vermag.¹⁾

A. Prozessuale Fragen bei Aufrechterhaltung des Irrtums über den Namen oder die Identität des in der Hauptverhandlung in der Rolle des Angeklagten Erschienenen

I. Erster Problemkreis: Zur Ausrichtung von mündlicher Verhandlung und Urteil

1. Auftreten eines bis auf seinen Namen zutreffend individualisierten Angeklagten

Keine besonderen Probleme ergeben sich, wenn das gesamte vorangegangene Verfahren sich bereits auf den wirklichen Täter bezogen hatte und dieser nunmehr auch in der Hauptverhandlung als zwar falsch bezeichneter, aber tatsächlich Angeklagter erscheint. Daß er das alleinige Bezugssubjekt der mündlichen Verhandlung wie auch des auf ihr beruhenden Urteils ist, gilt nach allgemeiner Meinung

1) Die weitere Frage, welche Maßnahmen im Falle einer Klärung des Sachverhaltes nach Abschluß der Hauptverhandlung in Betracht zu ziehen sind, bleibt dann im Anschluß an die im Einzelfall getroffenen Feststellungen zu überprüfen. Die bei Aufklärung des Sachverhaltes in der Hauptverhandlung zu treffenden Maßnahmen werden wie bisher am Schluß des Abschnittes in einem besonderen Anhang erörtert.

nicht nur dann, wenn die Bezeichnung auf niemand anderen als ihn selbst hindeutet (ständig gebrauchter Deckname, sonstige Fantasiebezeichnung oder durch Schreibfehler veränderter Name), sondern darüberhinaus auch in all jenen Fällen, in denen der Name eines existierenden Dritten mißbraucht wird.¹⁾

Das Verfahren orientiert sich also in seiner Gesamtheit an der richtigen Person. Es ist eine bloße fortgesetzte, bis zum Urteil hin beibehaltene Falschbezeichnung festzustellen.

2. Auftreten einer bislang prozeßfremden Person unter dem Namen des Angeklagten in der Hauptverhandlung

Die eigentliche prozessuale Problematik resultiert aus jenen Fällen, in denen das Verfahren bisher insgesamt geordnet abgelaufen war und nunmehr ein Dritter unter dem Namen des wirklichen Ange-

1) Hellwig DJZ 1906, Sp.69; Henkel, S.386; Pfizer GS 56 (1899), 66ff.; Lippmann DJZ 1906, Sp.422; KMR-Sax Einl.14 B I e und § 230 1d; Lucas-Dürr, S.244; Oertmann DJZ 1906, Sp.735; Peters, S.436, 453; Kleinknecht Einl., Rdnr.171; Eb.Schmidt I, Rdnr.290; Wurzer AcP 120 (1922), 411; Pr.Obertribunal GA 3 (1855), 385ff.; so wohl auch Bennecke-Beling, S.293, auf deren (etwas unklare) Stellungnahme noch später im Rahmen der Erörterung des zweiten Problemkreises ("Wirkungen des Urteils") näher einzugehen ist.

klagen in der Hauptverhandlung erscheint. Die Situation ist hier dadurch gekennzeichnet, daß das Gericht bei Eröffnung der Hauptverhandlung als selbstverständlich davon ausgeht, der Erschienene sei mit dem Angeklagten identisch und es daraufhin unter Beibehaltung dieser Vorstellung die gesamte Verhandlung führt. Die Frage, ob die mündliche Verhandlung auf den vor Gericht Auftretenden oder den wirklichen - wenn auch nicht anwesenden - Angeklagten bezogen ist und gegen wen von ihnen das auf ihr beruhende und sie abschließende Urteil ergeht, ist lebhaft umstritten. Entsprechend unterschiedlich wird demzufolge auch die Frage beantwortet, ob das Verfahren sich unter dem Einfluß dieser Fehlvorstellung möglicherweise noch im Stadium der Hauptverhandlung selbst von der Person des Angeklagten auf den an seiner Stelle Erschienenen hin verlagern kann.

a. Die gegensätzlichen Standpunkte in Schrifttum und Rechtsprechung

Die Ansicht, das Verfahren bleibe auch weiterhin allein an der Person ausgerichtet, gegen die es durch Anklage und Eröffnungsbeschluß rechtshängig geworden ist, wird von ihren Vertretern¹⁾ zwar mit

1) Fränkel DJZ 1906, Sp.295; Kroschel GS 69 (1906), 149/150 (Fußn.2); Peters, S.452f.; L-R-Schäfer Einl. Kap.12, Rdnr.62; Kleinknecht Einl., Rdnr. 102 und 171 und § 230, Rdnr.5; Robert Schmidt JuS 1966,411; LG Lüneburg MDR 1949,767f.

großer Bestimmtheit vorgetragen, aber nur selten näher begründet. Der zu diesem Ergebnis führende Gedankengang dürfte noch am deutlichsten in den Ausführungen von Robert Schmidt¹⁾ zum Ausdruck kommen. Er argumentiert, daß die Staatsanwaltschaft allein gegen d i e s e Person Anklage erhoben und das Gericht daher nur gegen s i e das Hauptverfahren eröffnet, den Termin zur Hauptverhandlung anberaumt und sie zu diesem Termin geladen habe. Die Hauptverhandlung selbst habe schließlich mit dem Aufruf zur Sache gegen den A n g e k l a g t e n begonnen und deshalb habe der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft gegen ihn den Strafantrag stellen und das Gericht nur über s e i n e Schuld verhandeln und urteilen w o l l e n.

Der entgegengesetzte Standpunkt, wonach Hauptverhandlung und Urteil sich stets allein auf den tatsächlich vor Gericht Erschienenen beziehen sollen,²⁾

1) JUS 1966, 411

2) Grobler MDR 1949, 768f. (=Anm. zu LG Lüneburg MDR 1949, 767f.); Henkel, S.386; Lucas-Dürr, S.243f.; KMR-Sax Einl.14 B I e und § 230, 1d; Eb.Schmidt I, Rdnr.293; Stieve DJZ 1906, Sp.1316; Wurzer AcP 120 (1922), 412; Stammann Diss., S. 33ff.; Sulanke Diss., S.101. Mißverständlich Petters-Preisendanz (8. Aufl.), S.219: Dort findet sich der Satz, die in der Vorauflage (S.240) vertretene Auffassung, als Verurteilter sei i m m e r derjenige anzusehen, der v o r G e r i c h t g e s t a n d e n oder gegen den sich das in seiner Abwesenheit geführte Verfahren (gem.§ 232 a.F.) gerichtet habe, könne in dieser Formulierung nicht aufrechterhalten werden; verurteilt sei vielmehr nur die Person, die in Anklage, Eröffnungsbeschluß und Urteil tatsächlich gemeint sei, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die tatsächlich gemeinte Person mit demjenigen identisch sei, auf den der angegebene Name hinweise. Es könnte sich hierdurch der Eindruck einer im Hinblick auf die Frage der Ausrichtung des Er-

wird näher, teilweise jedoch recht unterschiedlich beantwortet.

So wird beispielsweise ausgeführt, das Urteil treffe den in der Hauptverhandlung Auftretenden deshalb, weil die "Macht der Persönlichkeit" die mündliche Verhandlung beherrsche, beim Gericht die Vorstellung und Überzeugung hervorrufe, daß ausschließlich dieser der Angeklagte sei und bewirke, daß das Gericht nur d i e s e m gegenüber sein Urteil abgeben w o l l e.¹⁾ Demgegenüber wird aber auch die Meinung vertreten, das Gericht habe nur gegen den w i r k l i c h e n A n g e k l a g t e n und über seine Schuld urteilen w o l l e n. Es habe aber, ohne dies zu wissen und zu wollen, t a t -

kenntnisses gewandelten Auffassung ergeben. Aus den weiteren Darlegungen ist jedoch zu entnehmen, daß damit offenbar nur die Wirksamkeit des Erkenntnisses angesprochen werden sollte. Dies ergibt sich aus den Ausführungen auf S.223, die allerdings durch die fortlaufende Vermengung der Fragen nach Ausrichtung und Wirksamkeit eines Urteils nur schwer verständlich sind. Im Rahmen der Erörterung eines Falles, in dem die Ladung zur Hauptverhandlung einer anderen Person gleichen Namens zugestellt wird und diese daraufhin vor Gericht erscheint, führen Petters-Preisendanz aus: Das Gericht verurteile zwar "den Erschienenen", dieser könne aber "nicht als verurteilt gelten", da als Verurteilter nur in Betracht komme, gegen den sich die Anklage gerichtet habe. Aber auch die in Anklage und Eröffnungsbeschluß gemeinte Person könne "nicht als verurteilt gelten", da gegen sie die Hauptverhandlung nicht durchgeführt wurde. Daraus folge, "das gegen die erschienene, aber nicht angeklagte Person ergangene Urteil" sei "rechtlich unbeachtlich." Bestätigt wird dies auf S.224, wo für den Fall des Auftretens eines Strohmannes in der Hauptverhandlung dieselben Grundsätze gelten sollen.

1) Wurzer AcP 120 (1922), 419. Seine Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf vergleichbare Fallsituationen im Zivilprozeß. Dieselben Grundsätze sollen aber auch auf den Strafprozeß Anwendung finden (vgl. den ausdrücklichen Hinweis auf S.423).

s ä c h l i c h gegen den Erschienenen verhandelt und schließlich die "Verurteilung eines Nichttätlers" ausgesprochen.¹⁾ Andere wiederum stellen überwiegend (oder ausschließlich) auf objektive Gesichtspunkte ab, wie etwa Lucas-Dürr,²⁾ die auf den Grundsatz der mündlichen Verhandlung verweisen und daraus herleiten, ein Urteil könne nur gegen den ergangen sein, gegen den die Verhandlung "A u - g e i n A u g e" stattgefunden habe oder Eb. Schmidt,³⁾ der seinen Standpunkt sehr eingehend, wenn auch recht kompliziert darstellt:.. "Die gegen den Erschienenen gerichteten Prozeßhandlungen, einschließlich des gefällten Erkenntnisses, können, da der Irrtum des Gerichts bezüglich der Identität des Erschienenen nicht die objektive Bedeutung der Prozeßhandlungen beeinträchtigen kann, nicht als gegen den in der Anklage Gemeinten gerichtet gelten, sondern haben in der Tat nur den Erschienenen als solchen, für wen immer ihn das Gericht gehalten haben mag, als den ihre Bedeutung bestimmenden Beziehungsgegenstand."

b. Stellungnahme

Es fällt zunächst auf, daß der von einigen Vertretern der gegensätzlichen Auffassungen gleichermaßen als wesentliches Kriterium zur Bestimmung der Ausrichtung einzelner Prozeßhandlungen einschließ-

1) Grobler MDR 1949, 768

2) S.244

3) I, Rdnr.293

lich des Urteils selbst herangezogene Wille des Gerichts auch innerhalb des grundsätzlich selben Standpunktes teilweise unterschiedlich interpretiert wird. Daher soll an dieser Stelle - zunächst unabhängig von der Frage, ob und ggf. wann dem Willen diese ihm zuerkannte Bedeutung überhaupt zukommt - versucht werden, eine Klärung darüber herbeizuführen, auf welche Person er denn nun tatsächlich gerichtet ist.

aa. Der Wille des Gerichts

Ein geeigneter Ansatzpunkt zur Bestimmung der Willensrichtung des Gerichts findet sich in § 155 Abs.1.¹⁾ In dieser Vorschrift ist bestimmt, daß die gerichtliche Untersuchung und Entscheidung sich nur auf die in der Klage bezeichnete Tat und die durch die Klage beschuldigten *P e r - s o n e n* zu erstrecken hat. Das Gericht ist damit u.a. gehalten, allein gegen den wirklichen Angeklagten zu verhandeln, und es können sich keinerlei Zweifel daran ergeben, daß es dieser ihm obliegenden Verpflichtung nachkommen und jedenfalls gegen den Angeklagten in die Verhandlung eintreten will. Fraglich ist allein, wie der Wille sich in der Folge gestaltet. Wenn einige Stimmen in der Literatur die Ansicht vertreten, das Gericht wolle später über diejenige Person urteilen, die anstelle des wirklichen Ange-

1) Vgl. auch Robert Schmidt JuS 1966,411; Peters, S.390

klagen in der Hauptverhandlung erschienen ist,¹⁾ so müßte (irgendwann) im Verlaufe der Verhandlung eine Veränderung der ursprünglichen Willensrichtung eingetreten sein. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob sich eine diesbezügliche Feststellung überhaupt jemals treffen läßt. Denn das Gericht geht nach wie vor davon aus, gegen den wirklichen Angeklagten zu verhandeln und könnte sich daher, worauf Lukowski²⁾ zutreffend hinweist, wohl nur unbewußt auf die andere Person festlegen - so etwa, falls deren persönliche Erscheinung bei ihm den nachhaltigeren Eindruck hinterlassen und demgegenüber die von ihr verwendete Bezeichnung vollständig in den Hintergrund treten sollte.

Es wird auch selten näher dargelegt, wie dies i.e. begründet werden könnte und insbesondere, w a n n genau denn nun der Wille des Gerichts tatsächlich von der einen Person abgelenkt wird und sich auf die andere hin konzentriert. Eine eingehendere Stellungnahme findet sich - soweit ersichtlich - nur bei Stammann.³⁾ Er führt aus, das Gericht wolle zwar nicht gegen eine andere als die angeklagte Person verhandeln, trete aber in Unkenntnis des erfolgten Rollentausches gegen sie (tatsächlich) in die Verhandlung ein. Gewinne es sodann die Überzeugung, der Erschienene sei der schuldige Täter, so könne das aufgrund der Hauptverhandlung ergangene Urteil auch nur gegen diesen gerichtet sein; denn auch wenn das Gericht glaube, eine bestimmte Person mit bestimmtem Namen zu verurteilen,

1) Vgl. Wurzer AcP 120 (1922), 419; Stammann Diss., S.31

2) Diss., S.47

3) aaO. Derselbe Gedankengang liegt wohl auch der Stellungnahme von Wurzer (aaO.) zugrunde, der ihn aber nicht näher darlegt.

so wolle es sich durch diese Bezeichnung doch keineswegs festlegen. Der Name solle lediglich die Person identifizieren, die in der Verhandlung als Angeklagter vor Gericht gestanden habe.

Es erscheint in der Tat kaum möglich, auf einem anderen als diesem von Stammann aufgezeigten Wege zu einer im Zeitpunkt der Verkündung des Urteils veränderten Willensrichtung des Gerichts zu gelangen. Die Argumentation muß jedoch Bedenken erwecken: Unzutreffend dürfte gerade die - das Ergebnis letztlich tragende - These sein, der Wille des Gerichts verlagere sich allein deshalb auf die Person des (nicht angeklagten) Erschienenen, weil es gegen diesen nun einmal **t a t s ä c h l i c h** verhandle. Denn selbst wenn unterstellt wird, das Gericht habe die Verhandlung (objektiv) gegen ihn geführt - eine bislang ungeklärte und völlig offene Frage, die noch später einer eingehenden Untersuchung bedarf - so kann daraus doch letztlich kaum etwas zur Bestimmung der Willensrichtung Maßgebendes hergeleitet werden. Denn wenn das Gericht gar nicht weiß, daß es **o b j e k t i v** gegen einen anderen als den wirklichen Angeklagten verhandelt, vielmehr der Überzeugung ist, die vor ihm stehende Person sei mit diesem identisch, so urteilt es auch unter dem Einfluß dieser fortbestehenden Fehlvorstellung; dementsprechend bleibt die ursprüngliche, auf die Person des wirklichen Angeklagten bezogene Willensrichtung erhalten. Der Satz, das Gericht wolle nur über den urteilen, gegen den es die Verhandlung tatsächlich geführt habe, muß deshalb in Fällen der vorliegenden Art dahingehend abgeändert werden, daß das Gericht über den urteilen will, gegen den es verhandeln wollte und **s e i n e r Ü b e r z e u g u n g n a c h** auch verhandelt **h a t**.

Es bleibt daher im Ergebnis festzuhalten, daß das Gericht allein gegen den wirklichen Angeklagten verhandeln und später auch nur über d e s s e n Schuld urteilen will.

bb. Die objektive Bedeutung der Prozeßhandlungen

Wenn nach dem Vorstehenden festgestellt ist, gegen wen das Gericht verhandeln und über wen es schließlich urteilen w i l l, so kann daraus doch nicht ohne weiteres entnommen werden, welche Person tatsächlich das Bezugssubjekt der Hauptverhandlung i s t. Denn auch hier ist der Grundsatz anzuwenden, daß "alle von den Prozeßbeteiligten vorgenommenen Handlungen so zu nehmen sind, wie sie sich in ihrer offensichtlichen und allen anderen Beteiligten erkennbaren Gestalt geben" und - soweit Prozeßhandlungen in Erklärungen bestehen - "also das nach außen in die Erscheinung tretende Erklärte", nicht aber der dahinterstehende (nicht zum Ausdruck gekommene) Wille maßgebend ist.¹⁾

Zur Ermittlung des objektiven Sinns der i.e. vorgenommenen Handlungen und abgegebenen Erklärungen müssen a l l e Einzelumstände gewürdigt werden, unter denen es zu ihnen gekommen ist.²⁾ Dies bedingt eine fortlaufende Beobachtung des gesamten Geschehens i n der münd-

1) Eb.Schmidt I, Rdnr.206

2) Vgl. Beling, S.198

lichen Verhandlung und schließt es daher aus, allein dem (schriftlich fixierten) Urteil Bedeutung beizumessen, wie dies jedoch teilweise im Schrifttum vertreten wird.¹⁾

Verfolgt man daraufhin den äußeren Ablauf der Hauptverhandlung, so bietet sich jedenfalls zu deren Beginn - beim Aufruf der Sache - zunächst das Bild einer Fortführung des Verfahrens gegen den wirklichen Angeklagten. Fraglich ist allerdings, ob dieser (erste) Eindruck im weiteren Verlaufe der Verhandlung bestätigt wird und damit letztlich auch ein gegen ihn gerichtetes Erkenntnis anzunehmen ist. Eine solche Feststellung läßt sich nicht ohne weiteres damit begründen, der Wille des Gerichts, den ihm aus § 155 Abs.1 obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, dokumentiere sich in dem nach außen hin ordnungsgemäßen Verlauf der Hauptverhandlung.²⁾ Entscheidend kann in der hier

1) Vgl. Lukowski Diss., S.48: "...verbleibt als Grundlage für die Deutung des gerichtlichen Willens a l l e i n das s c h r i f t - l i c h e Urteil übrig. Die Bezeichnung im Rubrum muß objektiv gewertet werden, allein auf diese kommt es an." Wurzer (AcP 120 - 1922 - 420) betont demgegenüber zu Recht die größere Bedeutung der mündlichen V e r k ü n d u n g des Urteils in der Hauptverhandlung. Beling (ZStW 40 - 1919 - 680) stellt allgemein auf den "Urteilsinhalt" ab.

2) Davon geht aber offenbar Robert Schmidt (JuS 1966,411) aus, der sagt: "Wenn der Gesetzgeber dort" - gemeint ist die Bestimmung des § 155 Abs.1 - "u.a. bestimmt, daß sich die Entscheidung nur auf die durch die Klage bezeichneten Personen erstreckt, so kann die bloße Tatsache, daß sich ein nichtangeklagter Dritter vor dem Gericht 'verantwortet hat', diesen n i c h t zum Bezugssubjekt des Erkenntnisses erheben."

zu beurteilenden Situation nur sein, ob damit gleichzeitig klar erkennbar zum Ausdruck kommt, daß dieser Wille auf eine andere als die tatsächlich anwesende Person bezogen ist. Dies aber trifft gerade nicht zu, da die gesamte Verhandlung nach ihrer Eröffnung auf den anstelle des wirklichen Angeklagten erschienenen Dritten fixiert ist. Bereits die Feststellung der Anwesenheit des "Angeklagten" vermittelt diesen Eindruck, wenn das Auftreten der mit ihm nicht identischen Person unbeanstandet bleibt. Der Dritte wird über "seine" persönlichen Verhältnisse vernommen. Der Eindruck, den sein persönliches Auftreten hinterläßt, wie auch die Antworten, die er auf die im Rahmen dieser Vernehmung i.e. gestellten Fragen (Lebenslauf, berufliche Entwicklung, wirtschaftliche und familiäre Verhältnisse) gibt, sind von erheblicher Bedeutung für die etwa zu entscheidende Straffrage oder eine eventuell für erforderlich gehaltene Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung.¹⁾ Die Verlesung der Anklageschrift bezieht sich objektiv ebenso auf den tatsächlich vor Gericht Stehenden wie der an ihn gerichtete Hinweis auf das Schweigerecht und die Vernehmung zur Sache. Nicht zuletzt sind es auch seine Einlassungen, die mit einer wichtigen Grundlage für das Urteil bilden, und die Schlußvorträge (wie auch ein eventuelles "letztes Wort" des vermeintlichen Angeklagten) können ebenfalls auf keine andere als die physisch vor Gericht erschienene Person hinweisen.

1) Vgl. dazu Henkel, S.175

Damit ist festzustellen, daß der in der Hauptverhandlung als Angeklagter Auftretende deren äußeres Bild entscheidend mitprägt und mitgestaltet und infolgedessen n a c h ihrer Eröffnung deren alleiniges Bezugssubjekt wird. Die mündliche Verhandlung ist also fortan ausschließlich auf ihn bezogen und das auf ihr beruhende Urteil gegen ihn gerichtet.¹⁾

Die bisherige Ausrichtung des Verfahrens wird in diesen Fallgestaltungen nicht beibehalten; der Prozeß verlagert sich noch im Stadium der Hauptverhandlung auf ein anderes Bezugssubjekt.

-
- 1) Zur Verdeutlichung dieses Ergebnisses mag vielleicht ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich beitragen:
A ist mit Verdacht auf akute Blinddarmentzündung in ein Krankenhaus eingewiesen worden. Die dort durchgeführten Untersuchungen bestätigen den Befund, und es wird ein Operationstermin für den nächsten Morgen angesetzt. Infolge einer Unachtsamkeit schaffen die Krankenpfleger den im selben Zimmer liegenden B, der zwei Stunden später als A derselben Operation unterzogen werden sollte, in den OP-Saal. Die Verwechslung wird erst bemerkt, als B nach gelungener Operation aus der Narkose erwacht ist.
Sicherlich w o l l t e der betreffende Chirurg den A operieren; es ist nun aber nicht daran zu zweifeln, daß er den B operiert h a t. Niemand käme hier wohl auf den Gedanken zu sagen, der Arzt habe tatsächlich den Appendix des A entfernt. Nun kann es aber keinen Unterschied machen, ob eine andere als die im Krankenblatt bezeichnete Person operiert bzw. auch irgendeiner sonstigen B e h a n d l u n g unterzogen wird, oder ob gegen einen anderen als den in den Prozeßakten Bezeichneten v e r h a n d e l t wird (mag hier auch die Wirkung in manchen Fällen erst einige Zeit später eintreten).

3. Die übrigen Fallgestaltungen

Die Ausgangssituation der Hauptverhandlung war in den zuvor erörterten Fällen dadurch gekennzeichnet, daß es sich bei dem vor Gericht Erschienenen entweder um einen von Anfang an in das Verfahren verstrickten und trotz falscher Bezeichnung eindeutig identifizierten wirklichen (und auch angeklagten) Täter oder um einen bislang völlig prozeßfremden Dritten handelte. Einer gesonderten Behandlung bedürfen noch jene Fälle, in denen die Kontinuität des Verfahrens schon früher (vor der Hauptverhandlung) durchbrochen wurde, weil ein Dritter bereits in einem der vorangegangenen Stadien die Rolle des Beschuldigten freiwillig übernommen hatte oder gegen seinen Willen in diese hineingedrängt worden war. Im Rahmen der das bisherige Prozeßgeschehen verfolgenden Untersuchungen war gerade in diesen Fallgestaltungen die Gefahr möglicher Fehlentwicklungen des Prozesses erkennbar zutage getreten. Dies zeigte sich besonders deutlich bei den zum Teil festzustellenden mehrfachen Veränderungen der Ausrichtung innerhalb desselben Verfahrens. Daß eine Umorientierung auf ein anderes als das zuletzt bestimmte Bezugssubjekt auch noch in der Hauptverhandlung selbst möglich ist, haben bereits die zuletzt durchgeführten Untersuchungen deutlich werden lassen. Durch die dort getroffenen Feststellungen ist zudem das Ergebnis der Ausrichtung von mündlicher Verhandlung und Urteil auch für die hier angesprochenen Fallgestaltungen bereits weitgehend vorgegeben, so daß auf diese Frage nicht mehr i.e. eingegangen werden muß. Es bietet sich hier aber an, den

durch Verwendung falscher Namen gerade in diesen - in Rechtsprechung und Schrifttum zumeist unerwähnt bleibenden - Fallsituationen oftmals verworrenen Verlauf des Verfahrens vom Stadium der Hauptverhandlung aus rückblickend in seiner Gesamtheit darzustellen, indem innerhalb der noch nicht wieder aufgegriffenen Fälle die in der mündlichen Verhandlung auftretende und somit als künftig nicht mehr austauschbares Bezugssubjekt ermittelte Person zu ihren im bisherigen Verfahrensablauf eingenommenen Rollen in Beziehung gesetzt wird.

a. Auftreten eines nicht angeklagten Täters in der Hauptverhandlung

An dieser Stelle wird an jene Fälle angeknüpft, in denen der den Namen eines Dritten mißbrauchende Täter unter der falschen Bezeichnung zunächst selbst beschuldigt wurde, das Verfahren sich aber in der Folge auf den wirklichen Namensträger hin verlagerte, weil allein dieser aus Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß als objektiv gemeint hervorging. Erscheint nunmehr der Täter selbst in der Hauptverhandlung, so wird dadurch eine den zuvor erörterten Fallgestaltungen in manchen Punkten ähnliche, insgesamt aber nicht vergleichbare Situation geschaffen: Denn da der vor Gericht Auftretende nur mit dem ursprünglichen Beschuldigten, nicht aber mit der Person des späteren Angeklagten identisch ist, liegt in diesem Stadium des Verfahrens einerseits keine bloße (fortgesetzte) Falschbezeichnung eines i.ü. zutreffend Individualisierten vor. Trotz der damit gegebenen

Fehlvorstellung des Gerichts bezüglich der Identität des Erschienenen mit dem Angeklagten handelt es sich doch andererseits auch nicht um eine gänzlich "prozeßfremde" Person, wie es bei dem erstmals in der Hauptverhandlung unter dem Namen des Angeklagten auftretenden Strohmannes oder sonstigen Dritten (z.B. bei irrtümlicher Vorführung) der Fall war.

Da die Verhandlung aber nunmehr auf den tatsächlich Erschienenen bezogen ist und das Urteil gegen ihn ergeht, führt dies im Hinblick auf die R i c h t u n g s f r a g e des gesamten Prozesses zu dem Ergebnis, daß eine erneute Änderung stattgefunden und das Verfahren sich mithin auf jene Person zurückorientiert hat, auf die zu Beginn die Untersuchungen festgelegt wurden.

b. Auftreten eines bereits vor der Hauptverhandlung in das Verfahren verstrickten Strohmannes

Welch unterschiedlichen Verlauf das Verfahren bis in die Hauptverhandlung hinein nehmen kann, zeigt sich besonders deutlich auch dann, wenn der Rollentausch zwischen Täter und Strohmann schon im Ermittlungsverfahren stattgefunden hatte.

Die Richtungsfrage läßt sich zwar in jenen Fällen von vornherein eindeutig beantworten, in denen der Strohmann das Bezugssubjekt aller vorangegangenen Verfahrensabschnitte war und nunmehr auch die mündliche Verhandlung auf ihn bezogen ist:

Der gesamte Prozeß hat sich hier kontinuierlich an derselben - falschen - Person ausgerichtet; das gegen den Strohmann ergehende

Urteil stellt also nur das konsequente Ergebnis dieser fortgesetzten Fehlorientierung dar.

Die Situation ist aber eine völlig andere, wenn das Auftreten eines Strohmannes schon vor der Hauptverhandlung zu mehrfachen Veränderungen der Ausrichtung innerhalb desselben Verfahrens führte. Wurde zunächst der wirkliche Täter selbst unter seinem Namen in die Untersuchungen einbezogen und beschuldigt und trat noch während der laufenden Ermittlungen der Strohmann in dessen Rolle ein, so war die weitere Entwicklung davon abhängig, ob nunmehr - wie im zuvor erwähnten Fall - der Strohmann auch aus Anklage und Eröffnungsbeschluß als objektiv gemeint hervorging, oder ob diese sich auf den ursprünglichen Beschuldigten (wirklichen Täter und richtigen Namensträger) bezogen.

Im ersteren Fall ergibt sich nunmehr die Konsequenz eines zwar gegen die richtige Person eingeleiteten, dann aber fehlorientierten und in dieser falschen Zielrichtung bis zur Hauptverhandlung fortgesetzten Verfahrens, das auch dort wiederum durch die persönliche Anwesenheit des Strohmannes unverändert auf die falsche Person bezogen ist und durch ein gegen sie ergehendes Urteil beendet wird. Im zweiten Fall ist eine andere Entwicklung zu beobachten: Zwar ist die Ausgangssituation dieselbe; wurde aber der Strohmann nach erfolgtem Rollentausch als vermeintlicher Verdächtiger weiteren Ermittlungen ausgesetzt und damit ebenfalls beschuldigt, so fand - falls später der zuerst beschuldigte wirkliche Täter aus der Anklageschrift und dem Eröff-

nungsbeschluß als objektiv gemeint hervorging - eine Rückorientierung auf die ursprünglich zutreffend individualisierte Person des Täters statt. Da nun aber der Strohmann durch sein persönliches Erscheinen in der Hauptverhandlung zu deren Bezugssubjekt wird, führt dies zu einer erneuten Abänderung der Ausrichtung bei Abschluß des Verfahrens.

Wurde von vornherein nur der Strohmann in die Ermittlungen einbezogen, ging aber der Täter (und wirkliche Namensträger) aus Anklage und Eröffnungsbeschluß als objektiv gemeint hervor, so ist die Ausgangssituation zu Beginn des Verfahrens zwar eine andere.

Da die Hauptverhandlung aber wiederum auf den vor Gericht erschienenen Strohmann bezogen ist, wird die zwischenzeitlich erfolgte Ausrichtung auf das richtige Bezugssubjekt wieder aufgehoben und es erfolgt damit eine Rückorientierung auf die falsche Person.

c. Der in der Hauptverhandlung Erschienene wurde gegen seinen Willen in das Verfahren verstrickt

Die hier zu erörternden Fälle lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: Die erste betrifft jene Fallsituationen, in denen jemand infolge Mißbrauchs seines Namens oder aufgrund eines Irrtums auf Seiten der Strafverfolgungsorgane in den Prozeß hineingezogen wurde. Die zweite Gruppe umfaßt Fälle, in denen Zustellungsfehler als Ursache denkbarer Fehlorientierungen des Verfahrens in Betracht kommen

könnten.

aa. Namensmißbrauch und Irrtum

Die in diesen Fallgestaltungen festzustellende Entwicklung des Verfahrens in seinen verschiedenen Abschnitten zeigt einige Parallelen zu dem durch das Auftreten eines Strohmannes beeinflussten Prozeßverlauf:

So entspricht dem frühzeitigen Eintritt eines Strohmannes in das Ermittlungsverfahren hier die von vornherein mögliche Festlegung der Untersuchungen auf einen sonstigen Dritten, dessen Name bereits verwendet wurde, als die Ermittlungen noch gegen Unbekannt geführt wurden und der dann später - beim Auftreten konkreter Verdachtsmomente - den erfolgten Namensmißbrauch nicht aufzudecken vermochte und damit schließlich in die Stellung des Beschuldigten geriet.

Blieb er auch weiterhin das Bezugssubjekt des Verfahrens und erscheint er nunmehr (notgedrungen) als "richtiger" Angeklagter in der Hauptverhandlung, so ist auch ein ergehendes Urteil auf seine Person bezogen und der Prozeß - wie im vergleichbaren Falle des Auftretens eines Strohmannes - in seiner Gesamtheit auf eine falsche Person hin ausgerichtet.

Weitere Parallelen finden sich, wenn zunächst der Täter selbst unter falschem, sodann aber auch der Dritte unter seinem richtigen Namen beschuldigt wurde und das Verfahren sich in der Folge allein an der Person des richtigen Namensträgers ausrichtete.

Auch hier wird die im Ermittlungsverfahren ein-

setzende Fehlorientierung unverändert beibehalten und durch das gegen den in der Hauptverhandlung Erschienenen ergehende Urteil endgültig bestätigt.

Eine andere, beim Auftreten eines Strohmannes nicht mögliche Ausgangssituation für künftige Fehlentwicklungen des Verfahrens ist in jenen Fallgestaltungen gegeben, in denen sich erstmals im Stadium der Anklageerhebung eine Veränderung der bisherigen Zielrichtung feststellen ließ. Zu erwähnen ist hier die nach Beschuldigung des unter dem Namen eines anderen handelnden Täters erfolgende Verstrickung des (aus dem gesamten Inhalt der Anklageschrift als objektiv gemeint hervorgehenden) wirklichen Namensträgers. Sofern keine Aufklärung des Sachverhaltes erfolgt, orientiert das Verfahren sich von nun an bis in die Hauptverhandlung hinein kontinuierlich am falschen Bezugssubjekt.

Eine in der Hauptverhandlung selbst erfolgende (u.U. nochmalige) Veränderung der Zielrichtung des Verfahrens läßt sich damit in den Fällen des Namensmißbrauchs nur dann feststellen, wenn der (nicht angeklagte) Täter selbst vor Gericht erscheint.¹⁾

bb. Zustellungsfehler

Es soll an dieser Stelle noch einmal kurz auf die in der Literatur häufig diskutierten Fälle Bezug genommen werden, in denen Anklageschrift, Eröffnungsbeschluß oder auch die Ladung zur Hauptverhandlung versehentlich einer anderen Person mit

1) s.o.S.96f.

gleichem Namen zugestellt werden.

Daß die einer prozeßfremden Person zugestellte Ladung zur Hauptverhandlung die Rechtsstellung des Empfängers in keiner Weise berührt, dürfte so selbstverständlich sein, daß es hierzu keiner weiteren Ausführungen bedarf.

Im Hinblick auf das Fehlgehen von Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß wird jedoch vereinzelt die Auffassung vertreten, der Zustellungsempfänger könne hierdurch zum (richtigen) Angeklagten dieses Verfahrens werden. Für den Fall, daß der Betreffende in der Hauptverhandlung erscheint und eine Klärung des Sachverhaltes unterbleibt, sagen Lucas-Dürr¹⁾: "Da diesem schon die Anklage und der Eröffnungsbeschluß zugestellt sind und er sich darauf eingelassen hat, wird er, obgleich nach der Anzeige und den Vorermittlungen ein anderer ... gemeint war, doch in d i e s e m Verfahren als der richtige Angeklagte gelten müssen." Und Petters-Preisendanz²⁾ führen (ohne dies näher zu begründen) aus: "Der Erschienene ist zwar nicht der richtige Täter, aber der r i c h t i g e A n g e k l a g t e." Diese Folgerung ist sicherlich unzutreffend.³⁾ Insoweit kann auf die zur Bestimmung der Person des "Angeschuldigten"⁴⁾ und "Angeklagten"⁵⁾ durchgeführten Untersuchungen verwiesen werden, wo u.a. auch dargelegt wurde, daß die Zustellung

1) S.243

2) S.224

3) Vgl.zur Kritik dieses Standpunktes auch Eb.Schmidt I, Fußn.517 zu Rdnr.292

4) S.65f.

5) S.74

an den bereits mit Einreichung der Anklageschrift bei Gericht bzw. Erlaß des Eröffnungsbeschlusses durch das Gericht f e s t s t e h e n d e n Angeschuldigten / Angeklagten erfolgen sollte.

Unterbleibt in diesen Fällen tatsächlich eine Klärung des Sachverhaltes,¹⁾ dann wird die Verhandlung gegen den f a l s c h e n Angeklagten geführt und n u n m e h r eine Veränderung der bisherigen Ausrichtung des Verfahrens bewirkt.

1) Zum geringen praktischen Bezug dieser Fälle
s.o. S.27

4. Zusammenfassende Darstellung:

Die Zielrichtung des Verfahrens innerhalb seiner einzelnen Abschnitte

	"BESCHULDIGTER"	"ANGESCHULDIGTER"	"ANGEKLAGTER"	"VERURTEILTER"
Der Täter handelt unter falschem Namen	Täter	Täter	Täter	Täter
Auftreten einer bislang prozeßfremden Person in der Hauptverhandlung	Täter	Täter	Täter	Strohmann od. sonst. Dritter (irrtümliche Vorführung, fehlgegangene Zustellungen)
Auftreten des nicht angekl. Täters in der Hauptverhandlung	Täter	Dritter (Namensträger)	Dritter (Namensträger)	Täter
Auftreten eines vor der Hauptverhandlung in das Verfahren verstrickten Strohmannes	Strohmann Täter Täter Strohmann	Strohmann Strohmann Täter Täter	Strohmann Strohmann Täter Täter	Strohmann Strohmann Strohmann Strohmann
Auftreten eines gegen seinen Willen in das Verfahren verstrickten Dritten in der Hauptverhandlung	Dritter Täter Täter	Dritter Dritter Dritter	Dritter Dritter Dritter	Dritter Dritter Dritter

II. Zweiter Problemkreis: Die Wirkungen des Urteils

Nachdem die vorangegangenen Untersuchungen gezeigt haben, welche Entwicklung das Verfahren in seinen verschiedenen Stadien durchlaufen hat und gegen welche Personen die in den Fallgestaltungen behandelten Urteile schließlich ergangen sind, kann nunmehr auf der Grundlage der dort getroffenen Feststellungen der weiteren Frage nachgegangen werden, ob und ggf. welche Wirkungen von diesen Erkenntnissen im Einzelfalle ausgehen. R e c h t - l i c h e Wirkungen vermögen sie jedenfalls nur dann zu erzeugen, wenn sie ohne Ausnahme als beachtliche richterliche Entscheidungen zu werten sind; eine Annahme, die aber im Hinblick auf die ihnen zugrundeliegenden Fehler Bedenken begegnen könnte.

Erste Zweifel tauchen sicherlich dort auf, wo das Urteil sich gegen eine ganz andere als die in Anklage und Eröffnungsbeschluß genannte Person richtet. Aber auch in manchen der übrigen Entscheidungen könnte der Gedanke an eine solche Möglichkeit nicht von vornherein völlig auszuschließen sein. Allerdings kann sich diese Fragestellung überhaupt nur dann ergeben, wenn die Möglichkeit "nichtiger"¹⁾ Urteile als solche grund-

1) Die Terminologie ist uneinheitlich. Üblicherweise wird der Ausdruck "Nichtigkeit" verwandt; daneben finden sich die (auch im folgenden) synonym gebrauchten Begriffe "Unwirksamkeit" und "Unbeachtlichkeit". Von (hier allerdings nicht weiter interessierenden) "Nichturteilen" wird zumeist gesprochen, wenn allenfalls der technische Ausdruck auf ein gerichtliches Erkenntnis hinweist; von "Scheinurteilen", wenn ein gerichtliches Verfahren nur zum Schein durchgeführt wird, während es in Wirklichkeit um die

sätzlich anzuerkennen ist. Es bedarf daher zunächst einer Auseinandersetzung mit dieser umstrittenen, aber für alle folgenden Untersuchungen grundlegenden Frage.

1. Zur Frage der Nichtigkeit von Strafurteilen

a. Darstellung der in Literatur und Rechtsprechung vertretenen Auffassungen

aa. Standpunkte in der Literatur

Ein Teil der Literatur lehnt die Möglichkeit, daß ein Urteil wegen schwerster Mängel unheilbar nichtig sein könne, g a n z a l l g e m e i n ab.¹⁾ Ausgehend davon, daß die StPO hierfür keine Grundlage biete,²⁾ wird vor allem auf die mit ihrer Anerkennung verbundenen praktischen Konsequenzen verwiesen. Dieser Gedanke findet sich besonders deutlich bei Lucas-Dürr.³⁾ Ihrer Ansicht nach könne zwar nicht geleugnet werden, daß es "vom rein

Verhängung reiner Willkürmaßnahmen geht. Zu weiteren, die Terminologie betreffenden Fragen vgl. L-R-Schäfer Einl. Kap.16, Rdnr.1 (FuBn.1) und Grünwald ZStW 76 (1964), 250 (FuBn.2) jeweils m.w.Nachw.

1) v.Kries, S.708; Niethammer (in Löwe-Rosenberg, 20. Auflage 1958 Band I, S.61); Sarstedt JR 1955, 351f.; Grünwald ZStW 76 (1964), 250ff.; Geppert GA 120 (1972), 182 (FuBn.134); Rebmann-Roth-Herrmann § 66 OWiG, Rdnr.16ff.; Lucas - Dürr, S.358f.

2) v.Kries aaO.

3) aaO.

juristischen Standpunkt aus" folgerichtig gedacht sei, einem mit besonders krassen Fehlern behafteten Urteil die Wirksamkeit zu versagen; dies aber führe zu einem Ergebnis, das "vom praktischen Standpunkt aus in hohem Maße bedenklich und durchaus undurchführbar" sei. Mit der staatlichen Autorität und Rechtspflege sei es nicht zu vereinbaren, eine "im geordneten Prozeßgang ergangene Entscheidung von öffentlich-rechtlicher Wirksamkeit", ohne daß sie durch eine hierzu berufene richterliche Behörde als nichtig festgestellt sei, tatsächlich als nichtig und nicht vorhanden zu behandeln, wenn z.B. eine zu ihrer Ausführung berufene Behörde sie dafür halte.¹⁾ Dies werde besonders in Zweifelsfällen deutlich, in denen die "Nichtigkeit" nicht von vornherein klar zutage trete. So bedürfe es etwa zur Entscheidung über die Frage, ob ein Verfahren dieselbe Tat zum Gegenstand habe wie ein rechtskräftiges Urteil, oft diffiziler tatsächlicher Feststellungen und rechtlicher Überlegungen, die ein einfaches Beiseiteschieben der Entscheidung in einem solchen Falle ausschließen.²⁾ Weitere Argumente gegen die Anerkennung nichtiger Urteile trägt Grünwald vor.³⁾ Seiner Ansicht nach würde darin eine Mißachtung der Vorschriften über die Wiederaufnahme (§§ 359ff.) liegen, in denen dieser Konflikt eine Regelung gefunden habe. Denn mit der Festlegung der Wiederaufnahmegründe sei

1) Lucas-Dürr, S.358f.; vgl. auch v.Kries, S.708 und Beling, S.208

2) Lucas-Dürr aaO.; Niethammer in L-R (20.Aufl.), S.61; Sarstedt JR 1955, 352; Geppert GA 1972, 182 (FuBn.134).

3) ZStW 76 (1964), 255ff.

entschieden, daß andere Umstände den Bestand eines rechtskräftigen Urteils nicht beeinträchtigen könnten und die Regelung des Wiederaufnahmeverfahrens bestimme, daß die Geltendmachung von Urteils-mängeln nur auf d i e s e m Wege zulässig sei. Der These von der Urteilsnichtigkeit stehe zudem, so führt Grünwald weiter aus, der Rechtssatz "ne bis in idem" entgegen. Es könne nicht daran vorbeigegangen werden, daß letztlich doch noch einmal über eine rechtskräftig abgeurteilte Tat entschieden würde; daß im Falle der Nichtigkeit ein der Rechtskraft fähiges Urteil überhaupt nicht vorliege, sei eine bloße "Konstruktion", die an der zugrundeliegenden Interessenlage nichts änderere. Ein Verurteilter (oder Freigesprochener) würde wegen derselben Tat vor Gericht gestellt, obwohl ein Urteil gegen ihn ausgesprochen und die gesetzlichen Voraussetzungen für seine Beseitigung nicht gegeben seien. Wenn diese Bedenken nicht gesehen würden, so beruhe das wohl auf der vielfach erfolgenden Bildung solcher Beispielsfälle, in denen die Annahme der Nichtigkeit dem Angeklagten immerhin zugute käme; sie könne sich aber ebensogut zu seinen Ungunsten auswirken und damit im Ergebnis eine Ausschaltung der ihn schützenden Rechts-sätze bewirken.

Andere Stimmen in der Literatur lehnen die Möglichkeit nichtiger Urteile zwar g r u n d - s ä t z l i c h ab, lassen aber in bestimmten Fällen Ausnahmen zu. So ist es nach Graf zu Dohna¹⁾ zwar "unumgänglich, die Frage, ob nicht unter Umständen eine absolute Nichtigkeit des Strafurteils anzuerkennen sei, schlechterdings zu verneinen." Etwas anderes soll aber dann gelten, wenn ein Urteil einem anderen, in derselben Sache ergangenen,

1) S.221

w i d e r s p r i c h t. Auch Kohlhaas¹⁾ wendet sich prinzipiell gegen die Anerkennung nichtiger Strafurteile, bejaht diese aber doch beim Vorliegen einer ihrem Inhalte nach rechtlich u n m ö g l i c h e n Entscheidung. Eine besonders eingehende Untersuchung dieses Problemkreises findet sich bei Schäfer.²⁾ Er überprüft verschiedene in Betracht kommende Fallgruppen und gelangt zu dem Ergebnis, daß es - abgesehen von Fällen eines Überschreitens der Gerichtsbarkeit und des Erkennens auf eine unserem gesamten Strafsystem unbekannte Maßnahme (=sinnlose Strafaussprüche wie Todesstrafe, Prügelstrafe usw.) - schlechterdings nicht zu vertreten sei, daß es Strafentscheidungen gebe, deren unheilbare Nichtigkeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit geltend gemacht werden könne. Eine Beseitigung von mit schwersten Fehlern behafteten Urteilen könne nur in einem gerichtlichen Verfahren erfolgen. Hierfür stehe bei bestimmten schwerwiegenden Fehlern die Verfassungsbeschwerde zur Verfügung, mit der namentlich die Verletzung der Menschenwürde (Art.1, Abs.1 GG) und der in Art.101, 103, 104 GG zu Verfassungsgeboten und -verboten erhobenen Fundamentalsätze geltend gemacht werden könnten. Sei die Verfassungsbeschwerde nicht gegeben, so müsse erwogen werden, Abhilfe auf dem Wege der Rechtsanalogie zu schaffen. Allerdings sei der Bereich der Verfassungsbeschwerde so umfassend, daß mit ihr nicht rügbare Verfahrensverstöße, die andere Abhilfemöglichkeiten als zwingend geboten erschei-

1) in L-R (21.Aufl.), Vorb.26a vor § 151

2) in L-R Einl. Kap.16

nen lassen könnten, kaum denkbar seien. Die Regelung in § 90 BVerfGG sei als abschließend anzusehen; vertretbar erscheine es aber, bei sachlich-rechtlichen Verstößen eine Nachprüfung in bestimmten Grenzen zuzulassen und diese eventuell sogar dem Wiederaufnahmeverfahren zuzuweisen. Wer eine solche Rechtsanalogie für zu gewagt halte, könne den prozessualen Anknüpfungspunkt auch in § 458 suchen.¹⁾

Der überwiegende Teil des Schrifttums **b e j a h t g r u n d s ä t z l i c h** die Möglichkeit, daß es unheilbar nichtige Strafurteile geben könne, fordert bei deren Anerkennung aber starke Zurückhaltung und eine Begrenzung auf den allerengsten Raum.²⁾ Der verbleibende Bereich wird bisweilen mit allgemeinen Wendungen umschrieben. So soll die Annahme der Nichtigkeit beispielsweise nur dann gerechtfertigt sein, wenn "das Urteil für unser Rechtsdenken **u n e r t r ä g l i c h** ist, insbesondere, wenn es den Grundsätzen einer rechtsstaatlichen Ordnung in grundlegender Weise widerspricht."³⁾ Teilweise wird auch gefordert, der

1) Vgl. i.e. L-R-Schäfer Einl. Kap.16, Rdnr.43

2) Gerland, S.294; Henkel, S.257; Kleinknecht Einl., Rdnr.102ff.; Beling S.202; KMR-Sax Einl.,106 (II); Eb.Schmidt I, Rdnr.253ff.; Peters, S.449ff.; Spendel ZStW 67 (1955), 561 und JZ 1958,547; Heinitz JZ 1963,133; Luther ZStW 70 (1958), 87; Roeder ZStW 79 (1967), 250; Roxin, S.277.

3) Henkel, S.258. Ähnliche Formulierungen finden sich bei Eb.Schmidt (I, Rdnr.252): "...wo eine Entscheidung gegeben ist, deren gewollte Wirkung vom Standpunkt unseres Rechts **aus** nicht denkbar ist oder sich mit den Grundprinzipien unserer rechtsstaatlichen Ordnung in Widerspruch setzt" und Peters (S.450): "...für die Rechtsgemeinschaft unerträglich." Vgl.ferner Gerland, S.202ff. und 207ff.; Egon Schneider MDR 1956,465f; Beling, S.202; v.Hippel, S.375ff.

Mangel müsse "jedem o f f e n s i c h t l i c h sein, d.h. ohne nähere Prüfung der Rechts- und Sachlage erkennbar"¹⁾ hervortreten oder doch für einen "verständigen Beobachter offenkundig"²⁾ sein.

Im übrigen entscheiden die Vertreter dieser die Kategorie der Urteilsnichtigkeit zumindest prinzipiell anerkennenden Lehre jeweils von Fall zu Fall darüber, wann einem Urteil die Wirksamkeit zu versagen sei. Wenn auch i.e. vieles streitig ist, lassen sich doch die meistgenannten Mängel in bestimmten Gruppen zusammenfassen:

Zu erwähnen sind etwa das Fehlen von Prozeßvoraussetzungen (Fehlen der Gerichtsunterworfenheit, Überschreitung der dem Gericht durch Anklage und Eröffnungsbeschluß gezogenen Grenzen oder Verstoß gegen den Satz "ne bis in idem"), bestimmte Verfahrensmängel (wie Mängel in der Person des Richters), sachliche Mängel (Verurteilung nach einem nicht vorhandenen Strafgesetz oder zu einer unserem Strafsystem unbekannten Strafe) und schließlich sonstige besonders krasse Fehler bei der Anwendung des sachlichen Rechts.³⁾

bb. Die Haltung der Rechtsprechung

Welche Haltung die Rechtsprechung zur Frage der Nichtigkeit von Urteilen einnimmt, ist nicht ein-

1) Peters, S.450. Zweifelhaft ist allerdings, ob diese Einschränkung ganz allgemein, also auch beim Vorliegen tatsächlicher Irrtümer gelten soll. Im Rahmen der Erörterung des Falles des LG Lüneburg (MDR 1949,767) wird sie jedenfalls nicht gemacht.

2) Kleinknecht Einl., Rdnr.102

3) Vgl. die Aufstellung bei Grünwald ZStW 76 (1964), 251ff. mit weiteren Beispielen und zahlreichen Nachweisen aus der Literatur.

deutig zu bestimmen. Zwar bekennt auch sie sich im Grundsatz zur Möglichkeit nichtiger Urteile, so z.B., wenn das RG¹⁾ generalklauselartig formuliert, das Urteil müsse "derart aus dem Rahmen der Strafprozeßordnung herausfallen, daß es als schlechthin nichtig angesehen werden müsse" oder der BGH²⁾ dies für "ganz seltene "Ausnahme-fälle" bejaht. Die Nennung von einzelnen Beispielen "besonders schwerer Mängel, die ausnahmsweise zur Unwirksamkeit führen"³⁾, verstärkt darüberhinaus noch den Eindruck einer grundsätzlichen Anerkennung der Kategorie der Urteilsnichtigkeit. Andererseits hat die Rechtsprechung trotz dieser Stellungnahmen aber - von Fällen fehlender Gerichtsunterworfenheit abgesehen⁴⁾ - keine Konsequenzen hieraus gezogen und bisher noch kein Urteil für nichtig erklärt.⁵⁾ Gegen eine Bereitschaft hierzu spricht

-
- 1) RGSt 75,59; ähnlich auch schon RGSt 40,273 und 72,78
 - 2) BGHZ 42,363
 - 3) BHG JZ 1963,289: Entscheidung durch ein Nichtgericht, fehlende Verlautbarung, Fehlen der Gerichtsbarkeit oder Unmöglichkeit dem Inhalt nach.
 - 4) OLG Braunschweig MDR 1947,37 (Hier bestand allerdings die Besonderheit, daß eine Vorschrift des damals anzuwendenden MilRegG Nr.2 - Art. VI, Ziff.11 - die Nichtigkeit von Urteilen vorsah, wenn sie eine der deutschen Gerichtsbarkeit entzogene Tat zum Gegenstand hatten.) Vgl. aber auch BayObLG NJW 1960,162, wo ein Urteil als nichtig behandelt wurde, das einen Angeklagten betraf, der nach Art.6 S.1 des Truppenvertrages der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen war.
 - 5) Die sog. "Waldheimer Urteile" (KG NJW 1954,1901) betrafen Entscheidungen der DDR-Gerichtsbarkeit und die Frage ihrer Anerkennung in der Bundesrepublik.

auch der Umstand, daß z.B. selbst bei schwersten Verfahrensverstößen die Unwirksamkeit mit der Begründung verneint wurde, im Vergleich mit den von der StPO als absolute Revisionsgründe gewerteten Verfahrensverstößen (§ 338) seien sie (doch) nicht so schwerwiegend, daß ein auf ihnen beruhendes Urteil aus deren Rahmen falle.¹⁾

b. Stellungnahme

Bei der Darstellung der verschiedenen Standpunkte ist deutlich erkennbar geworden, daß die Kategorie der Urteilsnichtigkeit vor allem im Hinblick auf die bei ihrer Anerkennung möglichen Konsequenzen ganz allgemein erheblichen Bedenken begegnet. Wenn einige Stimmen in der Literatur diese für derart schwerwiegend erachten, daß sie schon allein ihretwegen die These, es könne nichtige Urteile geben, gänzlich verwerfen, dann kann ihnen sicherlich nicht der Vorwurf gemacht werden, sie sähen entweder überhaupt nicht die Möglichkeit, daß Gerichte Unrecht tun, oder würden diese jedenfalls als zu gering erachten.²⁾

Andererseits aber erscheint es unumgänglich, vor einer Wertung möglicher Folgen zunächst einmal eine Klärung der begrifflichen Voraussetzungen herbeizuführen: Erst wenn die Feststellung getroffen werden kann, daß eine Urteilsnichtigkeit als solche zumindest begrifflich klar faßbar ist - wozu

-
- 1) Vgl. dazu L-R-Schäfer Einl. Kap.16, Rdnr.7ff. mit einer Vielzahl von Einzelbeispielen aus der Rechtsprechung.
 - 2) Diesem Vorwurf sieht sich Grünwald (ZStW 76,257) ausgesetzt, der insoweit auf die Stellungnahme von Egon Schneider (MDR 1956,465f.) verweist.

es allerdings eines sicheren Abgrenzungsmaßstabes bedürfte - ist auf die daraus resultierenden Folgen einzugehen und weiter zu fragen, ob sie tatsächlich derart unerträglich wären, daß ihretwegen eine Ablehnung der Kategorie der Urteilsnichtigkeit insgesamt zu erwägen sein könnte.

Ausgangspunkt der Erörterung dieses Problemkreises muß somit die Frage sein, ob es Mängel von solcher Schwere gibt, "daß es auch bei Berücksichtigung der Belange der Rechtssicherheit und Rechtsgewißheit und des öffentlichen Vertrauens in die Rechtsbeständigkeit rechtskräftiger Urteile vom Standpunkt der Gerechtigkeit schlechthin unerträglich wäre, den Spruch als unabänderlich wirksam hinzunehmen, soweit nicht die Gnade für Abhilfe sorgt."¹⁾

Eine solche Fragestellung könnte nun allerdings dazu verleiten, sich irgendwelche **b e s o n d e r s k r a s s e n** Verstöße auszudenken, die den Urteilsspruch - ohne daß dem zu widersprechen wäre - als nicht hinnehmbar (=schlechthin unerträglich) erscheinen ließen. Dies würde jedoch wenig zur Klärung beitragen, und es bleibt daher festzuhalten, daß - soll die gesamte Diskussion nicht auf eine bereits im Ansatz verfehltte Grundlage gestellt werden - Gegenstand dieser Überprüfung nur solche Fälle sein können, die praktisch denkbar und nicht nur allenfalls theoretisch vorstellbar sind.²⁾

1) L-R-Schäfer Einl. Kap.16, Rdnr.2

2) Gerland, S.295 (Anm.133): "Man sollte in der Lehre doch auch nicht, wie es geschieht, mit Beispielen, die gänzlich unmöglich sind, operieren." Ähnlich auch Sarstedt JR 1955,352. Nicht hier einzuordnen ist der Fall, daß ein Richter nach erfolgter Gesetzesänderung in Unkenntnis des neuen Rechts noch weiterhin nach dem alten judiziert. Vgl. hierzu L-R-Schäfer Einl.Kap.16 (Fußn.7) mit Hinw. auf die in verschiedenen denkbaren Fällen sich bietenden legalen Möglichkeiten zur Korrektur.

Auszuscheiden sind daher jene häufig genannten, in der Praxis aber bedeutungslosen und daher zu Recht als "dem Bereiche der Fantasie" angehörend¹⁾ bezeichneten Beispiele (für sachliche Mängel), in denen das Urteil auf eine unserem gesamten Strafsystem unbekannte Strafe lautet (=sinnlose Strafaussprüche enthält wie Todesstrafe, Prügelstrafe usw.)²⁾. Im übrigen bedürfte es der Bildung solcher "Beispiele" auch nur dann, wenn es an Fällen mangeln würde, in denen die Frage einer eventuellen Nichtigkeit wirklich akut wird. Dies trifft aber keineswegs zu, wie schon allein die Vielzahl tatsächlich vorgekommener schwerster Fehler zeigt.³⁾ Viel problematischer ist es, den eindeutigen Maßstab zu finden, der eine klare Abgrenzung der "beachtlichen" von den "unbeachtlichen" Entscheidungen ermöglicht. Einen solchen vermögen die verschiedenen, die Voraussetzungen der Nichtigkeit mit allgemeinen Formulierungen umschreibenden "Generalklauseln" nicht zu bieten.⁴⁾ Weder mit dem "Geist der Rechtsordnung",⁵⁾ noch mit der Nennung allgemeinsten Rechtsprinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit läßt es sich erklären, "warum eine unerträgliche Entscheidung in einem Falle unbeachtlich, in einem anderen dagegen zwar unrichtig und daher anfechtbar, aber doch beachtlich sein soll." ⁶⁾ Auch hilft es

1) I-R-Schäfer Einl. Kap.16, Rdnr.11 und 22; Grünwald ZStW 76 (1964), 262f.; KMR-Sax, Einl.10 b (II) (2) (a).

2) BGH bei Dallinger MDR 1954,400

3) Vgl.die von Schäfer aaO., Rdnr.7 angeführten Fälle aus der Praxis.

4) s.o.S.110 und 112

5) Vgl.RGSt 72,78

6) KMR-Sax, Einl.10 b (II)

nicht weiter, wenn teilweise gefordert wird, die Fehlerhaftigkeit müsse für einen "verständigen Beobachter" offensichtlich sein; denn eine solche Feststellung evidenter Mangelhaftigkeit läßt sich - von den zur Abgrenzung untauglichen "Fantasiefällen" einmal abgesehen - wohl kaum jemals treffen.¹⁾ Sie wird auch durch die Tatsache widerlegt, daß die Richter den Fehler selbst nicht erkannt haben.²⁾ Da man ihnen keine entsprechende Unkenntnis unterstellen wird,³⁾ bleibt nur übrig, diese Formulierung dahingehend zu interpretieren, daß der vorgekommene Fehler jedem offensichtlich sein mußte, so daß er zumindest ohne längere Nachforschungen festzustellen wäre. Aber auch dann bliebe noch unklar, wie kraß der jeweilige Fehler sein muß, damit ihn auch jeder mann als solchen erkennt.⁴⁾ Die Unsicherheit dieser Maßstäbe birgt die Gefahr in sich, die gesetzliche Bechränkung der prozessualen Möglichkeiten, eine zwar unrichtige, aber beachtliche Entscheidung wieder zu beseitigen, insbesondere den eng begrenzten Bereich der Wiederaufnahmegründe zu mißachten⁵⁾ und ist daher in der Tat als "nicht er-

1) Ähnliche Fragen ergaben sich bereits bei der Bestimmung des "objektiven Beobachters" im Rahmen der zur Begründung der Beschuldigteneigenschaft durchgeführten Untersuchungen; s.o.S.38.

2) Grünwald ZStW 76 (1964), 260. Die Ausnahme der Rechtsbeugung ist in § 359 Nr.3 geregelt.

3) Auf diesen Gedanken könnte man aber kommen, wenn z.B. die von Stammann (Diss.S.40) gewählte Formulierung wörtlich genommen würde, wonach ein Urteil "für den Kenner der Vorschriften der StPO ganz offensichtlich erkennbar die Zeichen seiner Unwirksamkeit" erkennen lassen muß.

4) Vgl.zur Kritik auch Grünwald ZStW 76 (1964), 260f.

5) KMR-Sax, Einl.10 b (II)

träglich" anzusehen.¹⁾

Zu einem sicheren Abgrenzungsmaßstab könnte aber der von Sax²⁾ gewiesene Weg führen: Er geht davon aus, daß die Frage der Beachtlichkeit oder Unbeachtlichkeit gerichtlicher Entscheidungen letztlich eine Frage des materiellen Staatsrechts sei, d.h., ob das Urteil als materiell-rechtlicher Staatsakt wirksam und damit als verfahrensbeendende richterliche Prozeßhandlung beachtlich (möglicherweise aber anfechtbar) oder aber nichtig und damit prozessual unbeachtlich sei. Die Antwort auf diese Frage hänge davon ab, wie Inhalt und Umfang der materiell-rechtlichen Verpflichtung des Staates, durch seine Rechtspflegeorgane Justiz zu gewähren, bestimmt werde. Sax bestimmt diese Grundlage des Verfahrensrechts in der Weise, daß der Staat nur verpflichtet sein könne, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um die größtmögliche Rechtsverwirklichung in der größtmöglichen Zahl zu gewährleisten und auf dieser Grundlage Justiz zu gewähren. Dies bedeute, daß der vor die Rechtspflegeorgane gebrachte Konfliktfall "auf einem für ihn vorgesehenen m ö g l i c h e n Verfahrensweg im Rahmen des m ö g l i c h e n materiellen Rechts zu behandeln und zu entscheiden" sei. Daraus ergebe sich, daß eine dieser Justizgewährungspflicht zuwiderlaufende gerichtliche Entscheidung als Staatsakt fehlerhaft und damit als richterliche Prozeßhandlung nichtig (=unbeachtlich) sei, "wenn sie nicht auf dem für einen

1) Grünwald ZStW 76 (1964), 261

2) In KMR, Einl. 10 b (II); vgl. auch ZZP 67 (1954), 39ff.

Konfliktsfall dieser Art abstrakt-gesetzlich vorgesehenen möglichen Verfahrens-
weg oder nicht unter Anwendung des möglichen materiellen Rechts" er-
gehe.¹⁾

Damit dürfte ein brauchbarer Maßstab zur Abgrenzung gefunden sein, und es kann festgestellt werden, daß eine "Urteilsnichtigkeit" als solche begrifflich faßbar ist. Es bleibt nun aber die entscheidende Frage, ob wegen der möglichen Konsequenzen nicht doch erhebliche Bedenken dagegen bestehen, diesen einmal eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten - oder anders gesagt: Ob man, wie es die Rechtsprechung tut, "zwar in thesi - gewissermaßen rein platonisch"²⁾ - daran festhalten sollte, daß Urteilsnichtigkeit bei Vorliegen schwerster Mängel begrifflich möglich sei, sich aber im übrigen weigern sollte, beim Vorliegen solcher Fehler "praktische Folgerungen zu ziehen."³⁾

Erster Ausgangspunkt dieser Erwägungen ist der Umstand, daß sich im Gesetz keine Bestimmungen über die Nichtigkeit und ihre Geltendmachung finden. Nun meint allerdings Grünwald,⁴⁾ daß dies keineswegs als Schweigen des Gesetzgebers gedeutet werden könne, weil der gesamte Konflikt, zu dem die Theorie der Urteilsnichtigkeit überhaupt entwickelt wurde, in den Vorschriften über die Wiederaufnahme eine Regelung gefunden habe. Daher bedeute die Anerkennung nichtiger Urteile selbst bei

1) KMR-Sax Einl., 10 b (II)

2) L-R-Schäfer Einl. Kap. 16, Rdnr. 23

3) L-R-Schäfer aaO.

4) ZStW 76 (1964), 256; vgl. auch o.S. 107f.

V o r h a n d e n s e i n eines sicheren Abgrenzungsmaßstabes eine Mißachtung dieser Bestimmungen.¹⁾ Dem aber kann nicht zugestimmt werden. Denn die §§ 359ff. setzen ein durch "rechtskräftiges Urteil abgeschlossenes Verfahren"²⁾ und damit gerade die prozessuale Beachtlichkeit der Entscheidung voraus; nur für sie gelten also die begrenzten prozessualen Möglichkeiten ihrer Berichtigung oder Beseitigung.³⁾

In diesem Zusammenhang kann auch sogleich das weitere Bedenken Grünwalds aufgegriffen werden, die Anerkennung nichtiger Urteile verletze den Grundsatz "ne bis in idem".⁴⁾ Auch dieses greift nicht durch, da die Bestandsgarantie des Art. 103 Abs.3 GG ebenfalls nur für beachtliche rechtskräftige Strafurteile gilt und demzufolge die Wiederholung eines mit unbeachtlichem Urteil abgeschlossenen Verfahrens niemals einen Verstoß gegen diesen Grundsatz bedeuten kann.⁵⁾

Wenn die These, daß es unheilbar nichtige Urteile geben könne, auch nicht aufgrund dieser Überlegungen zu verwerfen ist, so stellt sich doch das - auch den eigentlichen Streitgegenstand bildende - Problem, ob und wie die Lücke im Gesetz ausgefüllt werden kann, insbesondere, ob es ein gangbarer Weg wäre, daß - wie es Schäfer⁶⁾ formuliert - "dem Urteil die rechtliche Wirkung abgesprochen

1) Grünwald ZStW 76 (1964), 262

2) Vgl. §§ 359, 362

3) KMR-Sax, Einl. 10 b (II) (1) ff.

4) aaO., S. 256f.

5) Sax aaO.

6) in L-R Einl. 16, Rdnr. 2

wird, d e r g e s t a l t, daß die Unbeachtlichkeit (Nichtigkeit) überall und von jedermann, wo aus dem Urteil Folgerungen gezogen werden sollen, formlos geltend gemacht werden könnte."

Daß ein solcher Gedanke Bedenken hervorrufen muß, kann keinen Zweifeln unterliegen. Besonders eindringlich werden sie von Sarstedt¹⁾ erhoben, der darin die Gefahr sieht, die "Unordnung zur Wächterin" zu bestellen und "unmögliche Ergebnisse" zu provozieren. Einige der (weiteren) gegen die Anerkennung nichtiger Urteile vorgebrachten Argumente sind allerdings kaum geeignet, die Überzeugung vom Vorhandensein solch schwerwiegender Gefahren zu vermitteln. Zu nennen sind hier die auf einen möglichen Verlust der Autorität der Gerichte und ihrer Urteilssprüche gestützten Einwände.²⁾

Ihnen ist entgegenzuhalten, daß im Falle jener Entscheidungen, die den Gedanken an eine Nichtigkeit geradezu aufdrängen, ihre Aufrechterhaltung dieser Autorität ungleich mehr schaden könnte als die Anerkennung ihrer Unwirksamkeit,³⁾ in der das Bekenntnis zu dem nun einmal geschehenen (schwersten) Fehler deutlich zum Ausdruck kommt. Von erheblich größerem Gewicht sind demgegenüber die aus der Sorge um die Rechtssicherheit erwachsenden Bedenken, und (nur) ihre Wertung kann letztlich über die hier anstehende Frage entscheiden. Nun ist es aber bedenklich, diese Entscheidung in der Weise zu treffen, wie es in der Haltung der Rechtsprechung deutlich wird, d.h. also

1) JR 1955, 352

2) Vgl. z.B. Lucas-Dürr, S.359

3) Peters, S.450

die Möglichkeit, daß es nichtige Urteile geben kann, im Grundsatz anzuerkennen, sie aber wegen der daraus resultierenden Folgen dann im nachhinein dadurch zu leugnen, daß in den zur Entscheidung anstehenden Fällen nicht entsprechend praktiziert wird.¹⁾ Auch wenn dies, wie Sarstedt²⁾ meint, letztlich mit "den inneren Gesetzen der Dinge" zusammenhängen sollte, oder damit, wie es Schäfer³⁾ weniger vage ausdrückt, "nur der Grundkonzeption des geltenden Verfahrensrechts" Rechnung getragen wird, ist ein solches Verhalten insgesamt wenig überzeugend. Hält man die genannten Folgen der Anerkennung nichtiger Urteile für nicht akzeptabel, dann ist es sicher konsequenter, nach Wegen zu suchen, auch die hier in Frage stehenden grob unrichtigen Entscheidungen einer "Nachprüfung und Korrektur in einem geordneten Verfahren"⁴⁾ zuzuführen. Ob die dafür aufgezeigten Möglichkeiten zu einer für alle Fälle befriedigenden Lösung führen, erscheint indes zweifelhaft. Der Vorschlag Schäfers,⁵⁾ z.B. bei Vorliegen besonders schwerer Verfahrensmängel die Verfassungsbeschwerde in Betracht zu ziehen, muß schon deshalb grundsätzlichen Bedenken begegnen, weil es sich hier um den Zugriff auf einen Rechtsbehelf außergewöhnlicher Art handelt, der nur sparsam verwandt werden sollte.⁶⁾ Dem kommt es zwar entgegen, daß mit ihm nur bestimmte Verletzungen (Art.1 Abs.1, 101, 103 und 104 GG) geltend gemacht werden sollen. Sehr

1) s.o.S.111ff.

2) JR 1955, 352

3) in LwR Einl.Kap.16, Rdnr.23

4) Schäfer aaO., Rdnr.42ff.

5) aaO.

6) Vgl.Peters, S.450. Ein weiteres Bedenken ergibt sich zudem aus der Fristgebundenheit der Verfassungsbeschwerde.

fraglich ist aber, ob dieser Bereich wirklich "so umfassend ist, daß mit der Verfassungsbeschwerde nicht rügbare Verfahrensverstöße, die andere Abhilfemöglichkeiten zwingend geboten erscheinen lassen könnten, kaum denkbar sind."¹⁾ Zu denken ist hier auch an jene Fälle, in denen der für den Konfliktfall abstrakt-gesetzlich vorgesehene mögliche Verfahrensweg²⁾ nicht eingehalten wurde, weil ein Erkenntnis gegen eine mit dem wirklichen Angeklagten nicht identische Person (Strohmann oder sonstigen gegen seinen Willen in das Verfahren hineingezogenen Dritten) erging.

Nach alledem wird man die Kategorie der Urteilsnichtigkeit weder ganz allgemein ablehnen noch auf die Fälle fehlender Gerichtsunterworfenheit oder sinnloser und damit praktisch ohnehin nicht vorstellbarer Srafaussprüche beschränken dürfen.

Mit der Feststellung eines brauchbaren Maßstabes für die Abgrenzung der beachtlichen von den möglicherweise unbeachtlichen Entscheidungen ist die Grundvoraussetzung für ihre Anerkennung gegeben. Die in Anwendung dieses Maßstabes als nichtig zu beurteilenden Erkenntnisse werden sich tatsächlich auf einige wenige und besonders krasse Ausnahmefälle schwerster Fehlerhaftigkeit beschränken. Gerade dort aber wird auch das Eingeständnis ihrer Unbeachtlichkeit der Rechtssicherheit weniger Abbruch tun als das unbedingte Bestehen auf ihrer Wirksamkeit.

Es stellt sich dann allerdings das (weitere) Problem, ob und ggf. auf welche Weise die Unbeacht-

1) I-R-Schäfer Einl.Kap.16, Rdnr.43

2) s.o.S.117f.

lichkeit eines Urteils für jedermann maßgeblich festgestellt werden könnte. Anlaß zur Erörterung dieser im Kreise der die Kategorie der Urteilsnichtigkeit grundsätzlich aner kennenden Stimmen lebhaft umstrittenen Frage besteht jedoch erst dann, wenn sich zumindest eines der in den verschiedenen Fallgestaltungen ergangenen und bisher nur auf ihre Ausrichtung hin überprüften Urteile tatsächlich als nichtig erweisen sollte.

2. Überprüfung der in den einzelnen Fallgestaltungen ergangenen Urteile auf ihre Wirksamkeit hin

Auf der Grundlage der prinzipiellen Anerkennung einer bei schwersten Fehlern möglichen Nichtigkeit von Strafurteilen ist nunmehr der Frage nachzugehen, welcher Beurteilung die den Gegenstand dieser Untersuchung bildenden Erkenntnisse im Einzelfalle unterliegen. Dabei soll - entsprechend der bisher eingehaltenen Reihenfolge in der Behandlung von Fallgestaltungen - zunächst wieder an jene Fälle angeknüpft werden, in denen das Urteil sich gegen einen zwar fortlaufend falsch bezeichneten, im übrigen aber - im Verlaufe des gesamten Verfahrens - zutreffend individualisierten Beschuldigten richtet. Wenn auch der Gedanke an eine Nichtigkeit des Erkenntnisses ziemlich fern liegen dürfte, finden sich doch in der älteren Rechtsprechung und Literatur vereinzelt Stimmen, die ein solches Ergebnis vertreten und deshalb hier nicht unerwähnt bleiben können.

Den eigentlichen Schwerpunkt im Rahmen der Erörterung dieses Problemkreises nimmt jedoch die Frage

nach der Wirksamkeit derjenigen Urteile ein, die gegen eine *a n s t e l l e* des - zu Recht oder zu Unrecht, jedenfalls aber tatsächlich - *A n g e - k l a g t e n* in der Hauptverhandlung auftretende Person ergangen sind.

a. Verurteilung eines falsch bezeichneten, i.ü.
aber zutreffend individualisierten Angeklagten

aa. Einzelfragen zur Wirksamkeit des Urteils

Die Auffassung, das Urteil müsse auch im Falle einer bloßen Falschbezeichnung als nichtig angesehen werden, ist in der älteren Rechtsprechung in einer Entscheidung des Preußischen Obertribunals vom 11. April 1850 wiedergegeben:¹⁾

Ein Angeklagter hatte sich in einem früheren Verfahren einen falschen Namen zugelegt und war ohne Berücksichtigung des dadurch verborgen gebliebenen Rückfalls abgeurteilt worden. Daraufhin wurde entschieden, es könne gegen diesen Verurteilten ein neues Verfahren durchgeführt und in diesem "auf die Strafe des Rückfalls" erkannt werden, da das frühere Urteil der Rechtskraft nicht fähig sei; denn da der Angeklagte dem Gericht eine fremde Persönlichkeit unterschoben habe, könne das auf dieser Grundlage beruhende Urteil nicht als wirksam, sondern müsse "*e x f a l s a c a u s a*" als unheilbar *n i c h t i g* gewertet werden.

Dieser Ansicht kann sicher nicht zugestimmt werden:

1) mitgeteilt in GA 3 (1855), 385ff.

Wohl allein mit dem Ziel vor Augen, den unter falschem Namen Verurteilten noch einmal belangen zu können, wurde hier letztlich nichts anderes als der Versuch unternommen, mit Hilfe eines zu diesem Zwecke konstruierten Nichtigkeitsgrundes der "lügenhaften Angaben eines Angeklagten"¹⁾ die anerkannten Rechtskraftgrundsätze zu umgehen. So ließe sich natürlich auch in einer Vielzahl anderer Fälle, in denen das Gericht durch Täuschung seitens des Angeklagten in einen Irrtum versetzt und hierdurch u.U. zu einem milderen Strafausspruch verleitet wird, die Rechtskraft eines Urteils leugnen und eine erneute Aburteilung erreichen. Es steht aber nun einmal fest, daß ein Gericht, sofern es sich um Erklärungen privater Dritter - insbesondere um solche des Beschuldigten selbst - handelt, immer mit irgendwelchen Täuschungen rechnen muß.²⁾ Diese können geradezu als "ein in Rechnung gestellter Verfahrensfaktor"³⁾ bezeichnet werden, und es ist auch nicht zu bezweifeln, daß im Verfahren tatsächlich weitgehend eine - wenn auch nicht unbedingt als "Krieg"⁴⁾ zu klassifizierende - Auseinandersetzung mit Täuschungsmanövern stattfindet. Wenn dies alles

1) Vgl. die Erläuterungen zu diesem Urteil in GA 3 (1855), 385ff.

2) Vgl. Peters, S.233

3) Peters aaO.

4) So die Formulierung in den Erläuterungen zu dem hier in Frage stehenden Urteil in GA 3 (1855), 389. (Dort wird des weiteren auch der allgemeine Grundsatz hervorgehoben, daß ein Angeklagter keineswegs zur Aufrichtigkeit verpflichtet ist und sein Leugnen oder Lügen "wenn auch zu den moralisch, doch nicht zu den rechtlich unerlaubten Mitteln gehört.")

aber ohnehin feststeht und allgemein bekannt ist, dann kann, falls dem Gericht infolge eines täuschenden Verhaltens bestimmte (z.B. im Hinblick auf das Strafmaß diesem ungünstige) Tatsachen verborgen bleiben, die Wirksamkeit eines Urteils jedenfalls d a n n nicht in Frage gestellt werden, wenn das Verfahren als solches in sich noch geordnet ist.¹⁾

Diesem Versuch einer Umgehung anerkannter Rechtskraftgrundsätze ist dann auch bereits das Plenum des Kriminalsenats beim Preußischen Obertribunal entgegengetreten, und es hat die Wirksamkeit eines auf einen falschen Namen lautenden Urteils zumindest ausdrücklich für die Fälle bestätigt, in denen die Identität des vor Gericht Erschienenen mit dem wirklichen Angeklagten außer Zweifel steht.²⁾

Im Schrifttum wurde die Nichtigkeit des Urteils (soweit ersichtlich) nur von Bennecke-Beling³⁾ angenommen und - unter Beschränkung auf jene Fälle, in

1) Peters, S.233

2) Entscheidung des Plenums des Kriminalsenats beim Preußischen Obertribunal vom 16. April 1855, mitgeteilt in GA 3 (1855), 390. (Dort finden sich des weiteren Ausführungen zur Entwicklung des Rechtskraftgrundsatzes und zum Stand der damaligen Gesetzgebung; S.386-388)

3) S.293. Bennecke-Beling verweisen in diesem Zusammenhang auf Pfizer (GS 56 - 1899 - S.65ff.), der jedoch die Wirksamkeit des Urteils bejaht. Angesprochen wird diese Frage auch bei Petters-Preisendanz in der 7. Auflage (S.242), wo die Argumentation von Bennecke-Beling wiedergegeben wird. Sie verweisen dann aber auf den ihrer Ansicht nach vorzugswürdigen Standpunkt der Praxis, die die Wirksamkeit von Urteilen in den hier behandelten Fällen nicht anzweifelt. Oehler (JZ 1962,277) bezieht sich in der Besprechung der 7. Auflage des Werkes von Petters-

denen ein Beschuldigter nicht nur einen Decknamen oder irgendeine sonstige Fantasiebezeichnung, sondern den Namen eines existierenden Dritten verwendete - mit "fehlendem Willen" des Gerichts begründet. Es liege hier ein "Scheinurteil" vor, da eine Verurteilung des wirklichen Täters **n i c h t e r - k l ä r t** und eine solche des wirklichen Namens-trägers **n i c h t g e w o l l t** sei.

Auch diese, von Beling selbst in seinem später erschienenen Werk¹⁾ nicht mehr vertretene Auffassung, ist abzulehnen. Es wurde zuvor festgestellt,²⁾ daß die Erklärungen des Gerichts sich stets auf den in der Hauptverhandlung Auftretenden beziehen; er allein geht aus ihnen objektiv als der Gemeinte hervor. Dann aber kann es, wie Oertmann³⁾ zutreffend sagt, keinerlei Unterschied machen, ob der vor Gericht Erschienene "nur mit einem **f a l - s c h e n** oder geradezu mit einem **f r e m d e n** Namen bezeichnet war oder sich so bezeichnet hatte. Ob es niemanden gibt, auf den die im Verfahren gegenüber den Beteiligten zu Unrecht angewendete Bezeichnung in Wahrheit passen würde oder ob sich ein echter Träger der Bezeichnung ermitteln läßt, kann solange nichts ausmachen, als feststeht, daß **s a c h l i c h** das Verfahren gegen jenen und nicht gegen diesen gerichtet war. Der Name ist

Preisendanz auf diese Ausführungen. Soweit er sich dann allerdings zum Schluß für die Nichtigkeit des Urteils ausspricht, betrifft dies aber offenbar einen ganz anderen als den von Petters-Preisendanz gemeinten Fall.

1) Deutsches Strafprozeßrecht, 1928

2) s.o.S.91ff.

3) DJZ 1906, Sp.737

nur die kurze, sozusagen formelhafte Bezeichnung der gemeinten Person,..., auf dessen Genauigkeit solange nichts ankommt, als durch den Fehler die Individualität des zu bezeichnenden Subjekts oder Objekts nicht in Zweifel gerückt wird."

Wurde die Frage der Wirksamkeit eines nur infolge der Aufnahme eines falschen Namens fehlerhaften Urteils in der älteren Literatur noch häufig und zum Teil recht eingehend untersucht,¹⁾ so ist sie im neueren Schrifttum kaum noch Gegenstand einer gesonderten Behandlung. Die Autoren sehen die Wirksamkeit des Urteils zu Recht so selbstverständlich als gegeben an, daß dieses Ergebnis - ohne daß auch näher zwischen der Verwendung einer Fantasiebezeichnung oder dem Mißbrauch des Namens eines existierenden Dritten unterschieden würde - nur am Rande eher beiläufig miterwähnt wird.²⁾

bb. Korrektur des fehlerhaften Urteils

Die hier behandelten Erkenntnisse stellen nach dem zuvor Gesagten zwar unzweifelhaft beachtliche, doch in jedem Falle mit Fehlern behaftete richterliche Entscheidungen dar. Neben der Aufnahme eines falschen Namens und ggf. weiterer unrich-

-
- 1) Vgl. Hellwig DJZ 1906, Sp.69; Lippmann DJZ 1906, Sp.422; Oertmann DJZ 1906, Sp.737; Pfizer GS 56 (1899), S.65ff.; Wurzer AcP 120 (1922), S.411
 - 2) Vgl. Henkel, S.386; Kleinknecht Einl., Rdnr.171; Peters, S.453; KMR-Sax, Einl.14 B I e; Eb.Schmidt I, Rdnr.290.

tiger Angaben zur Person ist die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß eventuell gegebene Rückfallvoraussetzungen unberücksichtigt geblieben sind, weil die unter der falschen Bezeichnung angeforderten Registerauskünfte keine Eintragung erkennen ließen. Auch andere, bei der Strafzumessung vielleicht besonders gewürdigte Umstände (wie beispielsweise ein falsch angegebener Beruf des Angeklagten) können zur Fehlerhaftigkeit der Entscheidung führen. Falls das Urteil auf eine Geldstrafe lautet, kann zudem die Bestimmung der Höhe des jeweiligen Tagesatzes auf einer falschen Grundlage erfolgt sein. All diese und weitere in Betracht kommende Möglichkeiten der Unrichtigkeit werden - sollte der wahre Sachverhalt sich nach Verkündung der Entscheidung, aber noch vor Eintritt der formellen Rechtskraft herausstellen - die Staatsanwaltschaft zur Anfechtung (Berufung, Revision) der Entscheidung veranlassen. Lautet das Urteil auf den Namen eines existierenden Dritten, so scheidet für d i e s e n allerdings eine Anfechtung aus, da er selbst nicht verurteilt und damit auch nicht "beschwert" ist.¹⁾ Seinem Interesse daran, auch nur den A n s c h e i n einer Verurteilung zu vermeiden, wird durch die seitens der Staatsanwaltschaft erfolgende Anfechtung Rechnung getragen.

1) Eine andere Ansicht vertreten Petters-Preisendanz in der 7. Auflage (S.240). Sie führen dort im Rahmen der Untersuchung eines im Abwesenheitsverfahren nach § 232 a.F. unter falschem Namen ergangenen amtsgerichtlichen Urteils aus, dem wahren Namensträger bleibe gar kein anderer "Rechtsbehelf" als die Berufung. Dem stehe nicht entgegen, daß er selbst m a t e r i e l l nicht verurteilt sei; denn vom Zeitpunkt der Zustellung an richte das Urteil sich wenigstens f o r m e l l gegen ihn, seine rechtlichen Interessen seien benachteiligt und man müsse ihn deshalb als Anfechtungsberechtigten ansehen, da er durch die fragliche Entscheidung b e s c h w e r t sei. Das Berufungsgericht könne ihn zwar nicht freisprechen, da er selbst überhaupt nicht ange-

Nach Eintritt der formellen Rechtskraft ist das Urteil mit Rechtsmitteln nicht mehr anfechtbar. Von diesem Zeitpunkt an sind u.a. auch die Voraussetzungen für den Eintritt der materiellen Rechtskraft gegeben; die im Tenor der Entscheidung ausgesprochene Feststellung ist endgültig und die Strafklage wegen der abgeurteilten Tat gegen den abgeurteilten Täter verbraucht (ne bis in idem). Eine erneute Anklage und Aburteilung des Täters ist mithin auch dann nicht mehr möglich, wenn nachträglich sein richtiger Name festgestellt und nunmehr aufgedeckt werden sollte, daß infolge der Falschbezeichnung ein Rückfall unberücksichtigt geblieben oder auch noch andere Umstände durch falsche Angaben bedingt unrichtig gewürdigt wurden: Der von dem früheren Urteil Betroffene und der spätere Angeklagte wären dieselbe Person, und es wäre ebenso Identität der "Tat" zu bejahen.¹⁾

klagt worden sei, wohl aber das Urteil durch Beschluß berichtigen. Das berichtigte Urteil müsse dann dem tatsächlich Verurteilten zugestellt werden.

Dieser Lösungsweg ist von Eb.Schmidt (I, Rdnr. 294) zu Recht als bedenklich bezeichnet und auch von Petters-Preisendanz in der 8.Auflage (S.219 ff.) selbst nicht mehr vertreten worden.

- 1) Der Tatbegriff ergibt sich nach Rechtsprechung und herrschender Lehre aus §§ 264, 155: "Tat" (Verfahrensgegenstand) ist der gesamte historische Vorgang, den das Gericht kraft der ihm obliegenden Pflicht zur allseitigen Kognition aufzuklären hat. Dazu gehört "das gesamte Verhalten des Angeklagten, soweit es mit dem durch den Eröffnungsbeschluß bezeichneten geschichtlichen Vorkommnis nach Auffassung des Lebens einen einheitlichen Vorgang bildet." (BGHSt 23, 145) Die rechtskräftige Verurteilung umfaßt also "die Tat in ihrer Gesamtheit in allen ihren rechtlichen und tatsächlichen Erscheinungsformen, g l e i c h v i e l, ob sie im Urteil berücksichtigt sind oder nicht und welches der

Eine Einschränkung der Sperrwirkung des solchermaßen rechtskräftigen, aber infolge arglistigen Verhaltens eines Verurteilten den Rückfall außer acht lassenden Urteils ist zwar erwogen, aber zu Recht abgelehnt worden. So entschied bereits das Plenum des Kriminalsenats beim Preußischen Obertribunal, das sich zuvor gegen die Nichtigkeit der hier in Frage stehenden Urteile ausgesprochen hatte,¹⁾ daß auch die in verschiedenen früheren Entscheidungen vertretene Auffassung, der Rechtskraft stehe hier der Einwand der "exceptio dol i" entgegen,²⁾ nicht aufrechterhalten werden könne.³⁾

Wegen der aus dem Tatbegriff der Rechtsprechung und herrschenden Lehre für den Verbrauch der Strafklage sich möglicherweise ergebenden weitreichenden Konsequenzen⁴⁾ ist auch später noch oftmals nach Wegen gesucht worden, eine Einschränkung der Sperrwirkung zu ermöglichen. Zu erwähnen sind insbeson-

Grund ist, aus welchem letzterenfalls ihre Berücksichtigung unterblieben ist (RGSt 9,347). Zu weiteren Einzelheiten, auf die im Rahmen dieser Untersuchung nicht näher eingegangen werden muß, vgl. Eb.Schmidt I, Rdnr.295ff. m.w. Nachw.

- 1) dazu oben S.126
- 2) Entscheidungen vom 2.8.1852 und 3.1.1855, mitgeteilt in GA 3 (1855), 385/386
- 3) Entscheidung vom 16.4.1855, mitgeteilt in GA 3 (1855), 390
- 4) Vgl.das bekannte, in RGSt 70,30 genannte Beispiel: Der wegen Schießens an bewohnten Orten nach § 367 Abs.1, Nr.8 StGB a.F. vom Amtsgericht zu einer geringfügigen Geldstrafe Verurteilte könnte nicht nochmals zur Verantwortung gezogen werden, wenn sich nachträglich herausstellt, daß er in Wirklichkeit vorsätzlich einen Menschen getötet hat oder töten wollte.

dere die Lehren von Peters¹⁾ und Henkel²⁾:

Nach Peters ist die Identität der Tat "von der Richtung des Tätigkeitsaktes her zu verstehen". Es komme also entscheidend darauf an, ob der abgeurteilte Vorgang und der neu in Betracht gezogene in ihrer äußeren Form dieselbe Richtung hätten.

Für die hier zu beurteilenden Fälle ergäbe sich auch nach dieser Ansicht keine Möglichkeit erneuter Aburteilung, da Handlungsrichtung und Handlungsobjekt identisch sind; ein außer Betracht gebliebener Rückfall - wie auch die anderen auf falschen Angaben beruhenden Unrichtigkeiten - können also in diese Überlegungen gar nicht mit hineinspielen.

Nach Henkel soll es wesentlich darauf ankommen, ob das Gericht nicht nur hypothetisch, sondern auch tatsächlich in der Lage war, den Lebensvorgang zu beurteilen. Den Umfang der Sperrwirkung des "ne bis in idem" bestimme mithin allein das, was vom Gericht bei sorgfältiger Erfüllung der Wahrheitserforschungspflicht in der Hauptverhandlung festgestellt werden konnte. Nachträglich hervortretende Umstände, die außerhalb der Aufklärungspflicht in diesem Sinne lägen, stünden einem erneuten Verfahren nicht entgegen und könnten aufgrund einer "Ergänzungsklage" geltend gemacht werden.

Auch nach dieser Lehre käme eine Einschränkung der Sperrwirkung nicht in Betracht, da das Gericht den zu beurteilenden Lebensvorgang vollständig und richtig erfaßt hat; der unentdeckt gebliebene Rückfall (bzw. ein anderer

1) S.438ff.

2) S.387ff.; zu weiteren Versuchen, eine Einschränkung der Sperrwirkung des rechtskräftigen Urteils herbeizuführen, vgl. Roxin, S.273.

der oben genannten Umstände) hat mit d i e -
s e m konkreten Vorgang nichts zu tun.¹⁾

Einer der im Gesetz vorgesehenen Fälle der D u r c h -
b r e c h u n g der Rechtskraft scheidet ebenfalls
aus. Der außerordentliche Rechtsbehelf der Wieder-
aufnahme des Verfahrens zuungunsten des Verurteil-
ten (§ 362), an den hier gedacht werden könnte,
scheitert bereits am Nichtvorliegen eines Wieder-
aufnahmegrundes.²⁾

1) Es kommt also nicht darauf an, daß die Feststel-
lung des richtigen Namens u.U. keinesfalls außer-
halb der dem Gericht zur Verfügung stehenden Auf-
klärungsmöglichkeiten liegt. (Henkel begrenzt die
Einschränkung der Sperrwirkung im übrigen auf
"außergewöhnliche Fälle" (S.388), die, wie die
von ihm auf S.387 angeführten Beispiele zeigen,
mit den hier behandelten ohnehin nicht vergleich-
bar sind.)

2) Pfizer (GS 56,65ff.) erörtert die Möglichkeit der
Wiederaufnahme des Verfahrens anhand eines Ur-
teils des Genfer Cassationsgerichts. (Der zugrun-
deliegende Sachverhalt ist oben auf S.13/14 mit-
geteilt.) Es war auf eine die Verurteilung unter
falschem Namen regelnde Bestimmung der Genfer
StFO vom 26.5.1897 gestützt, die eine Wiederauf-
nahme des Verfahrens vorsah, dem entscheidenden
Gericht aber die Beschränkung auferlegte, das
Urteil richtigzustellen und eine Registerberich-
tigung zu veranlassen. Pfizer wendet sich gegen
die Übernahme einer entsprechenden Regelung in
das Deutsche Recht, da es eben nur um eine "Na-
mensberichtigung" in einem wirksamen Urteil gehe,
das ohnehin bestehen bleibe. Er empfiehlt aber
eine dem Genfer Gesetz nachgebildete Regelung,
mit der eine Berichtigung ohne weitere Schwie-
rigkeiten erreicht werden könnte und schlägt
dafür eine Art "negative Feststellungsklage" auf
Erlaß eines Urteils oder Beschlusses dahingehend
vor, das ergangene Urteil sei nicht gegen den
Namensträger gerichtet und das Strafregister da-
her zu berichtigen. Diese Bestimmung könne ihren
Platz allerdings nicht bei den Wiederaufnahme-
regelungen haben, sondern sei bei den die Be-
schwerde betreffenden Vorschriften (§ 304) einzu-
ordnen.

Damit steht zwar fest, daß eine erneute Anklage gegen den unter falschem Namen Verurteilten ausgeschlossen ist. Es erhebt sich aber die Frage, ob die Fehlerhaftigkeit der Entscheidung schon aus Gründen der Rechtsklarheit nicht zumindest insoweit behoben werden könnte, als sie auf der Angabe falscher Personalien des im Urteil Genannten beruht. Dem kommt vor allem in jenen Fallgestaltungen erhebliche Bedeutung zu, in denen der Betreffende nicht nur mit irgendeinem, auf niemand anderen hindeutenden Namen bezeichnet, sondern unter dem Namen eines existierenden Dritten verurteilt wird. Denn selbst wenn diesem noch keine Vollstreckung drohen sollte, wird er doch ein erhebliches Interesse daran haben, daß seine Nichtidentität mit dem in Wahrheit Verurteilten auf irgendeine Weise klargestellt wird.

Hierfür könnte sich eine Berichtigung der Urteilsformel anbieten. Sie ist zwar in der StPO nicht vorgesehen, wird jedoch in Anlehnung an § 319 ZPO¹⁾ ganz allgemein dann für zulässig erachtet, wenn ein offenes Verknüpfungsvorliegen vorliegt, insbesondere also ein ohne weiteres erkennbarer Schreib- oder Fassungsfehler festzustellen ist.²⁾

1) Teilweise wird § 319 ZPO ausdrücklich für entsprechend anwendbar erklärt (vgl. BGHSt 7,75; OLG Hamm MDR 1957,501; OLG Hamburg NJW 1968,215). Andere vertreten die Auffassung, es dürfte nicht diese, einem anderen Verfahren zugehörige Vorschrift als solche analog anwendbar sein, sondern allenfalls der allgemeine Rechtsgedanke, der in § 319 ZPO seinen Ausdruck gefunden habe (L-R-Gollwitzer, § 268 Fußn.17 zu Rdnr.49).

2) Vgl. Kleinknecht § 260, Rdnr.7; Peters, S.422ff.; Henkel, S.256; Petters-Preisendanz, S.219ff. Eine besonders eingehende Darstellung mit zahlreichen Beispielen aus der Rechtsprechung findet sich bei Eb.Schmidt II, Erl.19ff. und L-R-Gollwitzer, § 268 Rdnr.48ff.

Diese Situation ist nun allerdings in den hier in Frage stehenden Fällen nicht gegeben, da die den Fehler enthaltende Erklärung gerade d e n Gedanken zum Ausdruck bringt, der nach dem Willen des Gerichts zum Ausdruck gebracht werden s o l l t e : Es weiß überhaupt nicht, daß irgendwann ein falscher Name in das Verfahren eingeführt wurde und gibt daher diese irrtümlich für richtig gehaltene Bezeichnung völlig korrekt wieder.¹⁾ Da zudem gegen den in der Hauptverhandlung Erschienenen unter dem später in das Urteil aufgenommenen Namen verhandelt wurde, ist es auch ausgeschlossen, daß dieser Fehler für jedermann klar erkennbar zutage tritt, also "offensichtlich" ist.

Damit stellt sich die Frage, ob dennoch eine Berichtigung erfolgen könnte, oder ob dies im Ergebnis auf eine sachliche Änderung des Urteils hinausliefe, die nach Beendigung der Verkündung ("nach dem letzten Satz, mit dem die Bekanntgabe der Urteilsgründe erkennbar abgeschlossen wurde"²⁾) nicht mehr zulässig ist und zu ihrer Unwirksamkeit führen müßte.³⁾

Eine solche Folgerung würde jedoch zu weit gehen. Sachliche Änderungen betreffen den Entscheidungsinhalt, d.h. es wird nachträglich etwas sachlich Neues, eine auf einem neuen Denkvorgang beruhende Erkenntnis tatsächlicher oder rechtlicher Art in

1) Stammann (Diss.S.51) ordnet auch diese Fälle in den Bereich der "Verkündungsversehen" ein.

2) L-R-Gollwitzer, § 268 Rdnr.45

3) L-R-Gollwitzer, § 268 Rdnr.43ff.; BayObLG JW 29,2750

das Urteil hineingenommen.¹⁾ Mit einer bloßen Namensberichtigung (wie auch der Berichtigung der übrigen falsch angegebenen Personalien) aber wird dies nicht bewirkt; sie hat lediglich Formalcharakter.²⁾ Auch das Fehlen der "Offensichtlichkeit" der Bezeichnung des Verurteilten mit einem falschen Namen im Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung steht einer Berichtigung nicht entgegen. Zwar kann auf dieses Erfordernis keinesfalls verzichtet werden, der Gefahr einer Ausufahrung nachträglich vorgenommener Korrekturen und einer möglichen Überschreitung der "fließenden"³⁾ Grenze in Richtung auf eine unzulässige inhaltliche Abänderung bereits verkündeter Urteile ist in den hier behandelten Fällen aber auch dann begegnet, wenn dieses Merkmal nicht im Sinne einer für jedermann von vornherein klar erkennbar zutage tretenden Falschbezeichnung verstanden, sondern dahingehend interpretiert wird, daß diese Unrichtigkeit sich n a c h Erlaß der Entscheidung für alle Verfahrensbeteiligten und jeden Dritten, der die gesamten Vorgänge kennt, deutlich offenbaren muß.⁴⁾

1) Vgl. L-R-Gollwitzer § 268, Rdnr.50; Eb.Schmidt II, § 268, Erl.21; RGSt 28,81/82 und 250; RGSt 56,233

2) Vgl. dazu auch Stammann Diss., S.48ff.

3) Eb.Schmidt II, § 268 Erl.21

4) Vgl. dazu Petters-Preisendanz, S.220,222; Stammann Diss., S.48ff.; OLG Darmstadt bei Alsberg, Entschdg. Bd.2, Nr.93. Eb.Schmidt (I, Rdnr.294), Peters (S.436) und Henkel (S.386) bejahen die Möglichkeit der Berichtigung ohne nähere Begründung. (a.A. BayObLG JW 29,2750, das die Berichtigung bei Nichterkennbarkeit des Fehlers im Urteil selbst ablehnt.)

Durch die Zulassung einer nachträglichen Berichtigung in diesen Fällen wird dem Gericht die Möglichkeit gegeben, die dringend erforderliche Klarheit herbeizuführen.¹⁾ Die Rechtsstellung des in Wirklichkeit Verurteilten wird in keiner Weise beeinträchtigt, und zudem kann - sofern ein Namensmißbrauch vorgelegen hat - darüberhinaus auch dem berechtigten Interesse des Namensträgers daran Rechnung getragen werden, in der Allgemeinheit nicht weiterhin als Verurteilter zu erscheinen.²⁾

Diesem namentlich Betroffenen steht ein entsprechendes Antragsrecht auf Berichtigung zu.³⁾

Ebenso ist dem Interesse der Staatsanwaltschaft an der Klarstellung Rechnung zu tragen und ihr ein diesbezügliches Antragsrecht einzuräumen.⁴⁾

Das Gericht selbst kann nach Aufklärung des Sachverhaltes und Feststellung der Falschbezeichnung des Verurteilten von Amts wegen die Richtigstellung vornehmen. Sie erfolgt durch Beschluß,⁵⁾ der den Verfahrensbeteiligten zuzustellen ist. Auf ihn muß durch einen Vermerk auf der Urteilsurkunde hingewiesen werden. Er ergänzt damit das Urteil, dessen Feststellungen er also nicht der Sache nach, wohl aber im Sinne der erforderlichen Klarstellung verändert.⁶⁾

1) Stammann Diss., S.51

2) Petters-Preisendanz, S.220

3) Stammann aaO.; Eb.Schmidt I, Rdnr.294

4) Petters-Preisendanz aaO.; Eb.Schmidt aaO.

5) Eb.Schmidt aaO.

6) Vgl. L-R-Gollwitzer, § 268 Rdnr.59; nach Petters-Preisendanz aaO. können die Urteile in der Weise berichtigt werden, daß "festgestellt wird, daß der Verurteilte mit dem wirklichen Träger des Namens nicht identisch ist."
Bei Feststellung des richtigen Namens des Verurteilten wird neben diesem "Negativ"-Vermerk auch der betreffende Name angeführt werden.

Droht dem wahren Namensträger bereits unmittelbar die Vollstreckung - hier ist etwa an die Möglichkeit zu denken, daß der Verurteilte sich zwischenzeitlich abgesetzt hat und die Vollstreckungshörde nunmehr auf den im Urteil namentlich Bezeichneten zugreift - so bleibt diesem nur noch der Weg offen, nach § 458 Abs.1 vorzugehen und Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckung zu erheben.¹⁾

Das Gericht wird nach Klärung des Sachverhaltes gem. § 462 Abs.1 durch Beschluß die Unzulässigkeit der Strafvollstreckung gegen ihn aussprechen.

cc. Entscheidung bei Zweifeln über einen behaupteten Namensmißbrauch

Es wurde bisher stets davon ausgegangen, daß die Aufnahme einer falschen Bezeichnung in das Urteil sich nach dessen Verkündung z w e i f e l s f r e i herausstellte und damit auch im Falle eines Namensmißbrauchs dem wirklichen Träger des verwendeten Namens keine weiteren Nachteile drohten.

1) Es besteht zudem die Gefahr, daß eine auf seinen Namen lautende Eintragung im Bundeszentralregister (§ 4 BZRG) oder - falls eine Verurteilung wegen einer im Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr begangenen Straftat gegeben sein sollte - im Verkehrszentralregister (vgl. §§ 28 StVG, 13 StVZO) erfolgt. Ein Beispiel hierfür aus der Praxis ist oben auf Seite 14 mitgeteilt. (Ist der Name des Dritten bereits in Register aufgenommen, so muß er dort gelöscht und - sofern der in Wahrheit Verurteilte ermittelt werden konnte - nunmehr dieser unter seinem richtigen Namen eingetragen werden.)

Nun kann allerdings auch die Situation eintreten, daß eine Person die Verurteilung eines anderen unter ihrem Namen behauptet, aber **z w e i f e l h a f t** ist, ob dies den Tatsachen entspricht. Vorstellbar wäre z.B., daß der wirkliche Namens-träger erklärt, sich nicht mehr daran erinnern zu können, wo er sich zu den fraglichen Zeiten aufgehalten habe und auch keiner der übrigen am Verfahren Beteiligten mit Sicherheit sagen kann, ob er mit demjenigen identisch ist, gegen den der Prozeß geführt wurde. Derartige Zweifel können sich bereits (wie in dem zuletzt behandelten Fall) im Zusammenhang mit der Strafvollstreckung ergeben, falls nicht auszuschließen ist, daß tatsächlich ein anderer unter falschem Namen verurteilt wurde und der Betreffende sich zwischenzeitlich abgesetzt hat. Es ist aber auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß sie erst in einem anderen (späteren) Strafverfahren hervortreten. So ist es denkbar, daß eine in Frage stehende frühere Verurteilung des Angeklagten von diesem bestritten wird und nicht ausgeschlossen werden kann, daß eine andere Person seinen Namen verwendet und sich der Strafvollstreckung **n i c h t** entzogen hat.¹⁾

(1) Ungewißheit über das Vorliegen der Vollstreckungsvoraussetzungen

Es soll davon ausgegangen werden, daß auch eventuell durchgeführte weitere Nachforschungen ergebnislos

1) Vgl. dazu die auf S.13/14 mitgeteilten Beispielsfälle aus der Praxis.

geblieben sind und damit wegen der fortbestehenden Ungewißheit über den behaupteten Namensmißbrauch die Voraussetzungen der Vollstreckung nach wie vor als ungesichert gelten müssen.

Das über die Zulässigkeit der Strafvollstreckung entscheidende Gericht muß nunmehr darüber befinden, wie es das Vorbringen des Namensträgers bewerten soll: Geht es von der Richtigkeit seiner Angaben aus, dann führt dies zur N i c h t v o l l s t r e c k u n g eines rechtskräftigen Urteils; verwirft es hingegen die Einwendung, dann ist nicht auszuschließen, daß die Strafvollstreckung gegen eine f a l s c h e Person betrieben wird. Der Eintritt dieser letzteren Folge aber muß im Hinblick auf den hier in Frage stehenden Sachverhalt in jedem Falle verhindert werden. Denn wenn das Gericht nicht in der Lage ist, eine bestimmte Person zweifelsfrei als den Verurteilten zu identifizieren, dann darf dies jedenfalls nicht zu Lasten eines möglicherweise gänzlich u n b e t e i l i g t e n Dritten gehen, dessen Name o h n e sein Wissen von jemand anderem in dem vorausgegangenen Erkenntnisverfahren verwendet wurde.¹⁾

Es kann hier im Ergebnis nicht anders entschieden werden als in den Fällen der Ungewißheit über das Bestehen eines Strafanspruchs gegen den A n g e k l a g t e n, in denen bei nicht möglicher zweifelsfreier Tatsachenfeststellung von der ihm günstigsten Möglichkeit auszugehen ist (in dubio pro reo). - Über den Geltungsbereich des Grundsatzes "in dubio pro reo" gehen die Ansichten z.T. erheblich auseinander. Dies betrifft allerdings weniger die Frage seiner Anwendbarkeit im Bereich der materiellen Straf-

1) Zur Frage, wie im Falle der Unklarheit über das Auftreten eines Strohmannes in der Hauptverhandlung zu entscheiden ist, s.u. S.155f.

voraussetzungen als vielmehr das noch weitgehend ungeklärte Problem seiner Geltung im Verfahrensrecht. Hier wird vom Schrifttum überwiegend die Ansicht vertreten, daß er jedenfalls bei Zweifeln über das Vorliegen von Prozeßvoraussetzungen und damit über die Zulässigkeit des Verfahrens insgesamt herangezogen werden müsse. 1) Aber auch in der Rechtsprechung zeichnet sich ab, daß sie - entgegen ihrer früher eingenommenen Haltung - den Grundsatz "in dubio pro reo" nicht mehr allein bei den materiellen, sondern zunehmend auch im Bereich der formellen Strafvoraussetzungen gelten lassen will. 2) Vielfach wird zwar gesagt, die Anwendbarkeit dieses Satzes müsse in Bezug auf jede Prozeßvoraussetzung gesondert überprüft werden; teilweise aber wird auch versucht, eine allgemeingültige Antwort zu finden. 3)

Das Gericht wird in der hier gegebenen Situation zugunsten des Namensträgers davon ausgehen, daß der von ihm behauptete Mißbrauch seines Namens tatsächlich stattgefunden hat und deshalb ihm gegenüber die Strafvollstreckung für unzulässig erklären.

-
- 1) Vgl. dazu Stree, In dubio pro reo, S.53ff.; Gössel, S.131f.; Peters, S.249f.; Sulanke Diss., S.17ff.; L-R-Schäfer Einl. Kap.11, Rdnr.36ff.; Eb.Schmidt I, Rdnr.198
 - 2) Vgl. BGHSt 18,274ff. Die in dieser Entscheidung zwar nur für den Fall der Verfolgungsverjährung ausgesprochene, von Schäfer (aaO., Rdnr.49) aber zu Recht als allgemeingültig bezeichnete Erwägung, daß ein Verdacht ungesetzlichen Strafens dem Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit der Strafe mehr schade, als es die Gerechtigkeit befriedige, kann auch in der hier behandelten Situation mit herangezogen werden.
 - 3) So will z.B. Schäfer (aaO., Rdnr.50) - wenn auch unter dem Vorbehalt, daß neu hervortretende Fragen selbstverständlich eine andere Bewertung erfordern könnten - diesen Grundsatz überall dort anwenden, "wo aus tatsächlichen Gründen ein unaufklärbarer Zweifel" darüber besteht, ob (noch) "ein durchsetzbarer staatlicher Strafanspruch" gegeben ist.

(2) Zweifel an der Identität eines früher Verurteilten mit dem Angeklagten eines anderen Strafverfahrens

Es ist noch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß erst in einem anderen (späteren) Strafverfahren Zweifel an der Identität des dort Angeklagten mit dem Verurteilten eines früheren Prozesses hervortreten. Dieser Frage kann im Einzelfall erhebliche Bedeutung zukommen:

So könnte eine frühere Verurteilung (u.a.) eine Rolle bei der Strafzumessung (§§ 46ff. StGB) spielen - insbesondere dann, falls es um die Frage der Verwertung einer einschlägigen oder nunmehr den Rückfall (§ 48 StGB) begründenden Vorstrafe geht 1); sie könnte des weiteren einer eventuellen Strafaussetzung zur Bewährung (§ 56 StGB) oder auch einer vielleicht zu erwägenden Verwarnung mit Strafvorbehalt (§ 59 StGB) entgegenstehen. 2)

Ist jedoch auch hier eine vollständige Klärung des Sachverhaltes nicht (mehr) zu erreichen, dann darf sich dies nicht zum Nachteil des Angeklagten auswirken. Es ist vielmehr zu seinen Gunsten davon auszugehen, daß tatsächlich ein anderer seinen Namen mißbraucht hat und unter diesem verurteilt wurde. Die fragliche Vorstrafe kann also in dem späteren Verfahren nicht mehr verwertet werden.

1) Zur Frage der Bedeutung von Vorstrafen bei der Strafzumessung vgl. i.e. Sch-Sch-Stree, § 46 Rdnr.31ff.

2) Vgl. dazu i.e. Sch-Sch-Stree, § 56 Rdnr.24 und § 59, Rdnr.10

b. Verurteilung eines erstmals in der Hauptverhandlung auftretenden Strohmannes

Gegenstand der folgenden Untersuchungen ist die Frage nach den Wirkungen jener Urteile, die sich gegen eine bislang prozeßfremde Person richten. Diese Erkenntnisse, die in Unkenntnis der Abwesenheit des wirklichen Angeklagten gegen einen Nichttäter ergehen, weisen im Gegensatz zu den bisher behandelten Urteilen einen derart gravierenden Mangel auf, daß sich hier erhebliche Bedenken dagegen erheben könnten, sie als beachtlicherichterliche Entscheidungen zu werten.¹⁾

aa. Einzelfragen zur Wirksamkeit des Urteils

Die Auffassung, das Urteil richte sich gegen den in der Hauptverhandlung Erschienenen u n d dieser sei darüberhinaus auch w i r k s a m verurteilt,

1) Die Frage nach der Wirksamkeit der Entscheidung stellt sich auch dann, wenn (anders als hier) eine Ausrichtung gegen denjenigen angenommen wird, gegen den das Verfahren durch Anklageerhebung und Eröffnungsbeschluß rechtshängig geworden ist. Die Vertreter dieser Auffassung kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen: Zum Teil wird Nichtigkeit angenommen und dies mit Verletzung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs (so Peters in der 1.Aufl., S.408) oder damit begründet, das Urteil sei aufgrund eines Verfahrens ergangen, in dem es an jeder personalen Beziehung Gericht - Angeklagter gefehlt habe (Peters in der 2.Aufl., S.453; ebenso Roxin, S.277, für den Fall, daß man die Vorfrage der Ausrichtung entsprechend entscheide, hinsichtlich deren sich Roxin allerdings nicht festlegt. Gollwitzer (in L-R § 230, Rdnr.10) meint unter Bezugnahme auf Eb.Schmidt I, Rdnr.252,256 und II, § 230 Erl.7 - der jedoch ein gegen den Erschienenen gerichtetes Urteil annimmt und somit einen ganz anderen Ausgangspunkt hat - daß "wegen Verletzung des § 338 Nr.5 i.V.mit § 230 Abs.1" eine Anfechtung wegen Abwesenheit des Angeklagten in Betracht komme, es dieser aber wohl nicht be-

findet sich vielfach im älteren Schrifttum.¹⁾
Für Lucas-Dürr²⁾ ist dies ohnehin die notwendige
Konsequenz ihres bereits an anderer Stelle näher
dargelegten Standpunktes,³⁾ die Kategorie der
Urteilsnichtigkeit sei schlechthin abzulehnen.
Allerdings - so meinen Lucas-Dürr - stehe der
Vollstreckbarkeit die "Billigkeit" entgegen und
gebiete, auf Beseitigung der materiell zu Unrecht
ergangenen Entscheidung hinzuwirken.

Nach dieser Ansicht müßte also der in der
Hauptverhandlung Erschienene als der tatsäch-
lich Verurteilte v o r Eintritt der Rechts-
kraft von Rechtsmitteln Gebrauch machen, falls
es nicht die Staatsanwaltschaft zu seinen Gun-
sten tut. N a c h Eintritt der Rechtskraft

dürfe, da das Urteil gegen niemanden Wirkungen
haben könne.
Andere Stimmen halten das Urteil für wirksam.
Dies ist selbstverständlich für all diejenigen,
die die Möglichkeit nichtiger Urteile ganz allge-
mein ablehnen (vgl.dazu i.e. oben S.106, Fußn.1).
Schäfer, der die Nichtigkeit in wenigen anderen
Fällen bejaht (L-R Einl., Kap.16), meint in Bezug
auf die hier in Frage stehende Situation, daß -
falls in Abwesenheit des wahren Angeklagten ent-
schieden worden sei - dieser dem Gericht infolge
Täuschung verborgen gebliebene Mangel (§ 230)
durch die Rechtskraft geheilt werde, wenn das Ur-
teil unangefochten bleibe (L-R Einl.Kap.12, Rdnr.
62). Andere Autoren, die den Bereich nichtiger
Urteile nicht von vornherein auf bestimmte Aus-
nahmefälle begrenzen, erörtern die in Betracht
kommenden Verstöße (=Verhandlung in Abwesenheit
des Angeklagten, Versagung des rechtlichen Ge-
hörs), sehen diese aber nicht als so schwerwie-
gend an, daß dem Urteil die Wirksamkeit versagt
werden müßte (Kroschel GS 69-1906-S.149/150, Fußn.
2; Fränkel DJZ 1906, Sp.295; Robert Schmidt JuS
1966,411; LG Lüneburg MDR 1949,768.

1) Lucas-Dürr, S.244,356ff.; Stieve DJZ 1906, Sp.
1315,1316; Stammann Diss., S.42ff.; Wurzer AcP
120 (1922),409ff.

2) aaO.

3) Vgl. dazu oben S.106f.

bliebe ihm nur der Weg der Wiederaufnahme des Verfahrens oder der Gnade. 1)

Stieve²⁾ geht ohne weiteres von der Wirksamkeit des Urteils aus und überprüft nur die verschiedenen Möglichkeiten zur Beseitigung seiner Fehlerhaftigkeit.

Er lehnt Rechtsmittel und Rechtsbehelfe (Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nach Rechtskraft) des wirklichen Angeklagten ab, da diese Möglichkeiten nur dem Verurteilten zustünden.

Eine Berichtigung des Sitzungsprotokolls wie auch des Urteils selbst wird sodann von ihm zwar erwogen, im Ergebnis aber verworfen, da es sich in den hier erörterten Fällen der Verurteilung einer nicht angeklagten Person eben "um mehr als ein offenes Versehen im Ausdruck" handle. Dem wahren Namensträger als dem scheinbar Verurteilten sei aber ein wirksamer Rechtsbehelf durch die Bestimmung des § 458 Abs.1 gegeben, aufgrund deren er hier Einwendungen gegen die Zulässigkeit einer ihm drohenden Strafvollstreckung erheben könne. 3)

Stammann⁴⁾ erkennt die Möglichkeit nichtiger Urteile zwar grundsätzlich an, beschränkt sie aber auf jene Fälle, in denen "die Unwirksamkeit sich für den Rechtskundigen so offensichtlich aus dem Urteil ergibt, daß Zweifel hierüber nicht entstehen können."⁵⁾ Dies aber treffe dann nicht zu, wenn ein Urteil sich gegen einen in der Hauptverhandlung

1) So Lucas-Dürr ausdrücklich auf S.359/360

2) DJZ 1906, Sp.1315f.

3) Vgl. auch Wurzer AcP 120 (1922), 409ff., der diese Problematik in erster Linie in Bezug auf den Zivilprozeß erörtert, dieselben Grundsätze aber ausdrücklich auch als für den Strafprozeß anwendbar erklärt (S.423).

4) Diss., S.42ff.

5) Zur Kritik dieser und ähnlicher Formulierungen Grünwald ZStW 76 (1964), 260f.; vgl. dazu auch oben S.115/116.

anstelle des Angeklagten auftretenden Dritten richtete. Dagegen spreche, daß es formgerichtet ergangen sei und zudem einen rechtlich möglichen Inhalt aufweise. Auch das Fehlen von Anklage und Eröffnungsbeschluß könne die Nichtigkeit in keinem Falle bewirken.¹⁾ Da das Gericht immer denjenigen verurteilen wolle, der in der Hauptverhandlung als Angeklagter vor ihm gestanden habe,²⁾ und dieser aus dem Urteil auch tatsächlich als der Gemeinte hervorgehe, sei hier im Ergebnis eine bloße (unschädliche) Falschbezeichnung der richtigen Person gegeben.³⁾

Beim Vorliegen dieser "falsa demonstratio" sei eine Berichtigung des Namens im Urteil möglich. Da aber, bevor dies geschehen sei, dem wirklichen Namensträger die Vollstreckung drohen könne, müsse diesem die Möglichkeit gegeben werden, Einwendungen gegen ihre Zulässigkeit zu erheben und einen entsprechenden Beschluß des Gerichts herbeizuführen (§§ 458 Abs.1, 462). In diesem werde festgestellt, daß er mit dem Verurteilten nicht identisch sei. Rechtsmittel und Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens stünden nur dem in Wirklichkeit verurteilten Dritten als dem Beschwerden zu. 4)

In der neueren Literatur bejaht nur Grobler⁵⁾ die Wirksamkeit des gegen den erschienenen Dritten gerichteten Urteils. Er begründet dies damit,

1) Stammann Diss., S.42f. mit zahlreichen Hinweisen auf die ältere Rechtsprechung und Literatur.

2) aaO., S.31; zur Kritik dieses Standpunktes s.o. S.90

3) aaO., S.31ff., 35, 43

4) aaO., S.47ff., 51

5) MDR 1949,768f. (=Anmerkung zu LG Lüneburg MDR 1949,767)

daß es "nichts schlechthin Unmögliches" enthalte und "an sich" habe ergehen können.

Grobler folgert daraus, das Urteil dürfe im Tenor dahingehend berichtigt werden, daß ein anderer als der Genannte verurteilt worden sei. Dieser Dritte sei zunächst zu ermitteln; sodann müsse ihm das Urteil zugestellt werden, gegen das er nunmehr Rechtsmittel einlegen könne. In einer neuen Verhandlung sei das Verfahren einzustellen. Ein Freispruch komme schon deshalb nicht in Betracht, weil gegen ihn wegen der abgeurteilten Tat weder eine Anklage erhoben worden noch ein Eröffnungsbeschluß ergangen sei. Nach Einstellung des Verfahrens könne gegen den wirklichen Täter aufgrund der Anklage und des alten Eröffnungsbeschlusses neu verhandelt werden. Der Grundsatz "ne bis in idem" sei nicht berührt, da der wirkliche Täter bisher eben weder formell noch materiell verurteilt sei.

Diejenigen Stimmen in der neueren Literatur, die ebenfalls der Ansicht sind, das Urteil richte sich stets gegen den in der Hauptverhandlung Erschienenen, verneinen ganz überwiegend die Wirksamkeit dieser Entscheidung.¹⁾ Ihnen ist im Ergebnis zuzustimmen.²⁾

Es ist zwar durchaus zutreffend, daß die Wirksam-

1) Eb.Schmidt I, Rdnr.256,293; Henkel, S.386; KMR-Sax, Einl.10b (II), 14 B Ie und § 230 1d; Klein-knecht Einl., Rdnr.102,171; Roxin, S.276f., 277 (für den Fall, daß man eine Ausrichtung des Urteils gegen den Erschienenen bejahen sollte; vgl.oben S.143, Fuß.1). Schäfer (in L-R Einl.Kap.12, Rdnr.62) bezeichnet diese Lehre als "überwiegend vertretene Auffassung", was aber nur dann zutreffen dürfte, wenn man allein den Kreis jener berücksichtigt, die sich zuvor bereits für eine Ausrichtung des Urteils gegen den in der Hauptverhandlung Auftretenden entschieden hatten und die Möglichkeit nichtiger Urteile nicht von vornherein ganz allgemein (oder auf wenige Ausnahmefälle beschränkt) ablehnen.

2) Auf die Frage der Vorzugswürdigkeit der verschiedenen Auffassungen zu den Wirkungen des auch in diesen Fällen für beachtlich gehaltenen Urteils braucht daher nicht mehr näher eingegangen zu werden.

keit eines Urteils nicht schon allein deshalb in Frage gestellt werden kann, weil der Verurteilte weder angeklagt war noch gegen ihn selbst das Hauptverfahren eröffnet wurde. Wird das Fehlen solcher Prozeßvoraussetzungen rechtzeitig, d.h. spätestens in der Hauptverhandlung vor Abschluß der Verkündung bemerkt, so ist das Verfahren einzustellen; bleibt es aber - wie hier zunächst angenommen - unentdeckt, dann führt dies lediglich zur Anfechtbarkeit des Urteils,¹⁾ das - auch daran ist nicht zu zweifeln - als solches formgerecht ergangen ist und für sich betrachtet einen rechtlich möglichen Inhalt aufweist.

Dies aber sind nicht die letztlich entscheidenden Gesichtspunkte, anhand deren ausschließlich über die Wirksamkeit des Urteils zu befinden wäre. Anlaß zu schwerwiegenden und im Ergebnis auch durchgreifenden Bedenken ergeben sich erst dann, wenn nicht schon im Rahmen der Erörterung dieser Fragen die Lösung des Problems gesucht, sondern hieran anschließend danach gefragt wird, wie gerade die Verurteilung aufgrund einer gegen jemand anderen als den in der Hauptverhandlung Auftretenden gerichteten - existenten - Anklage rechtlich zu bewerten ist: Würde das gegen den Erschienenen ergangene Urteil als beachtliche richterliche Entscheidung gewertet, so würde dies, worauf Eb.Schmidt²⁾ zutreffend hinweist, bedeuten,

1) Vgl. Peters, S.452; L-R-Schäfer Einl. Kap.12, Rdnr.5 m.w.Nachw.; Stammann Diss., S.42f. mit zahlreichen Hinweisen auf die ältere Rechtsprechung und Literatur.

2) I, Rdnr.293

daß die I d e n t i t ä t d e r S a c h e, die hier durch die auf den wirklichen Täter lautende Anklageschrift und den entsprechenden Eröffnungsbeschluß zunächst durch eine andere Person bestimmt war, nunmehr g e w e c h s e l t hat, indem sie jetzt durch die mit ihr nicht identische Person des in der Hauptverhandlung Auftretenden, gegen den verhandelt wurde, ihr subjektives Merkmal erhält. Ein solcher Umstand aber läßt diese Lehre in der Tat als "sehr fragwürdig"¹⁾ erscheinen, und sie erweist sich auch im Ergebnis als nicht haltbar. Die Lösung ergibt sich aus § 155 Abs.1, wonach die Untersuchung und Entscheidung sich nur auf die in der Klage bezeichnete T a t u n d die durch die Klage beschuldigte P e r s o n erstrecken darf. Damit wird ein festumrissener Verfahrensgegenstand an das Gericht herangetragen, auf den die Untersuchungs- und Urteilstätigkeit e n g begrenzt ist. Es darf also nur dasjenige historische Ereignis zum Gegenstand tatsächlicher Feststellungen und rechtlicher Bewertungen gemacht werden, dessen Identität bezüglich "Tat" u n d "T ä t e r" sich aus der Klage ergibt.²⁾ Eine Veränderung des so bestimmten Themas ist nur in wenigen Ausnahmefällen (Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes, § 265 und Nachtragsanklage, § 266) gestattet. Jedes sonstige "Hinausgehen jeglicher Art über den Rahmen der Klage fällt ins L e e r e."³⁾ Dies trifft im besonderen bei den

1) Eb.Schmidt I, Rdnr.293

2) Vgl. Henkel, S.97f.

3) Rosenfeld I, S.24

hier in Frage stehenden Urteilen zu. Durch die Verurteilung einer anderen als der angeklagten Person hat das Gericht - wenn auch unbewußt - die strenge thematische Bindung an den durch Klage und Eröffnungsbeschluß bestimmten Urteilsgegenstand außer acht gelassen und damit gegen eines der wesentlichsten Prinzipien unseres Verfahrensrechts verstoßen.¹⁾ Das gefällte Erkenntnis stellt danach gar kei "Urteil in der betreffenden Sache"²⁾ dar und muß nach alledem als nichtig angesehen werden.³⁾

bb. Zur "Beseitigung" des nichtigen Strafurteils

Eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob und ggf. auf welche Weise ein nichtiges Strafurteil beseitigt werden könnte, mag vielleicht auf den ersten Blick als überflüssig erscheinen, da eine solche Entscheidung ohnehin keine rechtlichen Wirkungen zu entfalten vermag und sich daher jedermann - insbesondere also auch der "Verurteilte" selbst - bei zweifelsfreier Feststellung der den Fehler enthaltenden Tatsachen⁴⁾ auf seine Unwirksamkeit berufen kann.⁵⁾

1) Eb.Schmidt I, Fußn.462 zu Rdnr.256

2) Eb.Schmidt I, Rdnr.256, 293

3) Zu diesem Ergebnis gelangen auch (zumeist jedoch ohne nähere Begründung) Henkel (S.386), KMR-Sax (Einl.10 b II), Kleinknecht (Einl., Rdnr.171) und Roxin (S.277) - letzterer für den Fall, daß man eine Ausrichtung gegen den Erschienenen bejahen sollte, vgl.oben S.143, Fußn.1.

4) Der Frage, wie zu verfahren ist, falls die den Mangel enthaltenden Fakten behauptet werden, eine Klärung aber nicht möglich ist, wird später nachgegangen, s.u.S.155f.

5) Vgl. KMR-Sax, Einl.10b (III) und auch BayObLG 1959, 317, wo in einem B e s c h l u ß ausgesprochen wurde, die Revision gegen das nichtige Urteil sei "gegenstandslos" und das Tatsachengericht habe das Verfahren so fortzusetzen, als sei das Urteil überhaupt nicht ergangen. Im gleichen Sinne äußert sich auch das RG (RGSt 71,378).

Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch ein nichtiges Urteil bestimmte "faktische"¹⁾ Wirkungen äußert, indem es schon durch seine bloße Existenz einen Unsicherheitsfaktor darstellt und die R e c h t s k l a r h e i t in ganz erheblichem Maße bedroht.²⁾ Hinzu kommt ein weiterer, damit zusammenhängender Umstand, der zwar in den Fällen einer vom wirklichen Angeklagten und dem an seiner Stelle in der Hauptverhandlung auftretenden Strohmann bewußt veranlaßten Verurteilung unter falschem Namen nur selten oder überhaupt nicht eingreifen dürfte,³⁾ der aber in der ganz überwiegenden Mehrzahl infolge schwerster Mängel unwirksamer Entscheidungen von erheblicher (praktischer) Bedeutung sein wird: Es ist dies das im Hinblick auf die r u f s c h ä d i g e n d e W i r k u n g einer Verurteilung gegebene Interesse des Betroffenen, auch nur den Anschein einer Verurteilung beseitigt zu sehen.⁴⁾

Aus den genannten Gründen ist es also erforderlich, die Nichtigkeit des Urteils durch einen - wenn auch nur deklaratorischen - "actus contrarius"⁵⁾ klarzustellen. Problematisch ist allerdings,

1) Peters, S.453

2) Vgl. Peters aaO.

3) Vergleichbar sind jene Fälle, in denen eine Verurteilung unter falschem Namen nicht verhindert wurde, obwohl die Möglichkeit dazu bestanden hätte (vgl. den Fall des LG Lüneburg MDR 1949,767, der oben auf S.21 mitgeteilt ist).

4) KMR-Sax, Einl.10 b (III); vgl. auch Eb.Schmidt I, Fußn.456 zu Rdnr.251 und Peters aaO. (In diesem Zusammenhang sei auch schon auf die noch später zu erörternden Fallgestaltungen hingewiesen, in denen das Urteil sich gegen einen infolge Namensmißbrauchs in den Prozeß verstrickten Dritten richtet.)

5) KMR-Sax, Einl.10 b (III)

in welcher Weise dies "autoritativ und maßgeblich"¹⁾ geschehen könnte, da die StPO kein besonderes Verfahren zur Feststellung der Nichtigkeit vorsieht.²⁾ Zur Lösung dieses Problems werden verschiedene Möglichkeiten diskutiert:

So findet sich vielfach der Vorschlag, eine Anfechtung mit Rechtsmitteln zuzulassen.³⁾

Daneben wird erwogen, nach Eintritt der formellen Rechtskraft eine Wiederaufnahme des Verfahrens⁴⁾ oder auch die Erhebung der Verfassungsbeschwerde in Betracht zu ziehen.⁵⁾

1) Eb.Schmidt I, FuBn.456 zu Rdnr.251

2) Anders das Österreichische Strafprozeßrecht, das eine unbefristete Nichtigkeitsbeschwerde ermöglicht (§§ 280,344). Im StPO-Entwurf 1939 war als außerordentlicher Rechtsbehelf (u.a.) eine Nichtigkeitsbeschwerde vorgesehen, die an das Vorbild des Österreichischen Strafprozeßrechts anknüpfte, aber durch die Nachkriegsgesetzgebung wieder beseitigt wurde. Vgl.dazu i.e. L-R-Schäfer Einl. Kap.16, Rdnr.29f. und Luther ZStW 70,102.

3) Eine Anfechtung ist zwar streng genommen nicht zulässig, da ihr Zweck - Verhinderung des Eintritts der Rechtskraft - bei nichtigen Urteilen nicht erreicht werden kann. Sie wird deshalb auch von einigen Stimmen in der Literatur abgelehnt (vgl.Luther ZStW 70,102; Gerland, S.297). Für die Möglichkeit einer Anfechtung sprechen sich dagegen Peters (S.453), Henkel (S.259), Kleinknecht (Einl., Rdnr.106), Roxin (S.278) aus. Vgl.ferner BGH NJW 1953,1829 und 1954,34. Peters (aaO.) weist darauf hin, daß es gerade wegen der Schwierigkeit einer Entscheidung über die Frage, ob das Urteil nur anfechtbar oder doch nichtig sei, eine Belastung mit einem unbilligen Risiko bedeuten würde, wolle man die Nichtigkeit nicht auch im ordentlichen Rechtsmittelwege nachprüfen und ggf. feststellen lassen.

4) Kleinknecht Einl., Rdnr.106; Henkel, S.259; KMR-Sax, Einl.10 b (III)

5) Henkel aaO.

Eine weitere Lösungsmöglichkeit ist der Weg über § 458 Abs.1 (Geltendmachung von Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Strafvollstreckung).¹⁾

Es besteht jedoch weitgehend Einigkeit, daß keiner dieser aufgezeigten Wege zur Erzielung einer deklaratorischen Urteilsaufhebung zu befriedigen vermag. Für andere Fälle gedacht sind sie, wie Sax²⁾ zu Recht sagt, alle "gleich gut und gleich schlecht." Es bieten sich auch keine weiteren Möglichkeiten zur Lösung dieses Problems an. Peters³⁾ empfiehlt zwar eine Feststellung der Nichtigkeit durch "Beschluß", der vor allem dann in Frage komme, wenn eine Rechtsmittelfrist abgelaufen sei.

1) Dafür sprechen sich z.B. Kleinknecht (Einl., Rdnr.106) und KMR-Sax (Einl.10 b III, mit dem Hinweis, daß dieser Weg der einfachste sei) aus. Peters (S.454) und ihm folgend Eb.Schmidt (I, Fußn.456 zu Rdnr.251) lehnen diesen Weg ab, da er nur bei vollstreckbaren, nicht hingegen bei freisprechenden Urteilen in Frage komme. Sax (aaO.) hält dem entgegen, daß der Einwand des Versagens im Falle eines unbeachtlichen Freispruchs durchaus kein Argument gegen seine Geeignetheit im Falle einer unbeachtlichen Verurteilung sei.

2) aaO.; vgl. auch Eb.Schmidt aaO.: "Gelöst ist mit alledem das Problem in keiner Weise." Die Ausführungen von Eb.Schmidt sind i.ü. teilweise widersprüchlich. So vertritt er für den Fall der Verurteilung eines anstelle des wirklichen Angeklagten in der Hauptverhandlung Erschienenen an anderer Stelle (I, Fußn.521 zu Rdnr.293) die Auffassung, hier komme ein "rein formales Gebrauchmachen vom Rechtsmittelweg" ohnehin kaum in Frage. Wolle der durch das unbeachtliche Urteil Verurteilte der Vollstreckung aus dem Wege gehen, so brauche er nur dem Gericht seine Nichtidentität mit dem in Wahrheit Angeklagten darzutun; das Gericht habe ja nicht das geringste Interesse an der Vollstreckung eines unbeachtlichen Urteils.

3) S.453/454

Dieser könne von der Staatsanwaltschaft oder dem vom Urteil Betroffenen erwirkt werden bzw. auch von Amts wegen erfolgen. Unklar bleibt jedoch, von **w e l c h e m** Gericht und in **w e l c h e m** **V e r f a h r e n** dieser Beschluß erlassen werden sollte.¹⁾

Da der Weg über § 458 aber zumindest der einfachste ist, um zur Feststellung der Unbeachtlichkeit eines Urteils zu gelangen, sollte er - solange keine gesetzliche Regelung vorhanden ist, durch die die gesamte Problematik gegenstandslos würde²⁾ - als erster in Betracht gezogen werden.

Die Frage, ob und auf welche Weise das nichtige Urteil zu beseitigen ist, spielt keine Rolle im Hinblick auf die Fortführung des Verfahrens gegen den wirklichen und angeklagten Täter. Auch ohne förmliche Beseitigung ist gegen ihn eine neue Verhandlung zulässig; aus dem Grundsatz "ne bis in idem" können sich keine Schwierigkeiten ergeben. 3)

-
- 1) Zur Kritik dieses Vorschlages von Peters vgl. auch KMR-Sax, Einl.10b (III)
 - 2) Als Vorbild könnte die nach österreichischem Recht mögliche Nichtigkeitsbeschwerde dienen, vgl. dazu oben S.152, Fußn.2.
 - 3) Eb.Schmidt I, Rdnr.293; Henkel, S.386; KMR-Sax, Einl.14 B I e

Die Staatsanwaltschaft wird eine mögliche Strafbarkeit des Strohmannes prüfen, der anstelle des wirklichen Angeklagten in der Hauptverhandlung aufgetreten ist - in Betracht kommen hier vor allem die §§ 145d und 258 StGB (zudem hat eine falsche Namensangabe nach § 111 OWiG vorgelegen) - und ggf. gegen ihn Anklage erheben.

cc. Entscheidung bei Zweifeln über das behauptete
Vorschieben eines Strohmannes in der Haupt-
verhandlung

Weitere Fragen tauchen auf, falls eine Person später behauptet, nicht sie selbst, sondern ein (inzwischen verstorbener oder nicht mehr auffindbarer) Strohmann habe seinerzeit an ihrer Stelle vor Gericht gestanden, und sich nicht mehr feststellen läßt, ob dies der Wahrheit entspricht oder frei erfunden ist. Damit tritt eine ähnlich unklare Situation wie in jener bereits früher erörterten Fallgestaltung¹⁾ ein, in der wegen eines behaupteten, aber nicht sicher feststehenden Namensmißbrauchs ebenfalls Ungewißheit über die Identität des Verurteilten bestand. Dort war von der Richtigkeit der gemachten Angaben und damit im Ergebnis von der Unzulässigkeit der Strafvollstreckung oder - falls eine derartige Behauptung in einem anderen Strafverfahren aufgestellt wurde - von der Unzulässigkeit der Verwertung einer in Frage stehenden Vorstrafe auszugehen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob auch in der h i e r angenommenen, schon im Hinblick auf das behauptete t a t s ä c h l i c h e Geschehen völlig anderen Situation entsprechend entschieden werden kann: Zu bedenken ist vor allem, daß - anders als bei einem möglichen Namensmißbrauch - mit der Behauptung des Vorschiebens eines prozeßfremden Dritten in der Hauptverhandlung zugleich die W i r k s a m k e i t der ergangenen Entscheidung in Frage gestellt wird.²⁾ Es müßte also bei nicht

1) s.o. S.138ff.

2) Vgl. dazu oben S. 143ff.

(mehr) möglicher Klärung des Sachverhaltes "zugunsten" des Betreffenden davon ausgegangen werden, daß er die von ihm behauptete Irreführung des Gerichts (mit-) veranlaßt hat, um sodann aufgrund dieser (zweifelhaften) Annahme im nachhinein eine der Rechtskraft fähige Entscheidung zu leugnen. Jedoch setzt die Feststellung der in wenigen Ausnahmefällen anzuerkennenden Urteilsnichtigkeit unabdingbar voraus, daß zumindest jeglicher Zweifel am Vorliegen der den (schwersten) Fehler beinhaltenden Tatsachen ausgeräumt ist. Wenn hingegen wie in d i e s e r Situation weiterhin Ungewißheit über deren Vorliegen besteht, dann muß von der Wirksamkeit des Urteils ausgegangen und damit im Ergebnis zugunsten der bestrittenen Rechtskraft entschieden werden.

c. Verurteilung einer mit dem Täter nicht identischen Person aufgrund früherer Fehlorientierungen des Verfahrens

Es bleiben noch jene Urteile auf ihre Wirkungen hin zu erörtern, deren Mängel aus Fehlorientierungen des Verfahrens resultieren, die bereits vor der Hauptverhandlung zur Festlegung des Prozesses auf ein falsches Bezugssubjekt führten. Dabei ist im folgenden zwischen den Fällen der Verurteilung eines frühzeitig in das Verfahren eingetretenen Strohmannes und jenen Fallgestaltungen zu differenzieren, in denen das Erkenntnis sich gegen den infolge Mißbrauchs seines Namens oder auch aufgrund anderer Umstände - in jedem Falle aber gegen seinen Willen in das Verfahren verstrickten - sonstigen Dritten richtet.

aa. Verurteilung eines bereits vor der Hauptverhandlung in das Verfahren eingetretenen Strohmannes

An dieser Stelle sollen zunächst die Fallgestaltungen wieder aufgegriffen werden, in denen ein Strohmann schon frühzeitig in das Verfahren eingetreten ist, um die Rolle des Täters zu übernehmen. Welche Wirkungen ein später gegen ihn ergangenes Urteil im Einzelfalle hat, ist hier wie in den zuletzt untersuchten Erkenntnissen davon abhängig, ob er selbst oder der wirkliche Täter zum Angeklagten dieses Prozesses wurde.

Die Ursachen der Ausnahmesituation eines in der Hauptverhandlung anstelle des Täters auftretenden und in eigener Person a n g e k l a g t e n S t r o h m a n n e s wurden bereits an anderer Stelle i.e. erörtert.¹⁾

Im Rahmen der hier durchzuführenden Untersuchung steht zunächst wieder die Frage im Vordergrund, ob das gegen ihn gerichtete Urteil als wirksam anzusehen ist.

Es kann dahinstehen, ob der Strohmann das alleinige Bezugssubjekt des gesamten vorangegegangenen Verfahrens war (wobei er den Namen des wirklichen Täters verwendet haben oder auch unter seinem eigenen Namen aufgetreten sein kann), oder ob zu Beginn der Ermittlungen der Täter selbst zum Beschuldigten wurde, bevor der Strohmann seine Rolle übernahm. Sicher ist jedenfalls, daß wiederum - wie bei der zuvor erörterten Verurteilung eines erstmals in der Hauptverhandlung in Erscheinung tretenden Strohmannes - die Verurteilung eines N i c h t t ä t e r s ausgesprochen wurde. Die Fälle sind aber keineswegs miteinander vergleichbar; denn während in den zuletzt behandelten Fallgestaltungen die Verurteilung auf der Grundlage einer gegen jemand anderen gerichteten Anklage erfolgte und deshalb im Ergebnis kein "Urteil in der betreffenden Sache" vorlag, betrifft die h i e r in Frage stehende Entscheidung ausschließlich den dem Gericht vorgegebenen festumrissenen Verfahrensgegenstand: Allein auf die in der Klage bezeichnete Tat und die vom Klagevorwurf betroffene P e r s o n bezogen, hält sie sich exakt in dem durch § 155 Abs.1 thematisch bestimm-

1) s.o.S.62ff.

ten Rahmen. Daß der Anklagegegenstand selbst durch die Beschuldigung einer falschen Person in subjektiver Hinsicht falsch festgelegt wurde, ist daher insoweit unerheblich. Das Urteil ergeht zwar nicht gegen den wirklichen Täter, betrifft aber den "richtigen" Angeklagten. Mit anderen, die Nichtigkeit begründenden schwersten Mängeln ist die Entscheidung nicht behaftet. Die hier erfolgte Verurteilung eines Nichttäters ist damit nicht anders zu sehen als jede sonstige - auf welchen Gründen auch immer beruhende - Verurteilung eines Unschuldigen. Das Urteil stellt mithin eine beachtliche richterliche Entscheidung dar.

Gegen sie kann der Strohmann - mag er nun unter dem Namen des Täters oder stets unter seinem eigenen Namen aufgetreten und später auch verurteilt worden sein - als der von ihr Betroffene vor Eintritt der Rechtskraft Rechtsmittel einlegen. Ein entsprechendes Anfechtungsrecht steht der Staatsanwaltschaft zu. In der neuen Hauptverhandlung wird sodann ein Freispruch ergehen.¹⁾

Nach Eintritt der Rechtskraft kommt eine Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des Strohmannes gem. § 359 Nr.5 in Betracht (Beibringung neuer

1) Sofern der Strohmann sich durch sein im Verlaufe des Prozesses gezeigtes Verhalten strafbar gemacht haben sollte, wird ein weiteres (neues) Verfahren gegen ihn eingeleitet werden. Als Straftatbestände kommen § 145d Abs.2 Nr.1 StGB (Täuschung über einen Beteiligten an einer - wirklich begangenen - rechtswidrigen Tat und § 258 StGB (Strafvereitelung) in Betracht.

Tatsachen, die geeignet sind, seine Freisprechung zu begründen).

Peters¹⁾ weist zutreffend darauf hin, daß ein Wiederaufnahmeantrag aber dann unzulässig ist, wenn er sich nur s c h e i n b a r zugunsten des Verurteilten, insgesamt betrachtet jedoch zu seinen Ungunsten auswirkt. Diese Folge könnte in solchen Fällen eintreten, in denen die vom wirklichen Täter begangene Straftat wie auch das Verhalten des Strohmannes beim Rollentausch einen "einheitlichen historischen Vorgang" im Sinne des von der Rechtsprechung und herrschenden Lehre verwendeten Tatbegriffs (§§ 155, 264) darstellen.²⁾

Würde auch hier der verurteilte Strohmann zunächst im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, dann aber (z.B. wegen §§ 145d, 258 StGB) angeklagt und verurteilt, so müßte ein solches Vorgehen als fehlerhaft bezeichnet werden; denn es wäre Aufgabe des Gerichts gewesen, a l l e Zusammenhänge, die mit der Tat irgendwie zu tun hatten, zu klären. Hätte der Strohmann den wahren Sachverhalt zugegeben, dann hätte er ohne neue Anklage wegen Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes (§ 265) verurteilt werden können. Ein - nach seiner Freisprechung - eingeleitetes Verfahren müßte sogar, wenn das freisprechende Urteil rechtskräftig geworden ist, wegen "res judicata" eingestellt werden.³⁾ Darüberhinaus ist die Unzulässigkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens überhaupt anzunehmen, wenn die für den Strohmann in Betracht kommenden Straftaten im Hinblick auf die Bestimmungen, nach

1) S. 591

2) s. dazu oben S. 130, Fußn. 1

3) Peters aaO.

denen die frühere Verurteilung erfolgte, nicht die mildereren Strafgesetze darstellen. Hier fehlt es schon an einer Voraussetzung des § 359 Nr.5. Sind es aber mildere Strafgesetze, so ist zwar ein Wiederaufnahmeantrag zugunsten des Verurteilten zulässig - er muß dann aber auf eine geringere Bestrafung "in Anwendung eines mildereren Strafgesetzes", nicht hingegen auf eine Freisprechung abzielen.¹⁾

Diese Wege einer Anfechtung des Urteils wie auch die Stellung des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens stehen dem wirklichen Täter nicht offen, da er von dieser Entscheidung - mag er auch in ihr namentlich genannt sein - nicht selbst betroffen ist. Droht ihm jedoch infolge der Verwendung seines Namens die Vollstreckung aus dem inzwischen rechtskräftig gewordenen Urteil, so kann er Einwendungen gegen deren Zulässigkeit nach § 458 Abs.1 erheben.²⁾

Eine ganz andere Situation ist gegeben, wenn der Strohmann zu Beginn des Ermittlungsverfahrens (allein oder auch neben dem Täter) in die Rolle des Beschuldigten gelangte, selbst aber niemals zum Angeklagten wurde, weil aus Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß allein der wirkliche Täter objektiv als Gemeinter hervorging. Es handelt sich

1) Peters, S.591

2) Gegen ihn, dessen Rolle der Strohmann übernommen hatte, muß noch Anklage wegen jener Straftat(en) erhoben werden, deretwegen der Strohmann verurteilt wurde.

hier also bei dem in der Hauptverhandlung aufgetretenen und verurteilten Strohmann keineswegs um eine bislang völlig prozeßfremde Person. Seiner frühzeitigen Verstrickung in das Verfahren kann aber für die hier zu treffende Entscheidung über die **W i r k s a m k e i t** des Erkenntnisses keine weitere Bedeutung zukommen. Das Ergebnis folgt wiederum aus § 155 Abs.1, wonach die Untersuchung und Entscheidung in **p e r s ö n l i c h e r** Hinsicht allein auf die durch die Klage beschuldigte Person beschränkt ist. Da nun aber hier zwischenzeitlich - im Stadium von Anklageerhebung und Eröffnung des Hauptverfahrens - der wirkliche Täter das alleinige Bezugssubjekt des Verfahrens geworden war, fällt das gegen den Strohmann ergangene Urteil aus dem Rahmen, der dem Gericht thematisch in subjektiver Hinsicht vorgegeben ist. Diese Überschreitung der dem Gericht gezogenen Grenzen führt dazu, daß - wie im Falle des **e r s t - m a l s** in der Hauptverhandlung in das Verfahren verstrickten Strohmannes - die ergangene Entscheidung kein "Urteil in der betreffenden Sache" ist und damit als nichtig angesehen werden muß.¹⁾

1) Die Problematik der Beseitigung eines für nichtig erkannten Urteils und die weiteren damit zusammenhängenden Fragen sind bereits behandelt worden (s.o.S.150ff.); hierauf kann insoweit verwiesen werden.
Ob gegen den Strohmann ein weiteres (neues) Verfahren einzuleiten ist, hängt wieder von den Umständen des Einzelfalles ab. Zur Aburteilung des wirklichen und bereits angeklagten Täters ist eine neue Anberaumung der Hauptverhandlung gegen ihn erforderlich. Der Grundsatz "ne bis in idem" kann dem nicht entgegenstehen; vgl. dazu Eb.Schmidt I, Rdnr.293 und oben S.154.

bb. Verurteilung eines gegen seinen Willen in das
Verfahren verstrickten (sonstigen) Dritten

Die im folgenden auf ihre Wirkungen hin zu überprüfenden Entscheidungen sind wiederum dadurch gekennzeichnet, daß sie sich gegen einen Nichttäter ausrichten. Wie in den zuvor behandelten Fällen der Verurteilung eines Strohmannes ist aber entscheidend darauf abzustellen, ob das Urteil sich jeweils gegen eine angeklagte oder eine nicht angeklagte Person richtet und damit trotz des vorhandenen Mangels als wirksam anzuerkennen oder als nichtig zu beurteilen ist.

Die zur Anklage eines bislang unbeteiligten Dritten führende Entwicklung des Prozesses zeigt einige Parallelen zu jenen Fällen, in denen ein Strohmann anstelle des wirklichen Täters bereits angeklagt wurde.

Da das später ergangene Urteil sich wiederum gegen eine - wenn auch zu Unrecht - angeklagte Person ausrichtet, betrifft es den "richtigen" Angeklagten, ist somit ein "Urteil in der betreffenden Sache" und stellt daher ebenso wie das gegen einen angeklagten Strohmann gerichtete Erkenntnis eine beachtliche richterliche Entscheidung dar. Zum Zwecke der Aufhebung dieses Urteils können Rechtsmittel eingelegt, nach Eintritt der Rechtskraft kann ein Wiederaufnahmeantrag gestellt werden. Der zu Unrecht Verurteilte wird freigesprochen;¹⁾ gegen den wirklichen Täter, dem diese

1) Insofern gelten keine Besonderheiten. Da der Dritte sich nicht strafbar gemacht hat, entfallen die beim Wiederaufnahmeantrag zugunsten eines verurteilten Strohmannes auftauchenden Probleme.

Wege nicht offenstehen, muß noch Anklage erhoben werden.¹⁾

Die Situation, daß ein unbeteiligter Dritter noch **n a c h** der bereits erfolgten Anklage einer bestimmten Person in das Verfahren hineingezogen und auch verurteilt wird, kann allenfalls dann eintreten, wenn ihm irrtümlich Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß oder die Ladung zur Hauptverhandlung zugestellt wurden und eine Aufklärung dieses Sachverhaltes - aus welchen Gründen auch immer - unterblieben sein sollte.²⁾

Da diese fehlgegangenen Zustellungen die Rechtsstellung des Empfängers in keiner Weise berühren, ihm also insbesondere nicht die Eigenschaft eines Beschuldigten in diesem Verfahren verleihen, stellt die gegen ihn ergangene Entscheidung kein "Urteil in der betreffenden Sache" dar und ist damit im Ergebnis als nichtig zu erachten.³⁾

Zur Aburteilung der in Wahrheit angeklagten Person ist lediglich eine erneute Anberaumung einer Hauptverhandlung gegen sie erforderlich.

1) Ob nur Anklage wegen jener Tat erhoben wird, deretwegen der Dritte zu Unrecht verurteilt wurde oder auch noch wegen weiterer im Zusammenhang mit dessen Verstrickung in den Prozeß begangener Straftaten, wird i.e. zu prüfen sein. Zu denken wäre an eine Strafbarkeit nach § 164 StGB (Falsche Verdächtigung), § 187 StGB (Verleumdung), § 281 (bei Mißbrauch von Ausweispapieren) und eventuell § 239 StGB (Freiheitsberaubung in mittelbarer Täterschaft).

2) Zur praktischen Relevanz dieser "Beispielsfälle" s.o.S.27

3) Zu einem anderen Ergebnis käme man nach der von Lucas-Dürr (S.243) und Petters-Preisendanz (S.224) vertretenen Auffassung, der Empfänger einer fehlgegangenen Anklageschrift und eines ebenfalls fehlgegangenen Eröffnungsbeschlusses habe, falls er in der Hauptverhandlung erschei-

3. Zusammenfassung

Die zu den Wirkungen der Urteile getroffenen Feststellungen können wie folgt zusammengefaßt werden:

Im Falle einer bloßen Falschbezeichnung eines i.ü. zutreffend individualisierten Täters ist von der Wirksamkeit des Urteils auszugehen. Die dagegen vereinzelt vorgebrachten Einwände greifen nicht durch. Auch eine Einschränkung der Sperrwirkung des einmal rechtskräftig gewordenen Urteils kommt nicht in Betracht. Die in ihm enthaltenen falschen Personalien können - obwohl nicht auf einem Verkündungsversehen beruhend - berichtigt werden. Diese Klarstellung hat lediglich Formalcharakter und läuft damit auf keine (unzulässige) nachträgliche sachliche Änderung hinaus. Die Rechtsstellung des Verurteilten wird nicht beeinträchtigt; ist der Name eines existierenden Dritten mißbraucht

ne, als der "richtige Angeklagte" zu gelten, bzw. er sei der "richtige Angeklagte". Würde man dieser (unzutreffenden, vgl. oben S.65f. und S.74) Ansicht folgen, so käme man unabhängig davon, welche Entscheidung zur A u s - r i c h t u n g der Entscheidung getroffen wurde, hier in jedem Falle zu einem wirksamen Urteil. Der verurteilte Empfänger der fehlgegangenen Schriftstücke müßte also Rechtsmittel einlegen oder nach Eintritt der Rechtskraft die Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben, falls es nicht die Staatsanwaltschaft zu seinen Gunsten tut. Zweifelhaft bliebe allerdings, ob der "ursprüngliche" Angeklagte noch einmal angeklagt werden müßte. (Hat er seine Angeklagtenstellung verloren, weil nunmehr der Dritte zum "richtigen Angeklagten" geworden sein soll? Oder kann dennoch auf die alte Anklage zurückgegriffen werden?)

worden, wird darüberhinaus dessen berechtigtem Interesse an der Richtigstellung der auf ihn lautenden Entscheidung Rechnung getragen. Droht ihm vor erfolgter Berichtigung die Vollstreckung, so kann er nach § 458 Abs.1 Einwendungen gegen ihre Zulässigkeit erheben. Ist sein Name in Register eingetragen worden, muß eine Löschung und Eintragung des richtigen Namens erfolgen. Zweifel über einen behaupteten Namensmißbrauch wirken sich zugunsten des Namensträgers aus.

Ergeht das Urteil gegen eine erstmals in der Hauptverhandlung aufgetretene (bislang also prozeßfremde) Person, so kann es nicht als wirksam angesehen werden. Da es sich gegen eine nicht angeklagte Person richtet, stellt es kein "Urteil in der betreffenden Sache" dar; es fällt mithin aus dem Rahmen heraus, der durch § 155 Abs.1 thematisch in subjektiver Hinsicht bestimmt wird, und ist aus diesem Grunde nichtig. Es muß im Interesse der Rechtsklarheit wie auch im Interesse des Betroffenen beseitigt werden. In welcher Weise dies geschehen kann, ist zweifelhaft, da die StPO hierfür kein besonderes Verfahren vorsieht und eine befriedigende Lösung auch nicht auf den verschiedenen - zur Herbeiführung des deklaratorischen Ausspruchs der Urteilsnichtigkeit i.e. erörterten - Wegen gefunden wird. Der Weg über § 458 ist aber der einfachste und dürfte aus diesem Grunde vorzuziehen sein. (Bei Ungewißheit über die Verurteilung einer nicht angeklagten Person ist allerdings bis zur vollständigen Klärung des Sachverhaltes von der Wirksamkeit der Entscheidung auszugehen.) Auch ohne förmliche Beseitigung des nichtigen Urteils ist gegen den wirklichen Angeklagten eine neue Verhandlung möglich. Der Grundsatz "ne bis in idem" steht dem nicht entgegen. Ob gegen den Strohmann wegen seines Auftretens in der Hauptverhandlung ein weiteres (neues) Verfahren einzuleiten ist, hängt von den Umständen des jeweiligen Einzelfalles ab.

Ergeht das Urteil gegen eine mit dem wirklichen Täter nicht identische, aber bereits in früheren Stadien in das Verfahren verstrickte (also nicht prozeßfremde) Person, so hängt die Wirksamkeit auch hier allein davon ab, ob der Verurteilte zuvor angeklagt war und es damit ein "Urteil in der betreffenden Sache" darstellt.

Handelt es sich bei dem Verurteilten um einen bereits frühzeitig in das Verfahren verstrickten Strohmann, so ist die Entscheidung zwar gegen einen Nichttäter gerichtet, aber - sofern sie keine sonstigen schwersten Mängel aufweist - wie in anderen Fällen der Verurteilung eines Unschuldigen wirksam. Der Strohmann und / oder die Staatsanwaltschaft können Rechtsmittel einlegen oder nach Eintritt der Rechtskraft einen Wiederaufnahmeantrag stellen. Die Einleitung eines neuen Verfahrens gegen den Strohmann ist zu erwägen. Besonderheiten gelten, wenn die Straftat, deretwegen er freigesprochen wird und das beim Rollentausch gezeigte strafbare Verhalten einen "einheitlichen historischen Vorgang" im Sinne des prozessualen Tatbegriffs (§§ 155, 264) darstellen. Gegen den wirklichen Täter wird Anklage wegen der vom Strohmann auf sich genommenen Straftat erhoben. Der Täter kann als von der Entscheidung nicht Betroffener weder Rechtsmittel einlegen, noch einen Wiederaufnahmeantrag stellen. Droht ihm die Vollstreckung, dann bleibt ihm der Weg über § 458 Abs.1.

War der Täter selbst angeklagt, so ist das gegen den Strohmann gerichtete Urteil nicht "in der betreffenden Sache" ergangen und damit nichtig. Gegen den wirklichen Angeklagten wird eine neue Hauptverhandlung anberaumt.

Nichtigkeit der Entscheidung ist ebenso im Falle der Verurteilung eines gegen seinen Willen in das

Verfahren verstrickten (aber nicht angeklagten) sonstigen Dritten anzunehmen. Dies gilt auch dann, wenn es sich bei ihm um den Empfänger der fehlgegangenen Anklageschrift und des Eröffnungsbeschlusses handelt und er daraufhin in der Hauptverhandlung erschienen war. Zur Aburteilung des bereits angeklagten Täters ist eine neue Hauptverhandlung anzuberaumen.

B. Anhang: Prozessuale Maßnahmen bei Aufklärung des Sachverhaltes in der Hauptverhandlung

Es bleibt noch die Frage zu erörtern, welche prozessualen Maßnahmen zu treffen sind, falls der Name einer - ansonsten eindeutig individualisierten - Person als falsch erkannt oder die Nichtidentität des vor Gericht Auftretenden mit dem wirklichen Täter oder Angeklagten noch in der Hauptverhandlung aufgedeckt werden sollte,

I. Fälle der Falschbezeichnung

Mit der Aufdeckung einer Falschbezeichnung dürfte zwar vielfach auch eine sofortige Klärung des Sachverhaltes und die Feststellung des richtigen Namens verbunden sein. Ist dies aber aus irgendwelchen Gründen nicht der Fall - sei es, daß der Angeklagte seinen wahren Namen verheimlicht oder dem Gericht Zweifel an der Richtigkeit des nunmehr von ihm angegeben verbleiben - so muß zunächst der Versuch einer vollständigen Klärung unternommen werden.

Erst dann können auch Informationen über eventuell vorhandene, infolge der falschen Namensangabe bisher nicht nachprüfbare rechtsfolgenrelevante Tatsachen wie z.B. Vorstrafen dieses Angeklagten eingeholt werden.¹⁾ Zu diesem Zweck ist eine "kürzere Unterbrechung" der Hauptverhandlung angebracht, die bis zur Höchstdauer von 10 Tagen vom Vorsitzenden verfügt werden könnte, §§ 228 Abs.1 S.2, 229 Abs.1.²⁾

Sind diese und u.U. weitere Fragen³⁾ innerhalb der Frist geklärt worden, kann die Verhandlung nunmehr gegen den Angeklagten unter seinem richtigen Namen fortgeführt werden.⁴⁾

Ist die Höchstfrist allerdings, ohne daß eine Fortsetzung der Sachverhandlung stattgefunden hätte,⁵⁾ abgelaufen, so muß mit der Hauptverhandlung von neuem begonnen werden, § 229 Abs.3.

Da das Urteil auf einen anderen als den in früheren Stadien des Verfahrens verwendeten Namen lau-

1) Auskunft aus dem Bundeszentralregister (§ 39 BZRG), eventuell auch Verkehrszentralregister (§ 30 StVG); ggf. Herbeischaffung von Akten.

2) Längere Unterbrechungen sind nur in Großverfahren zulässig (§ 229 Abs.2); vgl. dazu Kleinknecht § 229, Rdn.2

3) Zur Verfolgung einer möglicherweise gegebenen falschen Namensangabe (§ 111 OWiG) durch die Staatsanwaltschaft, deren Zuständigkeit, eventuelle Einbeziehung in die Hauptverhandlung und weitere Einzelfragen beim Zusammentreffen mit einer Straftat vgl.i.e. Kleinknecht(Anhang5), § 40 OWiG, Rdnr.1 u.2; § 42 OWiG, Rdnr.3 u.4; § 82 OWiG, Rdnr.1 - 4.

4) Vgl. Peters, S.390; Petters-Preisendanz, S.224; Stammann Diss., S.52/53

5) Vgl. dazu BGH NJW 1952,1149

ten wird, bedarf es zur Vermeidung späterer Zweifel bezüglich der Identität des Verurteilten einer Klarstellung. Hier dürfte es genügen, in die Anklage und den Eröffnungsbeschluß einen formlosen Klarstellungsvermerk einzufügen.¹⁾

II. Fälle des erstmaligen Auftretens eines Strohmannes in der Hauptverhandlung

Wird die Nichtidentität der in Wahrheit angeklagten und der zur Verhandlung erschienenen Person in der Hauptverhandlung festgestellt, soll dies nach einer vielfach vertretenen Ansicht zur Folge haben, daß die Sache zu vertagen und die wirklich angeklagte Person zu neuer Verhandlung zu laden ist.²⁾

Dies ist sicherlich zutreffend, sofern man den Standpunkt vertritt, in der Hauptverhandlung bleibe das Verfahren stets an der Person des wirklichen Beschuldigten orientiert und gegen diesen richte sich auch das später ohne Aufdeckung der Sachlage ergehende Urteil. Dann hat der unter dem Namen des Angeklagten Auftretende in der Tat nichts mit der Verhandlung zu tun, und es ist nur folgerichtig, ihn wie jeden anderen Unbeteiligten

1) Kohlhaas (JuS 1966, 281) schlägt eine Berichtigung der Anklageschrift vor. Unklar Peters (S.390), der für eine Berichtigung des "Rubrums" eintritt wie auch Beling (S.200, Fußn.4), der ohne nähere Begründung von einer Fortsetzung des Verfahrens "unter Namensberichtigung" ausgeht.

2) Eb.Schmidt I, Rdnr.292; Peters, S.390; KMR-Sax § 230, 1d; Petters-Preisendanz, S.222 und 224; Lucas-Dürr, S.243; Stammann Diss., S.66

zu entlassen.

Wenn man aber annimmt, daß die mündliche Verhandlung stets auf den vor Gericht **A u f t r e - t e n d e n** bezogen und auch ein später ergehendes Urteil gegen ihn gerichtet ist, wäre ein solches Ergebnis wohl nur vertretbar, falls die Täuschung spätestens bei Vernehmung des "Angeklagten" zur Person aufgedeckt wird.¹⁾ Stellt der wahre Sachverhalt sich hingegen erst im weiteren Verlaufe der - inzwischen auf den Erschienenen hin ausgerichteten - Verhandlung²⁾ heraus, dann handelt es sich bei dem Betreffenden gerade nicht **m e h r** um einen "Unbeteiligten", der ohne weiteres entlassen werden könnte: Er ist zum Bezugssubjekt der Hauptverhandlung **g e - w o r d e n** und damit wird das Verfahren (wenn auch nur zeitweise) gegen **i h n** betrieben. Da er aber vom Anklagevorwurf nicht betroffen ist, fehlt es ihm gegenüber an einer Verfahrensvoraussetzung, und deshalb muß in diesen Fällen ein Einstellungsurteil gem. § 260 Abs.3 ergehen.³⁾ Sodann ist gegen den wirklichen Angeklagten eine neue Verhandlung anzuberaumen.

Die Staatsanwaltschaft wird zudem die Notwendigkeit der Einleitung eines besonderen Verfahrens

1) An eine solche Entscheidung wäre ebenfalls (unter Heranziehung des Grundsatzes "in dubio pro reo") zu denken, falls nunmehr Zweifel an der Identität des Erschienenen mit dem Angeklagten auftauchen und eine Klärung dieser Frage nicht möglich ist; vgl. dazu Sulanke Diss., S.100ff.

2) s.o.S.92f.

3) Vgl. dazu auch Kohlhaas (JuS 1966,281), der allerdings auf die Frage der Ausrichtung von mündlicher Verhandlung und Urteil wie auch auf den Zeitpunkt der Klärung des Sachverhaltes nicht näher eingeht.

gegen den Strohmann¹⁾ wie auch die Frage prüfen, ob der (wirkliche) Angeklagte sich durch das Vorschieben dieser Person in der Hauptverhandlung strafbar gemacht hat und auf welche Weise ggf. eine Einbeziehung in das Verfahren erfolgen könnte.²⁾

-
- 1) Zu prüfen wäre eine Strafbarkeit gem. §§ 145d, 258 und je nach den Umständen des Einzelfalles auch 281 StGB. Zu weiteren, die falsche Namensangabe betreffenden Fragen vgl. oben S.169, Fußn.3.
- 2) Es könnte an eine Nachtragsanklage (§266) gedacht werden, über deren Zulässigkeit im Einzelfalle zu entscheiden wäre. (Zu beachten ist hier, daß es sich um eine *a n d e r e* als die in der zugelassenen Anklage bereits erfaßte "Tat" im prozessualen Sinne handeln muß, die in die Hauptverhandlung und das Urteil mit einbezogen werden soll. Anderenfalls, wenn also ihr Gegenstand zu jener Tat gehört, die bereits Gegenstand des schwebenden Verfahrens ist, ergibt sich ihre Unzulässigkeit aus der schon bestehenden Rechtshängigkeit; vgl. Kleinknecht § 266, Rdnr.1).

III. Fälle des Auftretens eines bereits vor der Hauptverhandlung in den Prozeß verstrickten Strohmannes oder sonstigen Dritten

Handelt es sich bei dem in der Hauptverhandlung Erschienenen um einen Strohmann, der zwar im Verlaufe des Ermittlungsverfahrens irgendwann beschuldigt, aber aufgrund besonderer Umstände nicht angeklagt wurde,¹⁾ so treten dieselben Folgen wie bei der zuvor behandelten Situation ein: Wird also die Täuschung sofort aufgedeckt, muß er wie jeder andere, der als vermeintlicher Angeklagter erschienen ist und mit dieser Verhandlung nichts zu tun hat, entlassen werden. Die Sache ist zu vertagen; die in Wahrheit angeklagte Person wird zu einer neuen Verhandlung geladen. Im Falle einer erst später erfolgenden Aufklärung ist das Verfahren gegen den Erschienenen einzustellen (§ 260 Abs.3) und gegen den richtigen Angeklagten eine neue Hauptverhandlung anzuberaumen. War der Strohmann aber tatsächlich angeklagt, kann er weder als Unbeteiligter entlassen werden, noch kommt eine Einstellung durch Prozeßurteil in Betracht; hier muß vielmehr ein Sachurteil ergehen. Wie diese Entscheidung lauten wird, hängt von den Einzelumständen der jeweiligen Fallgestaltung ab.²⁾

1) s.dazu oben S.62f.

2) Das Gericht wird im Rahmen seiner umfassenden Kognitionspflicht alle Zusammenhänge aufzuklären suchen, die mit der angeklagten Tat irgendwie zu tun hatten. Ergibt sich daraufhin, daß der Strohmann sich durch das mißglückte Täuschungsmanöver selbst

Gegen den wirklichen Täter, für den der Strohmann unter dessen Namen oder auch unter seinem eigenen Namen aufgetreten ist, muß erst noch Anklage erhoben werden.¹⁾

Wurde ein sonstiger Dritter gegen seinen Willen in das Verfahren hineingezogen, so muß dieser - falls er nicht ebenfalls in die Stellung des Angeklagten gedrängt wurde - im Falle einer zu Beginn der

strafbar gemacht hat und stellt die Tat, deretwegen er zu Unrecht angeklagt wurde und sein eigenes Verhalten eine "Tat" im prozessualen Sinne (einen einheitlichen historischen Vorgang) dar, so kann er unter Hinweis auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes ohne neue Anklage verurteilt werden. Es wäre also nicht richtig, den Strohmann als "unschuldig Angeklagten" insgesamt freizusprechen. Einem neuen Verfahren wegen dieser Tat stünde nach Eintritt der Rechtskraft der Grundsatz "ne bis in idem" entgegen, der über den Wortlaut des Art. 103 Abs.3 GG hinaus auch bei rechtskräftigem Freispruch gilt (vgl.BVerfGE 12,66). Stellt es sich aber heraus, daß eine vom Strohmann begangene Tat eine andere als die in der zugelassenen Anklage bereits erfaßte ist, muß ein Freispruch erfolgen. Die Staatsanwaltschaft wird ein neues Verfahren gegen ihn einleiten. (Eine Nachtragsanklage nach § 266 scheidet aus, da es sich in diesem Falle nicht um die Einbeziehung "weiterer Straftaten des Angeklagten" in das Verfahren als z u s ä t z l i c h e n Gegenstand der Verhandlung und Urteilsfindung handeln würde.)

- 1) Die Staatsanwaltschaft wird das Vorliegen weiterer, mit dem Vorschieben des Strohmannes zusammenhängender Straftaten prüfen und diese in die (neue) Anklage mit einbeziehen.

Hauptverhandlung erfolgenden Aufklärung des Sachverhaltes entlassen werden.¹⁾ Die Sache wird ver-
tagt und der wahre Angeklagte zu neuer Verhand-
lung geladen.

War der Dritte hingegen angeklagt, ergeht ein Sach-
urteil, das h i e r in jedem Falle auf Freispruch
lauten wird. Gegen den wirklichen Täter muß wie-
derum erst noch Anklage erhoben werden.²⁾

-
- 1) Zu einem auf Freispruch des Dritten lautenden Sachurteil könnte man nur dann kommen, wenn im Falle der fehlgegangenen Zustellung von Anklageschrift und Eröffnungsbeschluß deren Empfänger als "richtiger Angeklagter" angesehen würde, wie dies (allerdings zu Unrecht, s.o.S.65f. und S.74) von Lucas-Dürr (S.243) und Petters-Preisendanz (S.224) angenommen wird.
 - 2) Beruhte die Verstrickung des Dritten auf dem Mißbrauch seines Namens durch den wirklichen Täter, so wird die Staatsanwaltschaft das Vorliegen weiterer Straftaten prüfen und diese in die Anklage mit einbeziehen. (Zu den in Frage kommenden Tatbeständen vgl.oben S.164, FuBn.1.)

SCHLUSSWORT

Die Untersuchung hat die vielfältigen Erscheinungsformen der Verwendung falscher Namen im Strafprozeß und die daraus resultierenden oftmals nachteiligen Folgen für seinen Verlauf erkennen lassen. Es drängt sich damit zwangsläufig die Frage auf, ob und ggf. auf welche Weise dies alles hätte vermieden werden können. Einige Vorschläge dazu werden im älteren Schrifttum unterbreitet. So ist insbesondere erwogen worden, Fingerabdrücke zu nehmen oder Lichtbilder anzufertigen, um die Identität einer Person zweifelsfrei feststellen zu können.¹⁾ Diese nach § 81b u.a. für Zwecke des Strafverfahrens, d.h. "zur Bestimmung der Person und Identität des Beschuldigten zwecks Ermöglichung des gegen ihn in Gang befindlichen Verfahrens"²⁾ zulässigen Maßnahmen sind jedoch zur Erreichung des angestrebten Zieles nur bedingt geeignet. Fingerabdrücke können zweifellos einer sicheren Identitätsfeststellung im Ermittlungsverfahren dienlich sein; in manchen der hier behandelten Fälle aber wird ihre Feststellung kaum weiterhelfen. Wie soll etwa bei einem erst später erfolgenden Rollentausch das Gericht in der Hauptverhandlung die Identität des Angeklagten anhand eines Fingerabdruckes überprüfen? Mag dieses Problem vielleicht noch technisch zu bewältigen sein, so wäre ein derartiges Vorgehen doch wegen des damit verbundenen Zeitaufwandes kaum praktikabel und muß daher aus diesen Überlegungen ausgeschlossen werden.

1) Vgl. Pfizer GS 56 (1899), 68; Wurzer AcP 120 (1922), 428; Stammann Diss., S.67

2) Kleinknecht § 81b, Rdnr.6

Als eher geeignet erscheint das Anfertigen von Lichtbildern. Es wirft, denkt man z.B. an die Verwendung von Sofortbildkameras, keine besonderen Probleme auf und ist darüberhinaus keine sehr kostspielige Methode. Werden die von einem Beschuldigten aufgenommenen Fotografien zu den Prozeßakten genommen, und stehen sie auch später dem Gericht in der Hauptverhandlung zur Verfügung, dann ist dieses zumindest in der Lage, die Identität des Erschienenen mit dem zu Beginn des Verfahrens Abgebildeten nachzuprüfen. Dennoch verbleiben gerade in den hier zugrundegelegten Fallgestaltungen zahlreiche Unsicherheitsmomente: Weist jemand sich mit gefälschten Personalpapieren aus, an deren Echtheit niemand zweifelt, so wird der Betreffende erst gar nicht fotografiert werden. Doch selbst wenn eine Ablichtung erfolgt, kann dies in solchen Fällen nichts zur Identifizierung beitragen, in denen der Täter seinen Decknamen bzw. eine sonstige Fantasiebezeichnung verwendet und fortan weiter beibehält oder beispielsweise auch ein Strohmann bereits zuvor seine Rolle übernommen hatte. Es würde jedoch - von den Fällen einer ganz außergewöhnlichen Ähnlichkeit ("Doppelgänger") einmal abgesehen - weitgehend ausgeschlossen, daß ein Strohmann erstmals in der Hauptverhandlung in das Verfahren eintritt, um hier die Rolle des tatsächlich Angeklagten zu spielen. Im Ergebnis wird man daher das Anfertigen von Lichtbildern als ein zumindest in manchen Fällen geeignetes Hilfsmittel zur Vermeidung von Fehlvorstellungen bezüglich der Identität einer Person ansehen dürfen.

Wenn zudem das eventuelle Vorhandensein ohne weiteres feststellbarer unveränderlicher Kennzeichen

in die Ermittlungsakten eingetragen wird, die Ermittlungen darüberhinaus sorgfältig durchgeführt werden und insbesondere auch die Vernehmung des Angeklagten zur Person in der Hauptverhandlung mit der gebotenen Sorgfalt erfolgt (wobei vielleicht selbst dann eine Vorlage der Personalpapiere erwogen werden sollte, wenn kein besonderer Anlaß zu Zweifeln an der Identität besteht), dann könnten viele, wenn auch wohl niemals alle der aufgezeigten Fehlentwicklungen eines Verfahrens verhindert werden.

Lebenslauf

Am 23. April 1944 wurde ich als Sohn des Intendanturrates Dr. jur. Heinrich Hagemeyer und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Ludemann in Rinkerode/Westf. geboren. Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach Beendigung der Schulzeit - am 16. Februar 1966 legte ich am Wilhelm-Hittorf-Gymnasium (neusprachlicher Zweig) in Münster die Reifeprüfung ab - nahm ich im Sommersemester 1966 an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg das Studium der Volkswirtschaft auf. Im Wintersemester 1966/67 wandte ich mich dem Studium der Rechtswissenschaften zu, das ich ab Sommersemester 1967 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster fortsetzte. Am 28. April 1973 legte ich vor dem Justizprüfungsamt bei dem Oberlandesgericht Hamm die erste juristische Staatsprüfung ab. Nach dem juristischen Vorbereitungsdienst bestand ich am 2. April 1976 vor dem Landesjustizprüfungsamt in Düsseldorf die zweite juristische Staatsprüfung. Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1976 verwaltete ich am Institut für Kriminalwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität die Stelle eines Wissenschaftlichen Assistenten; vom 1. Januar 1977 bis zum 31. Mai 1979 war ich dort als Wissenschaftlicher Assistent tätig.

